

# Leipziger Volk

Auch die Frau muß Wahlarbeit leisten

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — Volkshauskonto Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gelb. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorschrift 50 Pfg. Reklamezeile 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

## Gewaltiger Aufrast zur Wahl

Riesenhafter Aufmarsch der Arbeiterklasse in aller Welt — Blutige Zusammenstöße in Warschau

### Der Völkermay

Wie die bisher vorliegenden Berichte erkennen lassen, war die Beteiligung der Arbeiterklasse am 1. Mai in den wichtigsten Ländern Europas außerordentlich stark. Bemerkenswert ist insbesondere, daß auch in Spanien, dem Lande der Diktatur, die Arbeit völlig ruhte. Aber auch die Berichte aus Paris, Belgien, London und Oesterreich lassen erkennen, daß der Aufmarsch vorwärtsschreitet. An der Spitze der Demonstrationen steht unzweifelhaft die Arbeiterklasse der deutschen Republik, die den 1. Mai zu einem gewaltigen Aufrast für die kommende Entscheidung zwischen dem Proletariat und dem Kapital ausgestaltet hat.

Aus allen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß noch selten so starke und so geschlossen verlaufene Demonstrationen zu verzeichnen waren. Besonders die Demonstration in Berlin hat einen überwältigenden Eindruck hinterlassen. Aber auch aus den andern Großstädten wird berichtet, daß, obwohl kein offizieller Feiertag, der 1. Mai überall unter dem Zeichen großer Demonstrationen stand. In Sachsen ist der 1. Mai staatlich anerkannter Feiertag. Die sächsische Arbeiterklasse hat im Gegensatz zu ehehem, wo der Unternehmer den demonstrierenden Arbeiter am Tage nach dem 1. Mai auf die Straße warf, keine Klassengegner gezwungen, mitzufeiern. Das ist der beste Ausdruck für das Vormärtsstreben der proletarischen Macht, und entsprechend der Gunst der Verhältnisse wird aus allen Teilen Sachsens von besonders starken, eindrucksvollen Demonstrationen berichtet.

Der 1. Mai ist seit 38 Jahren der Tag der Demonstration. 1928 steigerten sich die Demonstrationen für den Achtstundentag und den Weltfrieden zu außerordentlicher Wucht. Jetzt gilt es, von der Demonstration zur Tat zu schreiten. Die kommenden Wochen werden außerordentlich harte Kämpfe bringen. Der Aufmarsch zum 20. Mai muß noch wesentlich stärker sein. Dort gilt es, die am 1. Mai mobilisierten Massen zu einheitlichem Schlage zusammenzufassen im Kampfe gegen den größten Feind der Arbeiterklasse, die gesamte deutsche Bourgeoisie.

### Berlin

Die Maifeier der Berliner Gewerkschaften war bisher eine der eindrucksvollsten, die Berlin jemals gesehen hat. Ein machtvoller Aufrast zur Wahl! In nicht endenwollenden Flügen strömten die Massen von allen Seiten viele Stunden lang durch die Straßen Berlins nach der Treptower Weide hin, deren Riesenschäre dicht mit Menschen gefüllt war. An diesem Tage stand Berlin im Zeichen der roten Fahnen und im Zeichen troher Zuversicht und unerschütterlichen Vertrauens zum Aufstieg der Arbeiterklasse. Es wirkte weniger aufreizend als vielmehr kläglich und lächerlich, daß die Kommunisten, anstatt an dem gewaltigen Aufmarsch teilzunehmen, beiseite standen und nur den allerdings vergeblichen und mit Nichtbeachtung aufgenommenen Versuch machten, durch häßliche Bemerkungen aufzufallen. Das vermochte die Geschlossenheit der Demonstration und die Siegestimmung der Demonstranten ebensowenig zu beeinflussen wie die aufdringliche kommunistische Reklame. Es mußte jeden Massenbewußten Arbeiter andern, daß „kommunistische“ Kinder und Halberwachsene von unaufhörlich hin und her rasenden Lastautos herabbrüllten:

Wer hat euch verraten?  
Die Sozialdemokraten.  
Wer macht euch frei?  
Die kommunistische Partei.

Unter die Kinder wurden Luftballons mit der Aufschrift „Wahl Kommunisten“ verteilt — ein wahrhaft treffendes Symbol der KPD: aufgeblasen und zum Zerplatzen verurteilt.

### Sachsen

Soweit bisher, Meldungen vorliegen, gestaltete sich die Maifeier in ganz Sachsen zu wichtigen Kundgebungen, die im allgemeinen weit stärkere Beteiligung hatten als in den Vorjahren.

Dresden. Die Kundgebung war die stärkste, die Dresden je erlebt hat. Über eine Stunde dauerte der Aufmarsch der zwanzig Maifestzüge aus den Bezirken auf dem großen Theaterplatz, der bis in die angrenzenden Straßen von Demonstranten gefüllt war. Genosse Krätzer sprach durch einen Großlautsprecher. Dann zogen die Demonstranten durch die innere Stadt nach dem Schützenplatz, wo Genosse Lehner ebenfalls durch einen Großlautsprecher sprach. Am Abend fanden in allen Bezirken künstlerische Veranstaltungen statt.

Chemnitz. Mit besonderer Spannung sah man der diesjährigen Maidemonstration in Chemnitz entgegen, weil zum erstenmale seit Jahren wieder eine gemeinsame Kundgebung der beiden Arbeiterparteien stattfand. Andere Parteigenossen hatten alle Vorbereitungen so umsichtig getroffen, daß der Verlauf alle Erwartungen übertraf.

Der Vorbeimarsch des Junges dauerte in flottem Tempo weit über eine Stunde; die Teilnehmerzahl ist auf mindestens 20 000 zu schätzen. Ein Wald von roten Fahnen und Transparenten, die besonders auf die Reichstagswahl Bezug nahmen, über den Häuptern der Demonstranten. Auf dem Festplatz wurden von 6 Tribünen kurze Ansprachen gehalten.

Die städtischen Gebäude hatten entgegen dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nicht geflaggt. Dagegen war in den Arbeitervierteln ein reiches Fahnenschmuck zu sehen. Auf jeden Fall war der 1. Mai in Chemnitz ein glänzender, verheißungsvoller Aufrast zur Reichstagswahl und ein schönes Zeichen für das Wiedererstarken der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung!

In Plauen wurde die Maifeier von SPD, ADGB und KPD gemeinsam veranstaltet. Wer geglaubt hat, der diesmal besonders laut erhobenen Einheitsfrontparole das Vertrauen entgegenbringen zu dürfen, sah sich schmachlich getäuscht. Die KPD scheute sich diesmal ebensowenig wie sonst, die getroffenen Vereinbarungen zu brechen. Der Disziplin unserer Genossen sowie der Gewerkschaftsmitglieber ist es zu danken, daß die ganze Veranstaltung demnach ruhig verlief. An der Demonstration beteiligten sich 4500 Personen. Die Abendveranstaltungen fanden getrennt statt. Die An-

sprachen hielten die Genossen Heinrich Ströbel-Berlin und Siegnoth-Chemnitz.

Aus Zwickau, Meissen, Bautzen, Löbau usw. liegen ebenfalls Meldungen über starke Beteiligung vor. In den Städten der Amtshauptmannschaft Leipzig gestaltete sich die Maifeier gleichfalls zu wichtigen Kundgebungen und zu glänzenden Wahlagitationen für die Sozialdemokratie.

### Hamburg

Im Interessegebiet war die Beteiligung an der Maifeier in diesem Jahr erheblich stärker als in den Vorjahren. In den preussischen Nachbarräumen Hamburgs, wo der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag ist, erfolgte der Aufmarsch der Sozialdemokratie schon vormittags. In Altona hatten alle städtischen Dienststellen geschlossen, ebenso die meisten Volksschulen, da der Magistrat auf Antrag weitgehend Urlaub erteilt hatte. In Hamburg selbst, wo der 1. Mai gesetzlicher Feiertag ist, marschierten im Aufmarsch der Sozialdemokratie und Gewerkschaften über 100 000 Teilnehmer. Im Stadtpark sprachen von 10 Tribünen die Hamburger Reichstagskandidaten zu den Massen. Der Aufmarsch, der von vier Stellen aus gleichzeitig erfolgte, dauerte 1½ Stunden.

## Die Maifeier im Auslande

### Warschau

Blutige Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten

SPD Warschau, 1. Mai.

Die Maifeier in Warschau wurde durch die Kommunisten mit überaus traurigem Erfolge gestört. In früheren Jahren haben die in der polnischen Hauptstadt ziemlich starken kommunistischen Organisationen ebenfalls regelmäßig versucht, die Umzüge und Feiern der Sozialisten zu sprengen. Diesmal verstärkten sie ihre Anstrengungen, da seit längerer Zeit zum erstenmal fast in ganz Polen alle sozialistischen Parteien gemeinsame Feiern beschlossen hatten. Als sich der überaus imposante sozialistische Festzug gebildet hatte, griffen die Kommunisten ihn von hinten mit Knüppeln und Schußwaffen an. Die Sozialisten wehrten sich, so gut es ging; später griff auch die Polizei in den regelrechten Straßenkampf ein. Drei Tote und mehr als fünfzig Schwere und Verletzte blieben auf dem Platz. Erst nach dieser kommunistischen Mordtat konnte die sozialistische Demonstration fortgesetzt werden. — Viele Großbetriebe und die Straßenbahn feierten.

In Lodz, wo die Mehrheit der Wähler links eingestellt ist, verlief die Feier unter noch härterer Beteiligung als in Warschau ohne ernsthafte Störungen. Der neue sozialistische Magistrat hatte das Amtsgebäude rot besetzt und in den städtischen Betrieben Sonntagruhe angeordnet.

### Frankreich

SPD Paris, 1. Mai.

Der Innenminister Sarraut hat der Feier des 1. Mai ein ausgesprochen militärisches Gepräge gegeben. Er hat nicht nur die gesamte Pariser Garnison aufgebotsen, sondern sogar mehrere Regimenter von auswärts beordert. Die französische Hauptstadt blieb gleich entschieden am Dienstag einem bewaffneten Heerlager. An allen Verkehrsknotenpunkten, namentlich in den Seitenstraßen der Boulevards und in den Arbeitervierteln der Vorstädte, waren Polizei und republikanische Garde zu Fuß und zu Pferd in Massen konzentriert, um bei etwaigen Demonstrationen sofort eingreifen zu können.

Die Beteiligung an der Maifeier war trotz Sarraut außerordentlich stark. Die Bauarbeiter und die Chauffeure der Autodroschken feierten geschlossen. In den übrigen Verkehrsbetrieben betrug der Personalausfall ungefähr 15 Prozent, so daß die Tramwayen, Autobusse und Untergrundbahnen den Verkehr ausrechterhalten konnten. In der Metallindustrie der Pariser Gegend war die Arbeit zur Hälfte niedergelegt worden. Das Zeitungsgewerbe wies bei 31 700 Arbeitern und Angestellten etwa 2000 Demonstranten auf. In der Möbelindustrie feierten zwei Drittel der Arbeiterschaft.

### Belgien

SPD Brüssel, 1. Mai.

Der 1. Mai wurde in Belgien durch Arbeiterruhe begangen. Die Feiern standen insbesondere im Zeichen des Kampfes um die Abrüstung und für den Achtstundentag. An dem gewaltigen Umzug in Brüssel beteiligten sich vor allem starke Abteilungen der Arbeiterwehr. Störungen waren nicht zu verzeichnen. Die Kommunisten hatten auf einen Umzug verzichtet.

### London

WLB, London, 1. Mai.

Tausende von Menschen hatten sich heute nachmittag zur Maifeier im Hyde-Park versammelt, wo den Arbeitslosen unentgeltlich Erfrischungen verabreicht wurden. Die Kommunisten waren zahlreich vertreten. Sie trugen Banner mit den Aufschriften: „Mittag, nicht Mond-Tag“ (bezieht sich auf Sir Alfred Mond) und „Nieder mit Mieten, Zinsen und Profit“. Unter den Rednern befanden sich Mr. Cook und das kommunistische Parlamentsmitglied Saklatvala. An der Spitze der aufziehenden Trupps marschierten Musikpavillons. Eine große Zahl von Polizisten zu Fuß und zu Pferde begleitete die Umzüge.

### Wien

Die Wiener Maifeier gestaltete sich trotz des schlechten Wetters zu einer gewaltigen und eindrucksvollen Kundgebung. Der große Rathausplatz vermochte die anmarschierenden Massen kaum zu fassen. Mit Fanfaren, Dröckern und Chören wurde die Vormittagsfeier eröffnet. Otto Bauer hielt die Festrede. Er gebahrte zunächst der großen Wahlerfolge, die Oesterreichs Sozialdemokratie in den letzten Monaten in den verschiedenen Gemeinden errungen hat und kündigte an, daß die sozialdemokratische Partei den Kampf gegen Faschismus und Heimwehr, gegen die Schwerindustrie und für den Mieterkampf fortsetzen werden.

### Spanien

TL Madrid, 2. Mai.

Der 1. Mai ist in ganz Spanien als Fest der Arbeiter gefeiert worden. Alle Geschäfte waren geschlossen. In Madrid ruhte fast der gesamte Wagenverkehr. Straßenumzüge fanden nicht statt.

### Moskau

WLB Moskau, 1. Mai.

Die Maifeier begann mit einer Militärparade auf dem roten Platz, die der Kriegskommissar Woroschilow im Beisein der Mitglieder der Regierung und des Diplomatischen Korps abnahm. Sodann fand eine Kundgebung statt, an der Millionen teilnahmen. Für den Abend ist ein Festzug vorgesehen.

### Mexiko

SPD Mexiko, 2. Mai. (Radio.)

Die Maifeierlichkeiten verliefen außerordentlich eindrucksvoll. Jede Arbeit ruhte. Die Maidemonstration zählte 100 000 Teilnehmer, die an Präsidenten Paltes, der vom diplomatischen Korps und den Spitzen der Behörden begleitet war, vorüberzog. Der Demonstrationzug der Gewerkschaften wurde von der sozialistischen Stadtverwaltung geführt.

### Tokio

SPD Tokio, 1. Mai.

Die Arbeiter der japanischen Hauptstadt feierten den 1. Mai durch einen gewaltigen Demonstrationzug. Der Zug wurde von ungefähr 3000 Polizisten flankiert. Im Verlauf der Kundgebung wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die im Lande veranstalteten Demonstrationen verliefen ruhig.

# Wahlmusik

## Deute Gesamtaussperrungsbeschluss für die Metallindustrie?

Der jährliche Metallarbeiterkampf hat nicht die von den Unternehmern angelegte Ausdehnung genommen. Nach den Ermittlungen der Gewerkschaften sind nicht 250 000 und auch nicht 200 000 sächsische Metallarbeiter im Streik oder ausgesperrt, wie von der bürgerlichen Presse bei Kampfbeginn angekündigt wurde. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten erreicht auch nicht einmal die Zahl, die J. Z. von der Volkszeitung auf Grund ihrer Informationen als wahrscheinlich angegeben wurde, erreicht nicht die Zahl von 150 000. Etwa 130 000 Metallarbeiter sind nach den am Sonntagabend vorgenommenen gewerkschaftlichen Ermittlungen von Streik oder Aussperrung betroffen. Man berichtet uns, daß von den Firmen, die den Unternehmerorganisationen nicht angehören, nicht eine einzige der Aussperrungsparole gefolgt ist, und daß außerdem Verbandsfirmen, die zusammen rund 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, dem Aussperrungsbeschluss ihrer Organisationen nicht entsprochen haben.

Die Drohung mit der gepanzerten Faust, die die Unternehmer nun schon seit einigen Monaten immer wieder anbringen, ist also in Sachsen etwas kläglich in die Praxis umgesetzt worden. Das ist kein besonders verheißungsvolles Vorzeichen für den Beschluss, den die Gesamtorganisation der deutschen Metallindustriellen heute zu fassen gedenkt. Am heutigen Tage wollen sich die deutschen Metallindustriellen darüber schlüssig werden, ob sie die bei den letzten Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium angedrohte Gesamtaussperrung der deutschen Metallarbeiter durchführen sollen. Sie sind dabei in einer außergewöhnlich peinlichen Situation. Die Ankündigung der Gesamtaussperrung hat, wie die deutsche nationale Berliner Börsenzeitung mitteilt, beim Reichsarbeitsminister „nur ein ungläubiges Lächeln“ hervorgerufen. Das deutschnationale Unternehmerorgan bestätigt also unsere Vermutungen, daß die Drohung mit der Gesamtaussperrung eine Waffe ist, die sich im Gebrauch außerordentlich schnell abnutzt. „Man sollte glauben“, so schreiben wir am Freitag, „daß diese Waffe schon so weit fortgeschritten ist, daß die Unternehmer, die diese Waffe trotzdem noch schwingen, nur noch eine lächerliche Figur machen.“ Der sächsische Arbeiterzeitung haben diese Ausführungen nicht gefallen. Das ändert aber nichts daran, daß unsere Auffassung richtig ist.

Den besten Beweis dafür hat das Reichsarbeitsministerium erbracht. Für die sächsische Metallarbeiter sind in den letzten Wochen vier verschiedene Schiedsprüche gefällt worden. Einmal ein Schiedspruch über den allgemeinen sächsischen Manteltarif für die Kreishauptmannschaften Dresden, Chemnitz, Zwickau und Bautzen. Dann ein Schiedspruch über Lohn und Ferien für die Kreishauptmannschaft Leipzig (ohne Rochitz und Böbeln). Dann ein Lohnschiedspruch für die dem allgemeinen Sachsentarif unterstehenden Metallarbeiter, und schließlich ein Lohnschiedspruch für den Bereich des Schutzverbandes. Für alle vier Schiedsprüche hatten die Unternehmer beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit beantragt. Ausgesprochen worden ist die Verbindlichkeit aber nur für den ersten Schiedspruch, für den Manteltarif für Sachsen. Dieser Schiedspruch setzte die alten Tarifbestimmungen im wesentlichen wieder in Kraft. Als Verbesserungen sind zu erwähnen: Ueberstunden sind zulässig mit 25 Prozent, anstatt wie bisher mit 10 Prozent Aufschlag zu bezahlen, die Lohnzahlung für Lehrlinge ist neu in die Tarifregelung einbezogen worden, die Ferienbestimmungen sind in dem bisherigen Umfang wieder in Geltung gesetzt mit der Erweiterung, daß 14- bis 15jährige Jugendliche und Lehrlinge im ersten Jahre nach der Schulentlassung neun Werkstage Ferien erhalten sollen. Diese Neufassung des Tarifvertrages ist durch die Verbindlichkeitsklärung bis zum 30. September 1929 Gesetz.

Die Verbindlichkeitsklärung für die weiteren drei Schiedsprüche hat das Reichsarbeitsministerium abgelehnt. Es hat ein neues Schlichtungsverfahren angeordnet und eingeleitet, das im Reichsarbeitsministerium durchgeführt werden soll, also der Einwirkung durch die „verdienten“ sächsischen Schlichter entzogen ist, und in dem die ersten Verhandlungen unter Vorsitz des Landgerichtsrates Feuer am Vormittag des 4. Mai stattfinden sollen. Das Reichsarbeitsministerium, von dessen Seite aus man bereits während der kürzlichen Nachverhandlungen in Berlin hat durchblicken lassen, daß man eine Verbesserung der strittigen Schiedsprüche durch ein Entgegenkommen der Unternehmer erwarte, hat dieser Meinung durch die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung deutlich Ausdruck gegeben. Im Reichsarbeitsministerium war man darüber unterrichtet, daß selbst weitere Kreise des sächsischen Unternehmertums, die sich aber gegen die Scharfmacher in den Verbandsinstanzen nicht durchsetzen können, der Meinung sind, daß Haack des Guten für die Unternehmer zu viel getan hat.

In dieser Situation treten nun die leitenden Instanzen der deutschen Metallindustriellen-Organisation zusammen. Die Aussichten für die Scharfmacher in der Metallindustrie haben sich in den letzten Tagen nicht eben gebessert. Das sächsische Aussperrungsbeispiel kann unmöglich zur Nachahmung reizen, und schließlich ist auch der Kasentüber, den die sächsischen Metallindustriellen durch das Reichsarbeitsministerium bekommen haben, nicht zu verachten. Die Metallindustriellen im außersächsischen Deutschland müssen damit rechnen, daß sie sich genau so lächerlich machen, wie sich ihre sächsische Brüderschaft bereits lächerlich gemacht hat. Die Scharfmacher in den Kreisen der deutschen Metallindustrie haben das durchaus im Gefühl. Sie haben deshalb zur Verbesserung der Stimmung in dem Blatte aller deutschen Scharfmacher, der schon erwähnten deutschnationalen Berliner Börsenzeitung, in der Nummer vom 1. Mai einen groß aufgemachten Leitartikel erscheinen lassen: „Unternehmer, wacht auf!“

In diesem Artikel wird zunächst darauf hingewiesen, daß am 1. Mai, „befränkt mit Maizen“, den Arbeitern „der Haß gegen den Unternehmer und gegen den Kapitalismus gepredigt“ wird, der Haß gegen dieselben deutschen Unternehmer, die sich doch „viel lebhafter und viel innerlicher mit der Frage des Aufstiegs und der Fortbildung des deutschen Arbeiters beschäftigen als die Gewerkschaften“. Ja, so sind diese deutschen Unternehmer! Sie haben sich gefallen lassen, daß man ihnen ihre Verantwortung und ihre Pflichten lieh, „aber ihre Rechte und ihre Freiheit weitgehend ausschaltete“. „Wie lange“, so wird nach solcher Klage gefragt, „wird eigentlich die deutsche Unternehmerschaft dieser systematischen Zerstörung der produktiven Grundlagen unserer Wirtschaft und diesen fortgesetzten Eingriffen in ihre Rechte und ihre Freiheit noch zusehen?“

Und dann kommt der Zweck der ganzen Schreihübung zum Vorschein. Herr Brauns hat, wie schon zitiert, „der Ankündigung der Unternehmer, daß die Metallindustrie Deutschlands bei einer Fortdauer des Streiks in Sachsen sich zu einer Ge-

samtaussperrung gezwungen sehen werde, nur ein ungläubiges Lächeln entgegengesetzt“. „Die Metallindustriellen wissen nun also“, so fügt die B.B.Z. hinzu, „wie der Reichsarbeitsminister die Solidarität der Unternehmer einschätzt.“ Am 2. Mai müsse sich zeigen, ob Herr Brauns, den die B.B.Z. mit spöttischem Hinweis auf seinen geistlichen Stand den „in Ewigkeiten denkenden Reichsarbeitsminister“ nennt, „recht behält und weiterhin die Rechte der Unternehmer und die Interessen der Wirtschaft durch seine Schiedsprüche ignorieren kann, oder ob die Unternehmer endlich den Mut finden, sich zu energischen und durchgreifenden Gegenmaßnahmen aufzuraffen.“ „Wacht auf!“, so ruft die B.B.Z. den Unternehmern zu. Denn:

„Für einen entscheidenden Schritt der Unternehmer ist der augenblickliche Zeitpunkt gerade richtig, wo die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien ihr Geld für den Wahlkampf brauchen.“

Nun wissen wirs also! Wir erfahren es zwar erst durch das Unternehmerblatt, daß die Gewerkschaften ihr Geld für den Wahlkampf brauchen. Das haben wir vorher nicht gewußt. Aber die B.B.Z. ist wohl „gut informiert“. Wenn weitere so gute Informationen dem heutigen Unternehmerbeschluss zugrunde gelegt werden, so ist uns um den Erfolg der durch die heutigen Unternehmerverhandlungen einzuleitenden Unternehmeraktion nicht bange. Die Wahlmusik, die das Berliner Scharfmacherblatt zum besten gibt, kann dem Wahlausgang, aber nicht im Sinne der Unternehmer, nur förderlich sein. Mögen sie im Hinblick auf den „augenblicklich gerade günstigen Zeitpunkt“ die Gesamtaussperrung beschließen! Die Metallarbeiter fürchten sie nicht. Ganz im Gegenteil. Wenn man die Stimmung in den Kreisen der Metallarbeiterschaft kennt, so könnte man eher glauben, daß sie eine derartige Unternehmerprovokation nicht ungern sehen würden, um in einem großen Schlage mit dieser Gesellschaft abzurechnen.

# Das ungenaue Resultat

W.B. Paris, 30. April.

Die von der Agentur Havas herausgegebene Statistik über die Verteilung der Mandate weicht in einzelnen Fällen wesentlich von der Statistik des Innenministeriums ab. Hiernach verteilen sich die 610 gewählten Abgeordneten (zwei Resultate stehen noch aus) wie folgt:

Rechtsstehende	9
Rechtsrepublikaner (Marin)	169
Linksrepublikaner	95
Rechtsradikale (Voucheur)	60
Radikale	115
Sozialrepublikaner	44
Sozialisten	162
Kommunisten	17

Wieviele Autonomen im Elsaß gewählt sind, läßt sich mit Sicherheit nicht bestimmen. Die Agentur Havas und das Innenministerium sprechen von drei, fast die gesamte Morgenpresse jedoch von vier.

## Der jüngste Abgeordnete

II. Paris, 1. Mai.

Der jüngste Abgeordnete in der neuen französischen Kammer ist der Nationalist Louis Dumal. Dumal ist erst 28 Jahre alt und von Beruf Annoncenagent. Der Kommunist Menetrier, der gegenwärtig wegen einer Spionageangelegenheit im Gefängnis sitzt, wird seine Wahl nicht bestätigt sehen, da er infolge der über ihn verhängten Gefängnisstrafe keinerlei bürgerliche Rechte besitzt.

Das neue argentinische Parlament setzt sich aus 87 Anhängern Trigonens (Regierungspartei), aus 27 Antipersonalisten (Partei des scheidenden Präsidenten Alvear), 34 Konfessionisten und aus 10 Sozialdemokraten zusammen. Die Regierung hat demnach die Mehrheit.

# Whrasen zum Kriegsverzicht

## Deutsche Note an Kellogg

SPD Der Reichsaußenminister hat dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin im Einverständnis mit den deutsch-nationalen Ministern folgende Note übermittelt:

„Herr Botschafter!

Eure Excellenz haben mir in der Note vom 13. April und ihren Anlagen von den Verhandlungen und der französischen Regierung über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Vermeidung des Krieges Mitteilung gemacht. Zugleich haben Sie an mich die Frage gerichtet, ob die deutsche Regierung geneigt sei, einen solchen Pakt nach dem von der Regierung der Vereinigten Staaten aufgestellten Entwurf abzuschließen, oder ob sie bestimmte Änderungen dieses Entwurfes für notwendig halte. Die deutsche Regierung hat Ihre Frage mit der Sorgfalt geprüft, die der außerordentlichen Bedeutung der Angelegenheit entspricht. Sie konnte in diese Prüfung auch den Vertragsentwurf einbeziehen, der inzwischen von der französischen Regierung aufgestellt und den beteiligten Mächten übermittelt worden ist. Als Ergebnis der Prüfung beehre ich mich Eure Excellenz im Namen der deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung begrüßt die Eröffnung von Verhandlungen über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Vermeidung des Krieges als das wärmste. Die beiden großen Gebanzen, die der Initiative des französischen Herrn Außenministers und dem aus ihr hervorgegangenen Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten zugrundeliegen, entsprechen vollkommen den Grundätzen der deutschen Politik. Deutschland hat kein höheres Interesse, als die Möglichkeit kriegerischer Konflikte auszuschalten und im Leben der Völker eine Entwicklung gefördert zu sehen, die den friedlichen Ausgleich aller Gegensätze zwischen den Staaten gewährleistet. Der Abschluß eines Paktes, wie ihn die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt im Auge hat, würde die Völker der Erreichung dieses Zieles sicherlich um ein weiteres Stück näherbringen.

Da das Bedürfnis der Völker nach Sicherung des Friedens seit Beendigung des Weltkrieges bereits zu andern internationalen Abmachungen geführt hat, ergibt sich für die daran beteiligten Staaten die Notwendigkeit, sich darüber klar zu werden, in welchem Verhältnis der jetzt geplante Pakt zu diesen schon in Kraft befindlichen internationalen Abmachungen stehen würde. Sie haben, Herr Botschafter, in Ihrer Note auf die Erwägungen hingewiesen, die in dieser Hinsicht von der französischen Regierung in ihrem Meinungsaustausch mit der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht worden sind. Was Deutschland anlangt, so kommen als internationale Abmachungen, die sich mit dem Inhalte des neuen Paktes berühren könnten, die Völkerverbündung und der Rheinpakt von Locarno in Betracht; sonstige internationale Verpflichtungen dieser Art ist Deutschland nicht eingegangen. Die Achtung der Verpflichtungen aus der Völkerverbündung und dem Rheinpakt muß nach Ansicht der deutschen Regierung unverrückbar feststehen. Die deutsche Regierung ist aber der Überzeugung, daß diese Verpflichtungen nichts enthalten, was mit den Verpflichtungen, die der Patentreit der Vereinigten Staaten vorsteht, irgendwie in Widerspruch geraten könnte. Im Gegenteil glaubt sie, daß die bindende Verpflichtung, den Krieg nicht als Werkzeug nationaler Politik zu benutzen, nur geeignet sein würde, den Grundgedanken der Völkerverbündung und des Rheinpaktes zu verstärken. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das souveräne Recht eines jeden Staates zur Selbstverteidigung nicht in Zweifel stellen würde. So versteht sich von selbst, daß, wenn ein Staat den Pakt schließt, die andern Kontrahenten diesem Staate gegenüber ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen. Der von der Verletzung des Paktes betroffene Staat ist deshalb nicht gehindert, sich seinerseits gegen den Friedensbrecher zur Wehr zu setzen. In einem Pakte dieser Art den Fall seiner Verletzung ausdrücklich vorzusehen, erscheint der deutschen Regierung nicht notwendig.

In Übereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten und mit der französischen Regierung ist auch die deutsche Regierung der Auffassung, daß das letzte Ziel die Universalität des neuen Paktes sein muß. Diese Universalität herbeizuführen, dürfte der Entwurf der Vereinigten Staaten einen praktischen Weg eröffnen. Wenn die zunächst als Signatarmächte in Aussicht genommenen Staaten den Pakt abgeschlossen haben, kann erwartet werden, daß die andern Staaten von dem ihnen ohne Einschränkung und Bedingung gewährten Rechte des Beitritts alsbald Gebrauch machen.

Die deutsche Regierung kann demnach die Erklärung abgeben, daß sie bereit ist, einen Pakt nach dem Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten abzuschließen, und zu diesem Zweck in die erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen einzutreten. Mit dieser Erklärung verbindet jedoch die deutsche Regierung die bestimmte Erwartung, daß das Zustandekommen eines Paktes von solcher Tragweite nicht verfehlt wird, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. So müßte diese neue Garantie für die Erhaltung des Friedens den Bemühungen um die Durchführung der

allgemeinen Abrüstung einen wirksamen Impuls geben. Außerdem aber müßte der Verzicht auf den Krieg als notwendiges Gegenstück den Ausbau der Möglichkeiten fördern, vorhandene und entstehende Gegensätze der Völkerinteressen auf friedliche Weise zum Austrag zu bringen.“

\*

Die deutsche Regierung hat als erste auf die Note des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten geantwortet, in der dieser für seine Regierung den Großmächten Frankreich, England, Deutschland, Italien und Japan den Vorschlag zum Abschluß eines Paktes machte, der die Vermeidung des Krieges auspricht. Die deutsche Regierung ist eine ausgesprochene nationalstaatliche Rechtsregierung, die sich in den letzten Jahren nicht ohne Erfolg nach innen und nach außen bemüht hat, die Machtpolitik der herrschenden kapitalistischen Klasse durchzusehen. Fast jeder Tag bringt neue Belege dafür, daß diese Versuche auch unter Förderung militärischer und kriegerischer Leistungen vor sich gehen. Von einer Regierung, die unter dem Patronat Hindenburgs steht, und in der die erstarbte Bourgeoisie den ausschlaggebenden Einfluß ausübt, kann nichts anderes erwartet werden.

Dennoch überrascht uns ihre Antwort an Kellogg nicht. Wir haben schon zum Ausdruck gebracht, daß der Kelloggische Vorschlag nicht aus reiner Liebe der amerikanischen Imperialisten zu den Völkern und zum Frieden entstanden ist; daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihrer Note an die Großmächte lediglich einen geschickten diplomatischen Zug unternahm, mit dem sie ihre machtpolitische Stellung weiter vorzusehen gedachte. So lassen nicht auch die Staatsmänner der deutschen Bourgeoisie auf und darum denken sie gar nicht daran, auf den Vorschlag der Kriegsächtung und des Kriegsverzichts mit einem offenen Nein zu antworten. Sie wollen nicht weniger als die Coolidge und Kellogg auch — in Zukunft nicht dem Kriege als einem Mittel ihrer Politik zu entsagen. Aber gerade weil sie ihn weiterhin anwenden wollen, und weil sie sich für diesen Fall vorbereiten und den Völkern in allen Ländern neue schwere Auflagen auferlegen, eben aus diesem Grunde müssen sie gegen den Krieg reden. Es gilt für sie, ihre wirklichen Absichten durchsichtbar zu verhüllen. Also „begrüßt“ die deutsche Rechtsregierung den amerikanischen Vorschlag „aufs wärmste“ und versichert ihre Bereitschaft, daß sie den vorgeschlagenen Pakt abschließen und Verhandlungen zu diesem Zwecke aufnehmen wolle.

Noch nie haben im entscheidenden Augenblicke derartige papierene Versicherungen einer kapitalistischen Regierung geschadet, wohl aber haben sie ihr genügt, weil sie sich mit ihnen bei einem Teil des Volkes als Friedenbringerinnen vorstellen kann. Und dennoch, auch diese leeren Erklärungen macht die Regierung der Herren Stresemann und Reubell nicht ohne Vorbehalte.

Die Note übernimmt einige Bedingungen, die die französische Regierung an den amerikanischen Vorschlag knüpfte. Ausdrücklich wird die Unverletzlichkeit der Verpflichtungen aus der Völkerverbündung hervorgehoben. Da aber liegt der Haß im Pfeffer: die Völkerverbündung läßt ausdrücklich die Möglichkeit des Krieges zu. Und dagegen und gegen den Völkerverbund überhaupt richtete sich der amerikanische Paktvorschlag. So wird mit diesem Vorbehalt schon die Bereitschaft der deutschen Regierung zum Abschluß eines Paktes nach amerikanischem Muster hinfällig. Sie wird es noch einmal dadurch, daß in der deutschen Note Scharf hervorgehoben wird, daß der vorgeschlagene Pakt „das souveräne Recht eines jeden Staates zur Selbstverteidigung nicht in Zweifel ziehen“ dürfe. Das heißt mit anderen Worten, zur „Verteidigung ihres Landes“ darf jede Bourgeoisie den Krieg erklären! Dieses Recht will Stresemann und seine Regierung ausdrücklich anerkannt wissen und es bedarf nicht vieler Worte, um zu sagen, daß damit jede Kriegsächtung und jeder Kriegsverzicht zur Farce wird. Denn jeder Krieg, den die kapitalistischen Regierungen bisher geführt haben, war nach ihren Versicherungen ein „Verteidigungskrieg“. Und auch der nächste, auf den sie sich vorbereiten, in den sie die Völker hineinzuflügen am Werke sind, wird ein „Verteidigungskrieg“ sein. Damit sie ihn grausam, erfolgreich und mit Unterstützung ihrer Völker führen können, werden sich dann die Regierungen auf den Pakt der Kriegsächtung und des Kriegsverzichts beziehen!

Die Antwort der deutschen Regierung ist für das Proletariat ein wertvoller Beitrag zu den Friedensdebatten. Sie lehrt ihm von neuem, daß der amerikanische Vorschlag, die Ergänzungsnote Poincarés und die Antworten, die die Großmächte erteilen, nicht anders zu bewerten sind, als ein Stück ausgeklügelte demagogische Heuchelei, das die Arbeiterklasse über die Kriegsvorbereitungen, über die zum Krieg treibenden Kräfte und über die nahe Gefahr des nächsten Krieges hinwegtäuschen soll.

# Der pommerische Fememordprozess

## Schluss der Beweisaufnahme

SPD Stettin, 1. Mai.

Der Rosenfelder Mordprozess wurde am Dienstag fortgesetzt. Ein Zeuge Wilhelm Krösel aus Pyritz, Leiter des dortigen Heimatschutzes im Jahre 1919, sagt aus, es seien bei der Ankunft der Korbhauer sehr unruhige Zeiten gewesen. Aus seinen langatmigen Ausführungen geht hervor, daß es sich um die Anrufer beim Kapp-Putsch handelt. Auf Anweisung von Bodungen habe er die Waffen der Einwohnerwehr bei deren Auflösung an die Korbhauer abgegeben, obwohl eine Verordnung bestand, die Waffen an die Reichswehr abzuliefern. Bodungen habe ihm auch gesagt, Waffenverräter seien zu erledigen. Das habe er endlich mal für ein Manneswort gehalten. Er selbst habe nicht gewußt, wo sich die Waffen befänden. Er will von einem Berliner Reichswehrmajor, den weder er noch Korbhauer und Bodungen kannten, offiziell die Weisung erhalten haben, im Fall der Not von den Korbhauern bewaffneten Schutz anzufordern. Die Unterredung habe in einem Wirtschaftsgarten stattgefunden. Der Oberstaatsanwalt erklärte daraufhin, daß er einen Leumundszug über den Zeugen Krösel gefahren habe. Er habe Mitteilung erhalten, daß dem Zeugen Krösel kein Wort zu glauben sei. Zeuge Krösel sagt weiter aus, er habe Waffen aus Schwedt erhalten, die später von den Korbhauern abgeholt wurden. Wer die Waffen geschickt habe, wisse er nicht.

Der Vorsitzende fragt dann die Angeklagten, ob sie noch irgend etwas vorzubringen haben. Die Angeklagten verneinen. Der Angeklagte Bogt, der in der Hauptverhandlung als einziger Angeklagter keine Aussage aus der Voruntersuchung wiederholte, wird nochmals vernommen. Er bleibt bei seinen für Heines und Bergfeld schwer belastenden Aussagen. Wieder versucht die Verteidigung den Angeklagten Bogt als gedächtnis schwach hinzustellen. Durch fortgesetzte wechselnde Fragen versucht sie den Angeklagten zu verwirren. Auf Antrag der Verteidigung beschließt das Gericht, den ärztlichen Sachverständigen über die Glaubwürdigkeit des Angeklagten Bogt zu vernehmen. Der Gerichtsarzt Dr. Ripper äußert sich zunächst über den Angeklagten Krüger, der sich gleichzeitig wegen Verdachts des Völkermordes in Untersuchungshaft befindet. Aus Krügers Vernehmung sei kein Schluss auf einen geistigen Defekt zu ziehen. Zwar sei er stark hysterisch und etwas beschränkt, aber von einer gewissen Bauernschläue und dem Bestreben, sich in den Vordergrund zu stellen. Der Angeklagte Bogt habe in der Jugend eine Gehirnerschütterung gehabt, sei seines Gedächtnisses nicht richtig sicher und müsse als Schwachsinnig bezeichnet werden. Seine bestimmten Aussagen seien daher sehr bedenklich. Der Vorsitzende äußert, daß ihm das Gutachten nicht hinlänglich begründet erscheine und bezweifele dessen wissenschaftlich-psychiatrische Grundlage.

Der Angeklagte Bogt, nochmals befragt, beharrt sehr bestimmt auf seinen Aussagen. Schließlich stellt sich die vom Sachverständigen angenommene Schwachsinnigkeit Bogts als mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache heraus. Bogt hat in russisch-polen eine nur zeitweise Schulbildung genossen und erst bei dem deutschen Militär lesen gelernt. — Am Mittwoch sollen die Plädoyers beginnen.

## Wahlkundgebungen in Leipzig

Dr. Koch — Herr von Reudell, der Kneist

Die Leipziger Demokraten veranstalteten am Dienstag im Zentraltheater eine öffentliche Kundgebung, in der der Reichsminister a. D. Koch, der Führer der Demokratischen Partei Deutschlands, das Referat übernommen hatte. Er verbreitete sich über die wichtigsten politischen Probleme der Gegenwart. Charakteristisch waren einige Bemerkungen über die Stellung der Demokraten zur Frage des Wehrgedankens und des Pazifismus. Sie kennzeichnen die Tatsache, daß in Fragen der Wehrhaftigkeit und der „Weltgeltung“, die die gesamte deutsche Bourgeoisie wieder gewinnen will, zwischen Deutschnationalen und Demokraten, also dem gesamten Bürgerstum, wesentliche Differenzen nicht vorhanden sind. Herr Koch erklärte nach dem Bericht der Tel.-Union: „Wenn man also Pazifismus so versteht, daß man dem Märchen von der Allschuld Deutschlands am Kriege bestimmt, daß man sich für die Wertschaffung der Reichswehr einsetzt, solange die einseitigen Gegner in Waffen starren, oder daß man das Unrecht des Versailles-Vertrages für alle Zeiten anerkennt, dann gibt es in der Demokratischen Partei keinen einzigen, den man als Pazifisten ansehen könnte. Unter Pazifismus verstehen wir den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, die Forderung der Abbrüstung der anderen gemäß ihren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, so daß die wahren Grundlagen Europas für den Frieden gesichert werden können.“

So etwa sagt es Herr Dr. Stresemann auch. Nur weiß er, daß die „anderen“ dem Abbrüstungsprinzip nicht zum Siege verhelfen werden, so daß die Einstellung der deutschen Vertreter bei den Abrüstungskonferenzen in Genf lediglich die kommende Aufrüstung Deutschlands vorbereiten soll.

Herr Reudell ist trotz der großen Ankündigungen in Leipzig nicht erschienen. Die Maifeierveranstaltung der Deutschnationalen ging demzufolge ohne Herrn von Reudell vonstatten, der wie der Stadtverordnete und Reichstagskandidat, der Studienrat Dr. Wunderlich verkündete, in einer Depesche mitgeteilt habe, daß er amtlich verhindert sei. Herr von Reudell sprach am Sonntag in Düsseldorf. Am Montag redete er in Herford, also im Westfälischen, dann wurde er plötzlich „amtlich abgeholt“, so daß die Leipziger auf den Innenminister der Deutschnationalen verzichten müssen.

Wir gratulieren den Deutschnationalen zu dieser Abgabe, denn Vorbeeren sind mit Herrn von Reudell selbst in einer Versammlung dreimal siebenfach Gescheiter nicht einzuheimfen.

## Knüppel-Kunze aus dem Sack

Was alles kandidiert

Herr Knüppel-Kunze, der in Dresden aus seiner eigenen Partei hinausgeworfen worden war, erscheint nichtsdestoweniger wieder als Kandidat. Das hat er von seinen gehätselten Feinden, den Juden, trefflicher abgequikt: wirft man ihn vorn hinaus, dann kommt er zur Hintertür wieder hinein. Er kandidiert in Ober-Schlesien an der Spitze einer Liste, auf die sich ein ganzer Brei von schwarzweißen und hakentkreuzorganisatorischen Zusammenschlüssen hat. Wollen die Oberschlesier dem Reichstag zu diesem Spahnmacher erneut verhelfen?

Die Deutschnationalen haben in Südbayern den Putschisten Herrn von Lettow-Borbeck aufgestellt. Das hat die Hitlerianer keine ruhige Nacht gelassen. So haben sie denn einmütig gesucht, Herrn Lettow-Borbeck einen „Gleichwertigen“ zur Seite zu stellen. Sie fanden ihn in der Person des berühmtesten General Epp, der seinerzeit die Münchener Räte-Republik niedergeschlagen hat. In dieser spielte auch Herr Rieck, der „Altozialist“, eine nicht geringe Rolle. Benigstens gab er das in früheren Zeiten vor. Jetzt unterstützen die Oberländer die U.S.P. General Epp und Rieck in einer Front. Heil uns!

Nach einer Meldung der Germania wurde der Reichskanzler Dr. Marx als Spitzenkandidat für den Wahlkreisverband Sachsen aufgestellt.

# Die Maifeier im Reich

## München

W.B. München, 1. Mai.

In einer Reihe größerer Fabriken wird von den Arbeitern die Arbeiterruhe anlässlich des 1. Mai eingehalten. Die Kundgebung der Freien Gewerkschaften war von dem schlechten Wetter, das am Vormittag herrschte, wenig beeinträchtigt. Der Aufmarsch zur Theresienwiese dauerte gegen 1/2 Stunden. Die Kommunisten, etwa 1500 Mann, hatten sich leitmäßig gruppiert.

## Stuttgart

In Württemberg wurde am 1. Mai die Arbeiterruhe in sehr weitem Umfang, in einigen industriellen Vororten, wie Feuerbach, nahezu geschlossen durchgeführt. In Stuttgart bewegte sich von 1 Uhr ab ein imposanter Festzug, dessen Teilnehmerzahl etwa 10 000 betrug, durch die inneren Straßen zur Stadthalle, die etwa 7000 Plätze aufweist und sehr bald überfüllt war. Die am Schluß des Festzuges marschierenden Kommunisten-Organisationen, mit den unter ihrem Einfluß stehenden Teilen der Metallarbeiter und der Sportler, zogen sich vor der Stadthalle ab und veranstalteten auf der Straße eine kurze Sonderkundgebung. In der Stadthalle selbst sprachen Dr. Deutsch, Wien, und Dr. Breitscheid. Beide Reden wurden von den Demonstranten mit stürmischem Beifall aufgenommen.

## Frankfurt a. M.

SPD Frankfurt a. M., 1. Mai.

Die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in Frankfurt a. M. und Umgebung veranstalteten Maifeiern nahmen unter außerordentlichem starkem Zustrom den denkbar besten Verlauf und glichen überall einer Probemobilisierung zu den bevorstehenden Wahlen. Der Besuch war weitaus stärker als an den Werttagen der Vorjahre. Die Straßen hatten sonntägliches Gepräge. Die Beteiligung an der Vormittagsfeier im Zirkus Schumann war so stark, daß Tausende und aber Tausende keinen Platz fanden.

## Mannheim

SPD Mannheim, 1. Mai.

Die Maifeier in Mannheim hatte durch die bevorstehenden Reichstagswahlen eine starke Bewegungskraft erhalten. Der Demonstrationstag wies eine auffallend starke Beteiligung auf. Die größeren industriellen Betriebe hatten fast alle geschlossen. Der Demonstrationstag der Kommunisten fiel sowohl in bezug auf die Beteiligung als hinsichtlich der Durchführung gegen den der SPD stark ab.

## Geschwindigkeit ist keine Hexerei

Was die Tel.-Union alles kann

Am Mittwoch, dem 2. Mai, spricht der in Sachsen abgebaute halbsüdbische deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Quaaq zu Birmasens. Bereits am 2. Mai vormittags brachte die Jugenbergsche Tel.-Union einen Bericht über die Rede des Abgeordneten Dr. Quaaq, freilich mit dem Vermerk: „Daß erst in den Morgenstunden vom 3. Mai veröffentlicht werden.“ Geschwindigkeit ist keine Hexerei. Wenn nun aber Herr Dr. Quaaq wie Herr von Reudell in Birmasens „amtlich abgehalten“ sein sollte! Was dann?

Herr Dr. Quaaq spricht also heute abend in Birmasens, vorausgesetzt, daß er nicht den Zug verpaßt über das Fortschreiten der Diktatur in allen Ländern Europas. Diktatur sei auch das oberste Prinzip der Deutschnationalen im Kampfe gegen die „Judenrepublik“. Freilich hat die einseitige Stimmungsmache der Jugenbergschen Union einen merkwürdigen Beigeschmack. Man schließt auf „jüdische“ Geschäftigkeit.

## Am Lohmanns Nachlaß

Aus Hamburg wird dem Soj. PresseDienst berichtet: Man nahm bisher an, daß die Werte der Lohmann-Unternehmungen in Neustadt (Holstein) als Kontursache ohne weiteres an das Reich zurückfallen würden. Diese Annahme war falsch. Laut einer Information des Hamburger Echos soll die Hanseatische Marine-Jagd-Schule in Neustadt ein städtisches Unternehmen werden, wobei Grundstücke und Gebäude an die Stadt übergehen, die Stadt aber zusammen mit Privatkapitalisten einen erheblichen Teil der laufenden Kosten übernehmen soll. Vor allem soll die Stadt einsparigen, wenn sich finanzielle Schwierigkeiten ergeben. Es soll bereits ein Vorvertrag zwischen dem Bürgermeister von Neustadt und den leitenden Persönlichkeiten der Jagdschule, früheren Marineoffizieren, abgeschlossen sein. Die Stadtverordneten von Neustadt, so heißt es, seien darüber gar nicht befragt worden. Der Bürgermeister soll diesen Vertrag, an dem die Stadt beteiligt ist, in rein privaten Verhandlungen abgeschlossen haben, an denen der Führer des Stahlhelms, Prys, und der Leiter der Neustädter Feuertochter, Dr. Waller, teilgenommen haben. Das andere Neustädter Lohmann-Unternehmen, Ely G. m. b. H., für das als Gesellschafter der Generaldirektor der Weserwerft Franz Stapelfeld und Marinebaurat Niemeyer zeichneten, soll an einen Spritschieber namens Lohmann verkauft werden. Auch in dieser Angelegenheit soll der Vorvertrag bereits auf ähnliche Weise abgeschlossen sein wie im ersten Falle.

## Maifeierverbot in Waldemaras Ländchen

In Litauen waren sämtliche Straßenzüge und Kundgebungen am 1. Mai von den Militärbehörden auf Grund des Kriegszustandes verboten worden. Auch ein Versuch der Konwoer sozialdemokratischen Parteiorganisation um Genehmigung von Versammlungen in geschlossenen Räumen wurde abschlägig beschieden. In verschiedenen Orten sind rote Fahnen, Plakate usw. beschlagnahmt worden.

In Lettland hat die politische Polizei in mehreren Städten in den kommunistischen Arbeiterkreisen Hausdurchsuchungen vorgenommen, weil im Zusammenhang mit der Feier des 1. Mai eine verstärkte Tätigkeit der Kommunisten vermutet wurde.

## Nachwahl in England

SPD London, 2. Mai (Radio).

Die Nachwahl im großbürgerlichen Londoner Wahlkreis Marylebone, die durch die Ernennung Sir Douglas Hogges zum Vorkanzler notwendig geworden war, führte zu keiner Veränderung im bisherigen konservativen Besitzstande. Das Resultat ist aber für die Konservativen keineswegs ermutigend, da für sie nur halb soviel Stimmen abgegeben worden sind als bei den letzten Neuwahlen und die konservative Mehrheit beinahe auf ein Drittel von 1924 gesunken ist. Sir Kennel Robb (konservativ) erhielt 12 359, Robb (Arbeiter) 6 721 und Murray (liberal) 3318 Stimmen.

## Kassel

SPD Kassel, 1. Mai.

In einer riesigen Kundgebung der freien Gewerkschaften Kassels sprach der Spitzenkandidat der SPD für Hessen-Kassau Philipp Scheidemann über die bevorstehenden Wahlen.

## Köln

SPD Köln, 2. April. (Radio.)

An der Maifeier beteiligten sich etwa 20 000 Menschen. Geradezu kräftig war dagegen die Maifeier der Kommunisten, die kaum 3000 Menschen auf die Wiese gebracht hatten. Im großen Arbeiterort Köln-Wülheim hatten sie ganze 164 Männer und Frauen in ihrem Maifestzuge. An der Nachmittagsfeier in der Messehalle beteiligten sich 6000 Personen.

## Ruhrgebiet

SPD Bochum, 1. Mai.

Im Ruhrgebiet verliefen die Maidemonstrationen völlig ruhig. In manchen Städten fürte das schlechte Wetter die äußeren Rahmen der Veranstaltungen. Die Beteiligung war jedoch trotz dem sehr rege. Sie war in einzelnen Orten sogar bei weitem größer als im Vorjahr.

## Braunschweig

SPD Braunschweig, 2. Mai. (Radio.)

Ein gewaltiger Festzug mit vielen roten Fahnen bewegte sich am Vormittag durch die Stadt. Der Reichstagsabgeordnete Funke hielt die Festrede. Der Aufmarsch erfolgte geschlossen. Die Auflösung des Zuges endete mit einer weiteren Ansprache und einem begeistertem Hoch auf die Sozialdemokratie. In den Abendstunden fanden statt besuchte Veranstaltungen in den größten Sälen der Stadt statt. Die Kommunisten hatten mit den wenigen Gewerkschaften, in denen sie noch Einfluß haben, zu Sonderdemonstrationen aufgetreten.

## Breslau

r. Breslau, 1. Mai.

Das hiesige Gewerkschaftskartell veranstaltete mit der SPD einen gemeinsamen Kundzug, der eine außerordentlich große Beteiligung aufwies. Die wesentlichen Industriebetriebe der Stadt ruhten vollständig. Die Teilnehmerzahl wird vorläufig auf 25 000 geschätzt. In der großen Messehalle in Scheitnig, die bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach der Kartellvorsitzende Gen. Ruffert. Ein kommunistischer „Massenaufmarsch“ blieb gänzlich unbeachtet.

## Ultimatum an Ägypten

SPD London, 30. April.

Der britische Außenminister teilte am Montag im Unterhaus mit, daß am Sonntagabend an die ägyptische Regierung eine Note gesandt wurde, in der Ägypten aufgefordert wird, die parlamentarische Erledigung des Versammlungsgesetzes sofort einzustellen. Falls London bis Mittwoch, den 2. Mai, um 19 Uhr, nicht im Besitz einer entsprechenden kategorischen Erklärung Ägyptens sei, behalte sich die britische Regierung vor, die ihre notwendig scheinenden Schritte zu unternehmen. Wie aus Kairo gemeldet wird, versteht Großbritannien unter den „notwendig scheinenden Schritten“ eine Beschlagnahme der ägyptischen Bille und damit der staatlichen Haupteinnahmequelle Ägyptens.

Der ägyptische Ministerrat beschloß am Montag, von der bisherigen Politik abzuweichen und das britische Ultimatum nicht zu erfüllen. Der ägyptische Ministerpräsident Nahas Pasha erklärte einer hier vorliegenden Meldung aus Kairo zufolge, er werde nicht wie sein Vorgänger unter den britischen Drohungen zurücktreten.

Fünf britische Kriegsschiffe haben am Montag Malta verlassen. Ihr offizieller Bestimmungsort ist Korinth. Man ist jedoch in London der Auffassung, daß diese Schiffe am Mittwochabend im Falle der Nichterfüllung der britischen Forderungen durch Ägypten auf direktem Wege nach Alexandria und Port Said beordert werden. Auch andere Schiffe der britischen Mittelmeerflotte sollen für die Entsendung nach Ägypten bereits auf Fahrtbereitschaft gestellt sein.

## Zum Teufel die Unabhängigkeit!

W.B. London, 2. Mai.

Lord Birkenhead beschäftigte sich gestern in einer Rede mit dem englisch-ägyptischen Streitfall und erklärte, es sei nutzlos, wenn Ägypten das Versammlungsgesetz nur bis zum November verlege. Ein Land mit der Verantwortung eines Weltreichs, mit Verpflichtungen andern Ländern gegenüber, ein Land unter dem Zwange der vitalen Notwendigkeit, in seinem eigenen Interesse seine Verbindungen aufrechtzuerhalten, könne einem solchen Gesetze niemals zustimmen. Er sei überzeugt, daß auch keine andere britische Regierung dies Gesetz jemals billigen würde.

## Verheerender Zyklon über Bulgarien

UL Sofia, 2. Mai.

Gestern nachmittag wurde die vom bulgarischen Erdbebengebiet 50 Kilometer entfernte Stadt Stari Zagora von einem aus der Richtung Ruschkut kommenden Zyklon schwer heimgesucht. Eine Anzahl Häuser wurde zerstört, viele Dächer abgedeckt und weit in die Luft geschleudert. 50 Personen sollen verwundet worden sein. Ueber die Anzahl der Todesopfer ist noch nichts bekannt.

Der Zyklon war von starkem unterirdischen Rollen begleitet. Die telephonische Verbindung zwischen Stari Zagora und Ruschkut ist unterbrochen.

## Explosion

SPD Berlin, 2. Mai (Radio).

In einer Korkfabrik Emil Jörn u. Co. in Hohenshönhausen bei Berlin brach Feuer aus, durch das eine Explosion von Korkstaub hervorgerufen wurde, die das Fabrikgebäude in einer Ausdehnung von 50 Metern zum Zusammensturz brachte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herre in Leipzig

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Schjond in Leipzig

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Alle Maser ist künstlich. Leppize Körperformen, volle Hüften werden erreicht durch Gavarol-Pillen Allein König-Salomo-Apotheke Postverand Grimaldische Straße 17

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.



**Mexiko**

Um den hohen Popocatepelt kreist seit Wochen eine Schauerwölke. „Priester mordt!“ schreit auf Millionen Zettel. „Wehrt euch, Katholiken!“ irgendwer.

„Eure Kirchen hat man zugeschlossen! Euren Bischof eingesperrt im Zoo. Eure Priester in den Wald gestohen, Nord und Totschlag gibl's in Mexiko!

In den Städten herrscht der rote Wöbel, unterdrückt die arme Mexikei, schändet, raubt, zerhackt Altar und Möbel!“ So und ähnlich sagt die Kitaneei.

Voll Entsetzen wendet sich der Bürger, wartet, ob die Erde hebt vor Schmach, ob vom Himmel hoch nicht doch als Bürger Feuer regnet wie ein roter Bach.

Nichts von dem! Am Popocatepelt lacht die Sonne, dehnt sich Ohn und Gauh, War ja nur ein kleines Wahlsgebell, Herr Kaplan! Auf Eh! Wir halten's Maul!

Pieter Pott.

**Wie die Bauern beschwindelt werden**  
**Der Paradedbauer Cord Cordes als Großkapitalist**

al. Der Reichslandbund und seine Unterorganisationen geben sich die erdenklichste Mühe, zu beweisen, daß sie die Interessenvertretung des gesamten Landvolkes seien. Sie haben daher Wert darauf gelegt, an die Spitze ihrer Organisationen auch einige bäuerliche Besitzer zu berufen, die dann die betreffende Provinzial- oder Landesorganisation auch im Verwaltungsausschuß des Reichslandbundes vertreten. Ein solches Paradedpferd war auch der Halbmeier Cord Cordes aus Kirchlinteln bei Verden an der Aller. Er galt allgemein als Musterbeispiel eines typischen Bauernvertreeters und war auch Vorsitzender des hannoverschen Landbundes.

Die näheren Nachforschungen unserer Genossen in der Provinz Hannover haben nun ergeben, daß es um diesen Landbund „Bauern“ sehr merkwürdig bestellt ist; denn er besitzt nicht weniger als 1842 Morgen Land, gehört also zu den Großgrundbesitzern. Er hat ferner eine eigene Ziegelei und eine Dampfsägerei. Außerdem ist er Eigentümer mehrerer Bootschiffe auf der Weser, mit denen er Holzschiffe verfrachtet, sowie Mitglied und Vorsitzender einer Gesellschaft, die einen Motorbootbetrieb auf der Aller zum Zwecke der Bootschlepperlei und der Personensfahrten unterhält. Endlich ist der Herr Cord Cordes auch noch Hauptmann der Reserve der reitenden Artillerie, hat also bei einem feudalen Regiment einjährig gedient! Wahrscheinlich, ein solches Bild von einem typischen „Bauern“ Vertreter des Landbundes! Derselbe Cord Cordes war es, der unlängst auf einer Kundgebung des hannoverschen Landbundes in Göttingen das Aufmarschieren der weißen Armee ankündete, der ferner nicht laut genug in das Geschrei des Reichslandbundes von der „Not der Landwirtschaft“ und nach Erhöhung der Schulhöfe einstimmen konnte.

Ob die Bauern endlich merken, was für Leute sich als ihre geborenen Führer aufspielen? Denn ähnlich wie mit Cord Cordes dürfte es auch mit anderen „Bauern“größen des Landbundes bestellt sein. Die bevorstehenden Wahlen sind eine günstige Gelegenheit, um derartigen „Führern des Landvolkes“ endlich den Laufpaß zu geben.

**Wahlziege in Steiermark**

SPD Wien, 30. April (Radio).

Am Sonntag haben in der gesamten Steiermark, mit Ausnahme der Hauptstadt, die Gemeindevahlen stattgefunden. Sie haben der Sozialdemokratie überall sehr große Erfolge gebracht. Der Gesamtgewinn an Mandaten beträgt 337. Zwei Bürgermeister wurden neu gewonnen. Der Erfolg ist um so bedeutender, als auch in Obersteiermark, wo der Mittelpunkt der Schwerindustrie ist, die Sozialdemokratie ausgezeichnet abgeschnitten hat. Die Alpine Montangesellschaft hat in den letzten Monaten in ihren Betrieben die Heimwehrbewegung organisiert und auch noch am Sonntag Flugblätter verteilt, worin erklärt wurde, wenn die Sozialdemokraten gewählt würden, müßten Entlassungen und Lohnkürzungen erfolgen. Trotzdem hat im ganzen Gebiet der Schwerindustrie die Sozialdemokratie sehr gut abgeschnitten und in Donauitz, wo der Hauptstapel untergenommen wurde, haben die Sozialdemokraten im ganzen 100 Stimmen verloren, aber die Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat behalten. Es ist das ein Beweis, daß der Terror der Schwerindustrie, welche den Arbeitern die Heimwehren aufzwingen wollte, gebrochen ist.

**Sozialdemokratische Landtagsmehrheit in Schaumburg-Lippe**

Bei den Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe haben die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteier recht erhebliche Verluste erlitten. Die Deutsche Volkspartei hat nicht, wie zuerst gemeldet wurde, 4132 Stimmen, sondern nur 2132 Stimmen erhalten. Für die Deutschnationalen wurden 4141 Stimmen abgegeben. Das bedeutet einen recht erheblichen Rückgang gegen die Landtagswahlen von 1925, wo Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei zusammen 1125 Stimmen erhielten. Zieht man die Vergleichsziffern der Reichstagswahlen vom Dezember 1924 heran, so werden die Verluste der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen noch deutlicher. Bei jener Wahl erhielten die Deutschnationalen 6595 Stimmen, von denen sie jetzt 40 Prozent verloren haben. Die Deutsche Volkspartei, die am Sonntag 2132 Stimmen erhielt, hatte im Dezember 1924 noch 4239 Stimmen auf sich vereinigt, sie hat also seit Ende 1924 die Hälfte ihrer Stimmen verloren. Zahlenmäßigen Gewinn von Bedeutung und Mandatserfolg hat bei den Wahlen in Schaumburg-Lippe allein die Sozialdemokratie zu verzeichnen. Sie hat die Mehrheit erobert. 8 Sozialdemokraten (bisher 7) stehen jetzt 7 bürgerlichen Abgeordneten gegenüber: Deutschnationalen und Landbund 3 (4), Deutsche Volkspartei 1 (2), Demokraten 1 (1), Handwerksbund 1 (1), Nationaler Block 1 (0). Das Schwergewicht der Mehrheit des Landtages in Schaumburg-Lippe hat sich nach links verschoben; die Sozialdemokratie ist die ausschlaggebende Partei. Ein neuer Erfolg, der für den 20. Mai Gutes erwarten läßt.

Die Veränderung im Mandatsbesitz — im vorigen Landtag fanden 7 Sozialdemokraten 8 bürgerliche Abgeordnete gegenüber — ist daraus zu erklären, daß bei der diesmaligen Wahl über 1800 Stimmen weniger abgegeben wurden.

**Du kannst mir was ...**



Leutselig setzt sich der Rittergutsbesitzer jetzt mit dem Bauern auf eine Bank, —

— aber wehe ihm, wenn der Bauer aufsteht!

**Die Hellsieherin von Insterburg**

**Die Kriminal-Telepathie vor dem Richter**

Seit zwei Tagen bemüht sich die große Strafkammer in Insterburg (Ostpreußen), sich in den Trancezuständen der Frau Landwirtschaftsschuldirektorin Elise Günter-Geffers zurechtzufinden. Die „merkwürdige Elise“, die als 15-jähriges Mädchen Kommandes vorausahnte, wurde später Chironantin und dann Kriminal-Telepathin. Das sie anfangs aus den Handlinien Berganges und Zukünftiges, so wurde sie hinterher vielgeschicktes Medium, das im Trancezustande imstande war, den Behörden und den Privatleuten Hinweise zu geben, wo der Mordtäter zu finden und Gestohlenes zurückzuholen sei. Bald mit Erfolg, bald ohne Erfolg. Und so kam es, daß Leute, die sie unschuldig bezichtigt hatte, ihr gram waren, zum Staatsanwalt liefen und sich über sie beschwerten. Dieser eröffnete gegen die Kriminal-Telepathin ein Verfahren wegen Betruges. Er brachte 25 Fälle zusammen, die angeblich ohne Erfolg geblieben sein sollten, lud zur Gerichtsverhandlung der ersten Instanz Sachverständige, die die Tätigkeit der Frau Günter-Geffers als Anfang, ihre Trancezustände als Humbug bezeichneten und forderte ihre Verurteilung. Das Gericht sprach sie frei. Der Staatsanwalt beruhigte sich aber nicht bei diesem Urteil. Er legte Berufung ein. Und so steht Frau Günter-Geffers zum zweiten Male vor Gericht.

Ihr Rechtsanwalt Dr. Winterberg, selbst Fachmann auf dem Gebiete des Okkultismus, seinerzeit auch Verteidiger des Bernburger Lehrers Droste, der trotz des vernichtenden Gutachtens des Potsdamer Landgerichtsdirektors Hellwig freigesprochen wurde, hat die Zeit zwischen erster und zweiter Gerichtsverhandlung gut genutzt. 25 neue Fälle sind von ihm in einem Antrage an die Strafkammer zusammengefaßt, 29 Zeugen geladen worden, durch die er den Nachweis führen will, daß Frau Günter-Geffers neben Mißerfolgen auch eine große Zahl von Erfolgen zu verzeichnen hat. Landgerichtsdirektor Hellwig hat vom Justizministerium keine Erlaubnis erhalten, als Sachverständiger vor Gericht zu erscheinen. Der Königsberger Professor Dr. Rippe, der in der ersten Instanz die Tätigkeit Frau Günter-Geffers „Schwindel“ genannt hat, ist von der Verteidigung abgelehnt worden. Die Sachverständigen Dr. Geißler, Dr. Körner und Dr. Thoma sind dem Okkultismus mehr oder weniger gütig. Die Chancen der Insterburger Kriminal-Telepathin stehen somit nicht schlimmer als beim erstenmal.

Frau Günter-Geffers hat eigentlich niemals ihren Klienten besondere Hoffnungen gemacht. Im Gegenteil: Auf ihren Briefbogen konnte man lesen, daß ihre „Detektive Animagismus“ keine Garantie für die Resultate ihrer Tätigkeit übernehme; das hielt aber die Behörden und Privatleute nicht ab, von ihrem „medialen“ Können Gebrauch zu machen. Geschah irgendwo in Ostpreußen, in Gumbinnen, in Tilsit, ja in Königsberg, in Bernau, in Pöchlitz oder sonstwo irgendwo Mord, eine Brandstiftung, ein Diebstahl, in denen sich die Behörden nicht auskannten, so holte man Frau Günter-Geffers: Sie suchte den Tattori auf, verteilte in einem Trancezustand, ließ sich hierbei aussagen, nannte Namen, machte Beschreibungen von Personen und Gegenständen oder ging

im halbunbewußten Zustande direkt an die Stelle, wo der Täter oder sein Opfer sich befinden sollten.

Da war z. B. ein Gespannführer verschwunden. Frau Günter-Geffers begab sich schlafwandeln an einen naheliegenden See: Hier mußte sich die Leiche des Gefunkten befinden. Und siehe da: vier Monate später fand man sie tatsächlich. Dieser Fall wurde bereits in der Gerichtsverhandlung erster Instanz festgestellt. Ein anderer Fall kam in der zweiten Instanz durch den Amtsgerichtsrat Wenjel zur Sprache. Frau Günter-Geffers war die Aufgabe gestellt worden, den Mord an einem Dienstmädchen aufzuklären. Im Trancezustand schilderte sie den Vorgang des Mordes und nannte als Täter den Besitzersohn Hermann Rudling. In Haft genommen, gestand dieser Rudling, daß er der Mörder sei. Er wurde zu Tode verurteilt und später zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt.

Auch andere Fälle führt Rechtsanwalt Dr. Winterberg in seinem Schriftsatz an. In Tilsit wurde im Speicher eines gewissen Anved de la Chauz ein Einbruch ausgeführt. Frau Günter-Geffers führte im Trance die Kriminalbeamten durch verschiedene Straßen nach der Wohnung des Haupttäters. Die verhafteten jugendlichen Verbrecher gestanden ihre Tat und bestätigten die Richtigkeit der im Trance gemachten Angaben.

In der Druckerei der Gumbinner Allgemeinen Zeitung war ein Diebstahl begangen worden. Auch in diesem Falle führte Frau Günter-Geffers durch mehrere Straßen zu einem Althändler, der das Blei von einem jungen Menschen gekauft hatte. Auf dem Rückweg begegnete sie dem jungen Menschen selbst, hielt ihn an und beschuldigte ihn als Täter. Er gab die Tat zu.

Der Gräfin Marie zu Eulenburg wurden auf einer Reise Schmuckgegenstände aus einem Handoffener entwendet. Frau Günter-Geffers schilderte in einem Trancezustand den Vorgang, beschrieb genau die Schmuckgegenstände und den Dieb, auch die Umgebung, in welcher die Sachen durch die Kriminalpolizei später gefunden wurden. Also Wunder über Wunder.

Wird sich etwa das Gericht in Insterburg zur Obersten Instanz in dem Streit der Wissenschaft aufwerfen, ob die Telepathie, d. h. die Fähigkeit fernliegende Gegenstände und Personen auf sich wirken zu lassen, Humbug sei oder nicht? Das wird es bestimmt nicht tun. Ähnlich wie die erste Instanz wird es wohl sagen: Frau Günter-Geffers hat an ihre okkultistischen Fähigkeiten geglaubt, ihre Klienten haben das gleichfalls getan, sie haben ihren Obolus gern hingegeben, auch wenn ein Erfolg nicht zu verzeichnen war. Betrag liegt nicht vor. Frau Günter-Geffers war aber tatsächlich eine vielgesuchte Kriminal-Telepathin. Ihr Einkommen, das bis 400 Mark im Monat betrug, wurde vom Finanzamt besteuert, und selbst das Zivilgericht sprach ihr in einem Falle das Honorar von 50 Mark zu, dessen Zahlung einer ihrer Klienten verweigerte. Ihr Sohn führte ihre Bücher, ihr Mann ihre Korrespondenz. „Die Detektive Animagismus“ blüht; Frau Günter-Geffers war jeden Tag unterwegs. Der Insterburger Prozeß wird für sie die beste Reklame bedeuten. Was geht den Laien der Streit der Wissenschaftler an? R.

**Raubmord auf der Avus**

SPD Berlin, 1. Mai.

Ein schwerer, in der Art seiner Ausführung einzigartiger Raubmord ist in den frühen Morgenstunden des Montags in Berlin verübt worden. Der Kontrollleur der Automobilenbahn, der 38 Jahre alte Wilhelm Sellenthin, wurde von zwei noch unbekanntem Verbrechern durch mehrere Schüsse getötet. Die Mörder raubten die Geldtasche ihres Opfers, die einen Betrag von etwa 50 bis 100 Mark enthielt, und sind mit ihrer Beute entkommen. Auf die Ergreifung der Täter ist zunächst eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Sellenthin, der in einem der Avus-Gesellschaft gehörigen Gebäude mit seiner Frau und seinem fünfjährigen Sohn wohnte, besag am Sonntagabend den Nachtdienstposten in dem Ausgangsgebäude des einstufigen Hauses, dessen obere Räume von Angestellten des Avus-Cafés gewohnt werden. Um 11 Uhr hatte Sellenthin die letzten Beträge abgeliefert. Diese Tatsache war den Verbrechern offenbar nicht bekannt, sie rechneten vielmehr damit, bei ihrem Mordanschlag die Sonntagsgasse zu erbeuten.

Gegen 3,30 Uhr, als Sellenthin in dem Kontrollraum saß, erschienen zwei Männer am Fenster, von denen einer einen Selbstladerevolver zog und einen Schuß durch die Scheibe abgab. Dann drangen die beiden in den Vorraum des Zimmers ein und schloßen durch den Türrahmen mehrmals auf den Wärtter. Der erste Schuß hatte, wie später festgestellt wurde, den linken Finger der linken Hand getroffen und den Knochen zerplatzt. Dem Kontrollleur gelang es noch, über einen internen Telefonaapparat den Wächter der Südschleife zu benachrichtigen und vom Apparat aus das Ueberfallkommando zu alarmieren. Der Leiter des Ueberfallkommandos hörte noch die Worte: „Ueberfall, ich bin schon getroffen...“ dann erlosch die Stimme. Die einzige Tatzeugin ist die Angestellte des Avus-Cafés,

Frau Käthe Brill, die unmittelbar über dem Mordzimmer wohnt. Sie hörte kurz vor 4 Uhr einen Schuß, eilte zum Fenster und sah zwei Männer, die eilends das Haus verließen. Gleichzeitig hörte sie die Schreie des Ueberfallenen: „Fräulein, Fräulein, helfen Sie mir doch, Hilfe, Hilfe, sie haben mir den linken Finger abgeschossen.“ Raum hatte das Mädchen den Schrei ertommen, als die Männer wieder zurückkehrten und abermals zu feuern begannen. Käthe Brill wagte sich nicht hinunter und betrat das Zimmer erst, als das Ueberfallkommando herbeigeeilt war. Sellenthin lag tot auf der Erde. Die zweite Schussriehe hatte seinen Tod zur Folge gehabt. Eine Kugel ist nahe unter dem linken Ohr in den Schädel gedrungen und dort festengeblieben.

Die Mordkommission ist der Auffassung, daß ein von langer Hand vorbereiteter Raubmord vorliegt. Sellenthin war selbst im Besitz einer Waffe, hatte aber keine Gelegenheit mehr, zu schießen. Es muß aber ein schwerer Kampf zwischen ihm und seinen Wärttern stattgefunden haben. Der Ermordete stand seit 7 Jahren im Dienst der Avus und erfreute sich allgemeiner Beliebtheit.

**Der Rummel in Newyork**

SPD London, 1. Mai.

Der offizielle Empfang der Ozeanflieger durch die Stadt Newyork gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug. Tausende und Abertausende von Menschen waren auf den Weinen.

Die offizielle Feier wurde eingeleitet mit der Abfahrt eines Begrüßungsbootes, das die Frauen der Flieger von der „Dresden“ abholte und zum Broadway brachte. Anschließend folgte ein Frühstück im Carlton-Hotel. Die Anfahrt der Flieger erfolgte in Begleitung einer großen Zahl von Polizisten auf Motorrädern. Tausende von Menschen bildeten Kopf an Kopf Spalier. Alle Schiffsstreifen waren während der Anfahrt in Betrieb.

# Zechenbarone in Aktion

## 3 Prozent der Ruhrbergarbeiter gekündigt

Schon während der Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung haben die Zechenbesitzer an der Ruhr mit Gegenmaßnahmen gedroht. Nachdem ein Schiedsgericht, das eine Lohnerhöhung von 8 Prozent für die Ruhrbergarbeiter ab 1. Mai brachte, von dem Schlichter gefällt wurde, erschienen in der den Zechenbesitzern nachstehenden Presse Droh- und Warnungsartikel. Es wurde mit Zerschlagungen und der Entlassung von 5000 bis 6000 Bergarbeitern gedroht. Diese Drohung sollte den Reichsarbeitsminister abhalten, den gefällten Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Was den Zechenbesitzern sonst noch an Argumenten gegen die Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung fehlte, lieferte ihnen gefälligst die Schmalenbach-Kommission. Den Schmalenbach-Bericht sehen die Zechenbesitzer als ihren Messias an. Begrüßt doch die Deutsche Bergwerkszeitung dieses Gottesgeschenk für die Zechenbesitzer mit folgenden Zeilen unter der geheimnisvollen Ueberschrift:

### „Staatlich erzwungener Raubbau.“

„Wie wir schon vor einigen Tagen andeuteten, ist das Schmalenbach-Gutachten für den Ruhrbergbau den Verfeindeten „planwirtschaftlicher“ bzw. marxistischer Wirtschaftsmethoden sehr erheblich auf die Nerven gefallen. Nachdem man sich seit Jahr und Tag für höhere Löhne bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit und Senkung der Preise eingesetzt hat, sieht man jetzt mit einigem Schrecken die Folgen derartiger Wirtschaftspolitik herantreiben und bekommt Angst vor der eigenen Courage. Man kann das Schmalenbach-Gutachten leider nicht mehr aus der Welt schaffen. Es liegt nun einmal schwarz auf weiß gedruckt vor und ist sogar zum Preise von 4 M. jedermann zugänglich. Das ist äußerst fatal! Die Bauwirtschaftler und Sozialforscher sind allerdings weit davon entfernt, die Unrichtigkeit der von ihnen bisher verkündeten Theorien offen zuzugeben, um ihre Stellung weiter halten zu können.“

Trotz der vielen Drohungen hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch für verbindlich erklärt. Daraus ist mit Sicherheit zu entnehmen, daß das Schmalenbach-Gutachten vom Reichsarbeitsminister nicht als einwandfrei angesehen wurde. Mit dieser Ansicht befindet sich der Reichsarbeitsminister in sehr guter Gesellschaft. Alle Bergbaukenner und Sachverständige sind zu der Überzeugung gekommen, daß das Schmalenbach-Gutachten nur den Wünschen der Zechenbesitzer an der Ruhr Rechnung getragen hat.

Nun haben am 27. April auf Befehl des Zechenverbandes fast alle Direktoren des Ruhrbergbaues den Betriebsräten angetragen, die Einwilligung zur Kündigung von 3 Prozent der gesamten Belegschaft zu geben. Die einzelnen Zechenverwaltungen haben den Betriebsräten ausdrücklich erklärt, daß diese Kündigungen auf Befehl des Zechenverbandes geschehe. Diese Kündigungen sollen auch auf den Zechen vorgenommen werden, auf denen es jetzt schon an Arbeitskräften mangelte! Die Zechenbesitzer mußten auf Befehl des Zechenverbandes so eilig handeln, daß die Betriebsratsmitglieder vielfach aus der Grube zu den Sitzungen herausbefohlen wurden. Selbstverständlich haben die Betriebsräte die gewünschte Einwilligung nicht gegeben. Die Kündigungen sollten am 1. zum 15. Mai ausgesprochen werden. Würde diese Maßnahme durchgeführt, so würden dadurch etwa 14 000 Bergarbeiter betroffen. Ueber diese Absichten des Zechenverbandes herrscht eine ungeheure Empörung unter den Bergarbeitern.

Am Sonnabend lagte in Böhmen, wie schon berichtet, eine Ruhrreplikonferenz des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes. Auf dieser Konferenz wurde mit aller Schärfe gegen die beschuldigten Entlassungen Protest erhoben. Die Konferenz, die von etwa 500 Vertrauensleuten besucht war, nahm Stellung zu dem Schiedspruch. Eine Entschließung wurde mit allen gegen nur zwei Stimmen angenommen. Diese zwei Stimmen stammten aus dem Lager der extremen Kommunisten, die aus Prinzip gegen jedes Vertrauensvotum für die Verbandsleitung waren. Auf der Konferenz ist im übrigen allgemein aufgefallen, daß auch die meisten Kommunisten für die Entschließung gestimmt haben, obwohl das kommunistische Ruhr-Echo die schlimmsten Töne angestimmt und gegen die Verbandsleitung in der denkbar gehässigsten Form gehetzt hat.

## Staatsubventionen für das Zechenkapital

### Lohnherabsetzung für die Bergarbeiter

Nach der Gründung der Niederschlesischen Bergbau-A.-G. wurde von der Gesellschaft stets betont, daß bei einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im niederschlesischen Bergbau auch den Arbeitern in der Lohnfrage entgegenkommen werden könnte. Die Besserung wurde erwartet von Frachtermäßigungen der Reichsbahn, von öffentlichen Krediten des Reiches und von der völligen Umstellung der Betriebe. Die Betriebsumstellung ist nun in vollem Gange, die Reichsbahn hat für niederschlesische Kohle eine wenn auch noch unzulängliche Frachtermäßigung gewährt und auch das Reich hat, wie wir kürzlich berichteten, 12 Millionen Mark Kredite zur Finanzierung der von der neuen Bergbau-A.-G. geplanten Unternehmungen in den Nachtragetat eingestellt, aber von irgendwelchen Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die Bergbau-A.-G. endlich ihren unsozialen Standpunkt in der Lohnfrage aufzugeben gewillt sei, ist nichts zu merken. Das ist aus der Lohnentwicklung und den Auswirkungen der letzten Lohnbewegung im Dezember 1927 deutlich ersichtlich. Die Lohnbewegung brachte nur eine geringe Erhöhung der Tariflöhne, eine Erhöhung der Effektivlöhne, die von den Tariflöhnen stark abwichen, konnte jedoch trotz aller Anstrengungen der Bergarbeiterorganisationen nicht erreicht werden. Ein Schiedsgericht des schlesischen Schlichters, der eine Erhöhung des Effektivlohnes um 6 Prozent vorschlug, wurde auf Einspruch der Bergbauunternehmer vom Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt, so daß er nicht in Kraft trat. Als dann durch den Schiedspruch am 17. Dezember 1927 die Tariflöhne, um eine Kleinigkeit heraufgesetzt wurden, legten die Unternehmer die Gedinge herab und erzielten dadurch eine nicht unerhebliche Herabsetzung des Effektivlohnes, wozu besonders die Kohlen- und Gesteinsbauer betroffen wurden. Hatten die Effektivlöhne im Oktober 1927 noch 6,71 Mark und im November 6,77 Mark betragen, so sanken sie im Januar 1928 auf 6,62 Mark. Die Erregung unter der niederschlesischen Bergarbeiterschaft ist daher verständlich und sie macht sich in der Abwanderung in andere Reviere bemerkbar. Wenn den Behauptungen der neuen Bergbau-A.-G., daß durch die geplanten Stilllegungen keine Einschränkung der Förderung eintreten soll, Glauben beizumessen ist, dürfte die Abwanderung, durch die erfahrungsgemäß dem Reviere stets die besten Kräfte verloren gehen, sich bald als sehr schädlich erweisen. Trotz alledem scheinen die niederschlesischen Grubenunternehmer an ihrer sehr kurzfristigen Lohnpolitik festhalten zu wollen.

Der Sinn der staatlichen Unterstützungsaktion ist der, die Werke, die nach Ansicht der Unternehmer nicht rentabel sind, nicht nur wieder rentabel zu machen und den Unternehmern eine Verzinsung des in den Werken angelegten Kapitals zu sichern, sondern auch vor allen Dingen, die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiterschaft durch eine auskömmliche Entlohnung zu verbessern. Wird diese letzte Bedingung nicht erfüllt, so muß die Forderung gestellt werden, daß die weitere staatliche Förderung des niederschlesischen Bergbaues eingestellt wird. Richtig ist, daß die Sanierung des niederschlesischen Bergbaues nur dadurch erreicht werden kann, daß die Gefehungskosten der Kohle erheblich gesenkt

werden. Dies ist aber nur möglich durch eine Verminderung der jährlichen Gefehungskosten, die so groß sein muß, daß sie eine gewisse Erhöhung der Lohnkosten gestattet und demnach bei den gezeichneten Kohlenpreisen eine Gewinnspanne für die Unternehmer übrig läßt. Zu diesem Zwecke sind die Werke zusammengelegt worden und dazu hat der Staat den Millionenkredit hergegeben. Wenn diese Forderungen der Bergarbeiterschaft nicht erfüllt werden, muß dagegen protestiert werden, daß das Reich den Bergbauunternehmern Millionenkredite gibt, die nur dazu verwandt werden, den Unternehmern neue Gewinne zuzuführen, während das typische schlesische Bergarbeitertum verarmt werden soll.

### Kohlenpreisrückgang auf jeden Fall

SPD Am Mittwoch, dem 2. Mai, wird der Vorstand des rheinisch-westfälischen Kohlenjndikats in Berlin über die Kohlenpreisrückgang verhandeln. Wie die am Montag stattgehabene Mitgliederversammlung des Syndikats feststellte, kommt nur eine Erhöhung der Kohlenpreise im unbestrittenen Gebiet in Frage. Diese muß nach Auffassung des Syndikats mindestens 8 Mark pro Tonne betragen. Aber andererseits ist selbst die Mitgliederversammlung des Syndikats der Meinung, daß diese beispiellose Preissteigerung nicht durchzuführen ist. Deshalb hat sie den zu den Berliner Verhandlungen entsandten Delegierten bezüglich der Preisrückgang völlig freie Hand gelassen. Man versucht also, an Preisrückgang zu nehmen, was zu erhalten ist. Man will die Preisrückgang auf jeden Fall.

Die Mitgliederversammlung des Syndikats beschloß auch eine Erhöhung der Kasse um 10 M. auf 1,48 Mark pro Tonne verlasteter Kohle. Für die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne behauptet man, keine Mittel zu besitzen. Dagegen zeigt die Erhöhung der Umlage, daß man Geld genug hat, den Konkurrenzkampf gegen die englische Kohle bis zum Weißbrot zu führen.

Die schon veröffentlichten Zahlen über den englischen Kohlenexport sollten die Nachhaber im Syndikat mahnen, diese Quotenkampfpolitik möglichst bald zu liquidieren. Wie aus den erwähnten englischen Zahlen ersichtlich wird, ging die gesamte Zufuhr an englischer Kohle von 4,819 Millionen Tonnen im März 1927 auf 4,11 Millionen Tonnen im März 1928 zurück. Der Import der englischen Kohle nach den meisten europäischen Ländern ist gefallen, nur die Einfuhren nach Deutschland erhöhten sich in der angegebenen Zeit von 8369 Millionen Tonnen auf 8375 Millionen Tonnen. Es ist anzunehmen, daß sich die englischen Zufuhren nach Deutschland weiter steigern werden, und daß der Ruhrbergbau weiter Terrain verlieren wird. Der Kampf bis zum Weißbrot, der im Ruhrkohlenjndikat empfohlen wird, ist deshalb ein zweck- und sinnloser Kampf. Man sollte deshalb möglichst bald die Verständigung mit den Engländern suchen und durch ein deutsch-englisches Zusammenarbeiten auf den Kohlenmärkten die europäische Kohlenwirtschaft reorganisieren.

# Streit und Betriebsräte

## Eine vorbeigelungene Sache

### Braunkohlenunternehmer vor dem Landesarbeitsgericht

Im Herbst des vergangenen Jahres fand der größte mittel-deutsche Bergarbeiterstreik statt, in den u. a. die Betriebe im Bornaer Revier einbezogen wurden. Am 17. Oktober erschienen in dem Betrieb der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft, in den Register Kohlenwerken, nur 6 Prozent der Belegschaft zur Arbeit. Der Streik war also so gut wie vollständig. Beendet wurde der Streik bekanntlich am 22. Oktober durch einen Schiedsgericht und durch Vereinbarungen zwischen den Parteien, in denen u. a. gesagt wurde, daß Maßregelungen aus Anlaß der Bewegung nicht stattfinden dürften, daß die Arbeiter, die im Streik geblieben haben, wieder eingestellt werden müßten und daß die Wiedereinstellung bewirke, daß das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen gelte.

Bei den Register Kohlenwerken haben dem Abkommen entsprechend, am 21. Oktober die meisten Belegschaftsmitglieder die Arbeit wieder aufgenommen, unter ihnen auch die Mitglieder des Betriebsrats. Wie anderwärts, so wollten aber auch die Unternehmer im Bornaer Revier die Friedensformel nicht recht anerkennen. Die Register Kohlenwerke versuchten eine Maßregelung auf Umwegen, indem sie die bisherigen Betriebsräte als nicht mehr zu Recht bestehend erklärten. Infolgedessen waren die „außer Betrieb“ gesetzten Betriebsräte gezwungen, mit Hilfe der Geschäftsleitung des Bergarbeiterverbandes in Borna beim Arbeitsgericht Leipzig, Zweigstelle Borna, Feststellung zu erheben, daß sie noch zu Recht Betriebsratsmitglieder seien.

Das Arbeitsgericht konnte nicht anders, als der Klage der Betriebsratsmitglieder zu entsprechen. Die Herren der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft, die sich durch den Geschäftsleiter des

## Rheinischschiffahrt ruht!

### Die Ausperrung in Kraft getreten

Der große Lohnkampf in der Rheinischschiffahrt ist infolge der Faltung der Rheinreder Tariffrage geworden. Die am Montag in Köln geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Rheinreder und den an der Rheinischschiffahrt beteiligten Arbeiterorganisationen sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer beabsichtigen einen Lohnabbau von 13 Prozent, das sind 5,50 Mark vom gegenwärtig 43 Mark betragenden Wochenlohn der Mastrofen, vorzunehmen. Die Unternehmer bestanden in den Verhandlungen darauf, daß über das Verlangen der Arbeiter auf Zurücknahme der Lohnforderung erst verhandelt werden könne, wenn auch deren Forderung auf Erhöhung der Löhne zurückgezogen werde. Die Arbeiter hatten, um den Konflikt nicht ausbrechen zu lassen, in der Sonnabendverhandlung folgenden Vorschlag gemacht: Die Forderungen der Unternehmer auf Lohnabbau und Zurückziehen. Ab 1. Juli erfolgt eine Lohnzulage für die Lohnempfänger von 1,50 Mark die Woche, für die Gehaltsempfänger von 7,50 Mark für den Monat. Ab 1. Oktober erfolgt eine weitere Lohnerhöhung von 1,50 bzw. 7,50 Mark. Dieser gewiß maßvolle Vorschlag wurde von den Unternehmern als untragbar abgelehnt. Sie weigerten sich überhaupt, über eine Lohnzulage zu verhandeln, und begründeten das mit der schlechten Lage der Rheinischschiffahrt.

SPD Duisburg, 1. Mai.

In der Rheinischschiffahrt sind ab 1. Mai erhebliche Teile des Personals ausgesperrt worden. In Duisburg, Düsseldorf, Köln, Saarlouis, Bingen, Mainz und Mannheim ist das Rheinischschiffahrtspersonal in den Streik getreten. Die Nichterfüllung haben sich mit den Aussperrten solidarisch erklärt. Der Umfang der Stilllegungen in der Rheinischschiffahrt läßt sich noch nicht übersehen.

SPD Duisburg, 2. Mai. (Radio.)

Am Mittwochvormittag hat sich der Streik des Rheinischschiffahrtspersonals auf sämtliche Rheinfähren ausgedehnt. Ein großer Teil der deutschen Rheinfähren liegt bereits still. Die weiteren Auswirkungen des Streiks auf die Hafenarbeiter und die übrigen Verkehrsarbeiter lassen sich zur Zeit noch nicht übersehen. Die Streikbewegung erstreckt sich auf 10 000 bis 12 000 deutsche Rheinischschiffahrer.

### Fortschreitende gewerkschaftliche Konzentration

J. B. Die erstarkende Kapitalmacht zwingt die tschechoslawische Arbeiterschaft immer mehr zur Konzentration ihrer Kräfte. Nach der bereits vollzogenen Vereinigung der drei freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverbände gehen nunmehr der Glas- und der Keramikarbeiterverband daran, die beiden Organisationen zum Industrieverband der Glas- und Keramikarbeiter zu vereinigen. Es ist zu erwarten, daß demnächst ein gemeinsamer Kongress die Vereinigung beschließen wird. Der Sitz der neuen Organisation wird Teplitz sein.

## Textilausperrung angedroht

### Kritische Situation in Schlessen

WVB Breslau, 30. April.

In einer Sitzung schlesischer Textilindustrieller, die heute in Breslau stattfand, wurde die Ausperrung beschlossen, falls die Tarifkündigung in einigen Betrieben, wie bei Christian Dierig in Vongebietlau und Fränkel in Neustadt, nicht zurückgenommen werde. Es würde sich eventuell um die Ausperrung von 60 000 Arbeitern handeln.

## Straßenbahnerstreik in Frankfurt a. M.

SPD Ein Verkehrsstreik der Straßenbahner ist am Dienstag früh in Frankfurt am Main und Offenbach ausgebrochen. Der Beschluß zum Streik ist in der Nacht von Montag zu Dienstag auf Betanlassung des Deutschen Verkehrsverbandes von 85 Prozent der Straßenbahner gefaßt worden.

Die Ursache des Streiks liegt in einem Schiedsgerichtspruch, der dieser Tage vom Zentralauschluß für Tariffragen der kommunalen Straßenbahner in Berlin gefällt worden ist. Die Straßenbahner haben schon seit längerer Zeit in Lohnverhandlungen. Es kam zu einem in Frankfurt gefällten Schiedsgericht, den die Straßenbahner ablehnten. Vor dem Zentralauschluß in Berlin wurde daraufhin ein neuer Schiedsgerichtspruch gefällt, der jedoch gegenüber dem Frankfurter Schiedsgerichtspruch bedeutende Verschlechterungen brachte und nicht einmal den tariflich gesicherten Ansprüchen der Arbeitnehmer gerecht wurde. Infolge-

Arbeitgeberverbandes Bornaer Braunkohlenwerke vertreten ließen, gaben sich aber damit nicht zufrieden. Sie erhoben Rechtsbeschwerden beim Landesarbeitsgericht Leipzig. Man wollte anscheinend unter allen Umständen die Handhabe bekommen, um die unlieblichen freigewerkschaftlichen Betriebsräte aus dem Streik zu werfen zu können. Dies löbliche Ziel war den Unternehmern eine Festsetzung des Prozesses und all den Grips wert, den so ein Arbeitsgerichtsbescheid bringt. Der Herr Paul Albert Ehrhardt vom Arbeitgeberverband in Borna hat sich auch alle Mühe gegeben. Die Rechtslage sprach aber allzu klar und eindeutig gegen die Auffassung der Unternehmer.

Erfreulicherweise ist das Urteil des Landesarbeitsgerichts der Verurteilung aus dem Wege gegangen, weil Requemittelsgründe die Rechtsbeschwerden der Unternehmer abzuweisen. Solche Gründe lagen sehr nahe, da die Register Kohlenwerke nach Beendigung des Streiks den Betriebsratsmitgliedern Aufwandsentschädigung gezahlt und außerdem mit ihnen eine Betriebsbekanntmachung vereinbart haben. Die Grubenverwaltung Regis hat also offenbar ihren Betriebsrat selbst als zu Recht bestehend anerkannt. Das Landesarbeitsgericht besaß sich außer mit diesen Punkten aber auch mit der Unternehmerauffassung, daß mit der Beendigung der Arbeitsverhältnisse durch den Streik die Betriebsrätsämter erlöschen seien, und daß keinerlei privatrechtliche oder Kollektivvereinbarungen die Wahl als Fundament des Rechtsverhältnisses des Betriebsrats erheben könnten. Dilemm Standpunkte gegenüber erklärte es aber das Landesarbeitsgericht „für rechtlich möglich, daß die Vereinbarung in dem Friedensabkommen“

„Die Wiedereinstellung bewirkt, daß das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen im Sinne des Tarifvertrages gilt“

auch die Wirkung haben kann, daß die Kemter wiederingestellter Betriebsratsmitglieder wieder aussitzen“. Dementsprechend wurde die Rechtsbeschwerden der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft abgewiesen. Die beschuldigte Sache ist vorbeigelungen.

dessen wurde Montag Nacht der Streik beschlossen. Die Straßenbahner sind zu neuen Verhandlungen auf dem Boden des Frankfurter Schiedsgerichts bereit. Bis zur Stunde haben jedoch die Unternehmer noch keinen Versuch zur Einigung gemacht.

## „Industriefriede“ in England

### Eine halbe Million Textilarbeiter vor der Ausperrung

In der Volkszeitung ist schon wiederholt über die sich bereits seit einem Vierteljahr hinziehenden Verhandlungen zwischen den Textilunternehmern und -arbeitern in der Baumwollindustrie des englischen Bezirks Lancashire berichtet worden. Die Unternehmern beabsichtigen dort eine erhebliche Verlängerung der Arbeitszeit und gleichzeitig eine beträchtliche Verkürzung der Löhne. Für das, was sie die „Wiederherstellung der Rentabilität in der Baumwollindustrie“ nennen, verlangen sie auch die Gewerkschaften zu gewinnen. Zum dritten Male hat zu diesem Zweck in den letzten Tagen in Manchester eine Baumwollindustrie-Konferenz zwischen Unternehmer- und Arbeitervertretern stattgefunden, die aber am Montagmorgen ergebnislos abgebrochen werden mußte. Der Korrespondent des Daily Telegraph in Manchester meldet, daß dieser Verhandlungsabbruch ein endgültiger zu sein scheint und daß die Lage als äußerst ernst betrachtet werde. Die Text.-Anton meldet unterm 1. Mai aus London über den Textilkonflikt, an dem ungefähr eine halbe Million Arbeiter beteiligt sind, daß gegenwärtig die Frage erörtert werde, ob die Unternehmerorganisationen soweit übereinstimmen, um ihre Forderungen durch eine allgemeine Ausperrung durchzusetzen zu können. Die Industriefriedenskommission in der englischen Textilindustrie sind also nunmehr abgestoppt. Wie in Deutschland heißt auch in England die Unternehmerpartei gegenüber „rentenlosen“ Arbeitern: Ausperrung.

# Sächsische Angelegenheiten

## Eine herrliche Kumpanei!

Unter der glorreichen Redaktionführung des Herrn Betsche ist die Staatszeitung schon längst ein Organ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geworden. Was sich das Blättchen aber neuerdings in einem umfangreichen Artikel „Parlamentsschänder“ erlaubt, übertrifft noch seine üblichen „Leistungen“. Da jedoch dieses Blättchen außer von einigen Beamten, die dazu gezwungen sind, von niemandem in die Hand genommen wird, lohnt sich auch keine Auseinandersetzung mit dem, was Betsche schreibt. Einige Feststellungen sind zu dem Artikel aber immerhin interessant. Betsche entrüstet sich über die „Beschimpfungen“ des Ministerpräsidenten. Im besonderen richtet sich Betsches Entrüstung gegen die Feststellung des Genossen Liebmann, daß Helldes erste Ministerpräsidentenschaft mit seinem Verrat an seinen Parteigenossen begann, hinter deren Rücken Helldes die Konstitution mit den Bürgerlichen schloß. Daß Helldes damit seine Parteigenossen verrät, durch deren Vertrauen er in den Landtag gewählt worden war, kann auch die stärkste Entrüstung Betsches nicht aus der Welt schaffen. Da aber Betsche selbst Mitschuldiger an diesem Verrat war, ist sein Bemühen, Helldes (und sich selbst) von dem Vorwurf reinzuwaschen, nur zu begreiflich. Betsche entrüstet sich auch über den Landtagspräsidenten, er schreibt:

„Wir aber fragen, wie ist es möglich, daß ein Mann wie Liebmann seine hemmungslosen Angriffe und Beleidigungen gegen den höchsten Beamten des Staates schleudern darf, ohne zur Ordnung gerufen zu werden?“

Wer es nicht weiß, muß nach der Staatszeitung annehmen, daß diese Pfäume gegen den Landtagspräsidenten Genossen Schwarz gerichtet ist. Tatsächlich führte aber der deutsch-nationale Vizepräsident Dr. Eckard während der Anklagerede des Genossen Liebmann den Vorsitz.

In seinem giftigen Haß gegen die Sozialdemokratie benutzt Betsche sogar die Kommunisten als Kronzeugen, wie er auch den Kommunisten die Vorteilhaftigkeit ihrer wüsten Angriffe auf die SPD bezeugt. Betsche schreibt:

„Das tiefe Niveau, das sich hier ausbrühte (Betsche meint in der Stäupung Helldes. K. L. W.) wurde kurz darauf noch verstärkt. Als aus Anlaß einer Urliste über das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den Reichsinnenminister der Kommunist Stewert dem Sozialdemokraten einige unliebsame Dinge sagte, hagelte es aus dem Munde des Herrn Liebmann erneut Schimpfworte überst: Lügenpartei, gemeiner Schwindel, waren noch die zahllosen Ausbrüche. Und das Echo (gemeint sind die Zurufe der Abgeordneten. K. L. W.) der Geistesigen mit dem Munde löste in Worten von Galunken, Lumpen, Strohdö, Gesindel bis zur Widerlichkeit an die Ohren derjenigen, die genötigt waren, diesen Szenen des Ekels und Widerwillens zu folgen.“

Aber nicht nur die Staatszeitung, auch der Volksstaat beruft sich auf das Urteil der Kommunisten gegen die SPD und lobt die Kommunisten. Der Volksstaat schreibt zu den Auseinandersetzungen zwischen SPD und SPD im Landtage:

„Nach schärfer als Ulbricht rechnete der Kommunist Stewert mit den Linksozialisten ab. Unter deren Witzgeißel wird er ihnen, daß sie die Arbeiterklasse über die traurige Rolle, die die linkssozialistische Opposition spielt, hinwegzuträufeln. Wir haben dieser Järesen, aber wohl zutreffenden Charakteristik nichts hinzuzufügen.“

Betsche — Nielisch — Stewert — Ulbricht! Eine herrliche Kumpanei!

## Reaktionäre Verze

Die Hauptversammlung des Kreisärztlichen Bezirksvereins Chemnitz hat kürzlich in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung einen Beschluß gefaßt, der eine schwere Schädigung der minderbemittelten Bevölkerung bedeutet.

Dieser Beschluß besagt, daß zur Feststellung der ärztlichen Begründung für eine Schwangerschaftsunterbrechung, außer in den Fällen schwerer Lebensgefahr, die vorherige Beratung mit wenigstens einem zweiten Arzt erforderlich sein soll. Der Kreisärztliche Bezirksverein wird eine kleine Zahl von Ärzten bestimmen, aus der der beratende Arzt zu wählen ist.

Dieser Beschluß engt nicht nur die Verantwortlichkeit des einzelnen Arztes ein, sondern birgt auch die Gefahr in sich, daß bei der Feststellung, ob eine Schwangerschaftsunterbrechung notwendig ist, nach den einseitigen Gesichtspunkten einer von Reaktionären geführten Ständesorganisation entschieden wird und daß die Frauen der ärmeren Volksschichten bei unbedingter Zurückweisung den Kurpfuschern in die Hände fallen. Der Beschluß fördert nicht die öffentliche Gesundheitspflege, sondern stellt die Sonderinteressen der Ärzteschaft über die Interessen der Allgemeinheit.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat deshalb den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen,

1. die Aufhebung des Beschlusses des Kreisärztlichen Bezirksvereins Chemnitz sowie aus anderen Bezirksvereinen vorliegender ähnlicher Beschlüsse sofort zu verfügen;
2. dem Landtage baldigst eine Vorlage betr. Aenderung der Verzeichnungsordnung, über die Aufgaben der Kreisärztlichen Bezirksvereine, zu unterbreiten.

Wie wir dazu weiter erfahren, hat die Angelegenheit bereits über die Grenzen Sachsens hinaus großes Aufsehen erregt. So veröffentlicht die linksdemokratische Welt am Montag einen Artikel „Ständesinteressen oder Volkswohlfahrt“, der mit den Worten schließt: „Die gesamte Öffentlichkeit muß sich mit diesen Beschlüssen befassen, die leicht gefährliche Nachahmung finden können. Es gilt, den Anfängen zu wehren!“ Der Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion stellt den ersten wichtigen Schritt in diesem notwendigen Kampfe gegen die reaktionären Machenschaften der sächsischen Ärzteschaft dar.

# 60. Verbandstag sächsischer Konsumvereine

Am Sonntag und am Montag hielt der Verband sächsischer Konsumvereine seinen 60. Verbandstag in Chemnitz ab. Der Verbandstag war einer der stärksten Besuche aller bisherigen. Nach der Feststellung des Vorsitzenden, Genossen Klepzig, waren vertreten: 86 Konsumvereine durch 176 stimmberechtigte Delegierte, 3 Vorstands- und 5 Aufsichtsratsmitglieder und 298 Delegierte ohne Stimmrecht.

Außer diesen Vertretern nahmen an der Tagung teil: Eine große Anzahl Gäste, Regierung, Behörden, die Gewerkschaften, die Instanzen des Zentralverbandes und die der GGG sind vertreten. Die Chemnitzer Handelskammer hatte der Einladung mit einem Schreiben gedankt, in dem bemerkt wird, daß sie von einer Vertretung abgesehen habe, weil ihr das der Groß- und der Kleinhandel übernehmen könnte. (Gelächter und ironische Rufe.)

Die Tagung wurde durch die Chemnitzer Arbeiterkämpfer mit zwei prächtig vorgetragenen Arbeiterkampfliedern eröffnet. Dann hieß der 1. Vorsitzende, Klepzig, Dresden, alle Gäste willkommen. Die Toten wurden geehrt sowie zwei Genossenschaftsjubilar, die Genossen Kaufmann, der Schwere ist, und Heinrich Lorenz, der der Tagung beiwohnt. Im übrigen gab der Vorsitzende ein kurz umrissenes Bild der Entwicklung des Verbandes zur Ergänzung der schriftlichen Angaben. Darauf folgten Begrüßungsansprachen der Gäste. Dann wollte der als unfreiwilliger Spägvogel bekannte Kommunist Grenz aus Limbach „zur Geschäftsordnung“ über die gegenwärtigen Arbeiterkämpfe sprechen, wobei er versuchte, eine Heße gegen die Gewerkschaften zu führen. Dieses unglückliche Vorhaben mußte natürlich scheitern. Einbruch machte es nicht den gestraften.

Die Leitung des Verbandstages lag in den Händen der Genossen Klepzig, Reinhold und Urich. Nach einem Rückblick über den Aufstieg des Verbandes führte Genosse Klepzig aus:

„Die dem Verbande sächsischer Konsumvereine am Schluß des Jahres 1927 angeschlossenen 106 Konsumgenossenschaften mit 884 566 Mitgliedern erzielten

im Jahre 1927 einen Umsatz von 171 Millionen Reichsmark, so daß die vorkriegszeitliche Umsatzhöhe um 58 Millionen Reichsmark überschritten wurde. Die Steigerung des Umsatzes von 130 Millionen Reichsmark im Jahre 1926 auf 171 Millionen Reichsmark im Jahre 1927, also um 31,5 Prozent, war zahlen- und verhältnismäßig größer als in irgendeinem Jahre vorher. Mit diesem Umsatze ist der Verband sächsischer Konsumvereine am Gesamtumsatze des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit 17 Prozent gegenüber 16 Prozent im Jahre 1926 beteiligt. Unter den zehn Revisionsverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine steht

Sachsen mit 443 Reichsmark Durchschnittsumsatz je Mitglied an erster Stelle.

In der günstigen Umsatzgestaltung der sächsischen Konsumgenossenschaften kommt ohne Zweifel der bemerkenswerte Aufstieg der Wirtschaft im Jahre 1927 zum Ausdruck. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage war jedoch nicht die einzige Ursache der besonderen Entwicklung des Konsumgenossenschaftlichen Umsatzes im Freistaat Sachsen. Dies geht daraus hervor, daß in den sächsischen Konsumgenossenschaften die Umsatzsteigerung verhältnismäßig erheblich größer war als im sächsischen Einzelhandel.

Die sächsischen Konsumgenossenschaften gewinnen unmerklich von Jahr zu Jahr an Boden. In dieser unumstößlichen Tatsache offenbart sich die fortgesetzte steigende Kraft der Konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckungswirtschaft und die von allen klar denkenden und sachlich urteilenden Wirtschaftlern

anerkannte Überlegenheit der Konsumvereine gegenüber dem Einzelhandel.

Je mehr aber die Konsumgenossenschaftlichen Leistungen gesteigert werden, um so wirksamer werden die Konsumgenossenschaften die wirtschaftlich schwachen Volksschichten, die letzten Verbraucher, schützen können. Ein gewaltiges Stück Brauchland harzt noch der Bearbeitung. Hunderttausenden Verbraucher fehlt vorläufig noch die Einsicht für die Notwendigkeit des Konsumgenossenschaftlichen Zusammenschlusses. Sie stehen müßig am Wege. Sie sehen die Lücken in den Reihen der organisierten Verbraucher, ohne sich zu

rühren. Diese Lauen und Flauen, diese Pflägen und Gleichgültigen wollen wir rütteln und schütteln, bis sie begeistert aufhorchen, wenn wir ihnen immer wieder aufs neue zurufen:

Schließt euch den organisierten Verbrauchern an. Des Volkes Wohl ist unserer Arbeit Ziel!“

Darauf sprach R. Schäfer-Hamburg über

„Die genossenschaftliche Fleischversorgung.“

Er wies zunächst auf frühere Erörterungen der Sache und auf ihre Schwierigkeiten für die Genossenschaften hin. In neuerer Zeit wurde jedoch auch dieses Gebiet mit richtigem Erfolg betreten. Dresden, Leipzig, Chemnitz gehen in Sachsen voran, die „Produktion“ in Hamburg schon seit längerer Zeit, die im letzten Jahre in 92 verschiedenen Läden für rund 23 Millionen Mark an Fleischwaren umsetzte. Die GGG erwirbt die größte und modern eingerichtete deutsche Fleischwarenfabrik in Oldenburg. Die privaten Fleischereibetriebe fangen bereits an, die Konkurrenz mit Sorge zu beachten und zu fürchten. Besonders das Kleingewerbe, das unter 88 000 Betrieben in Deutschland mit rund 77 000 dominiert, in denen nur bis drei Personen beschäftigt sind. In nahezu 50 Prozent aller Fleischereibetrieben sind nur Familienangehörige tätig. Der vierte Teil aller Ausgaben für Lebensmittel entfällt auf Fleischwaren aller Art. Diese Angaben und noch manche andere zeigen, wie wichtig dieses Gebiet für die Genossenschaften ist. 11,9 Prozent des gesamten Verbrauchs an Fleischwaren in Deutschland wird vom Ausland eingeführt. Da spielt besonders die Frage des Gefrierfleischs eine große Rolle. In den Konsumgenossenschaftlichen Betrieben wurden 1927 Fleischwaren im Gesamtwert von 187 Millionen Mark umgesetzt. Durch die neue Großfabrik in Oldenburg wird der genossenschaftlichen Versorgung ein lebhafter Antriebs gegeben. Die bisherigen Erfahrungen werden von einer Fachberatungsstelle nutzbar gemacht. Ungeeignete genossenschaftliche Fleischversorgung, wie sie in einzelnen Fällen festzustellen ist, muß verschwinden. Es werden Richtlinien aufgestellt. Ferner erörtert dann noch weiter sehr instruktiv die Verhältnisse in Bezug auf Rentabilität, Unkosten, Anteil der Landwirte, Fabrikation und dergleichen.

Vom Vorstand und Aufsichtsrat des Verbandes wird eine Resolution eingebracht und mit zur Debatte gestellt, die gegen die Herabsetzung der Menge zollfreien Gefrierfleischs durch Regierung und Reichstagsmehrheit protestiert und Aufhebung des Zolles auf Gefrierfleisch fordert.

Die Aussprache.

Genosse Klepzig, Dresden, besprach kurz die Behandlung und Erledigung dieser wichtigen Frage im Reichstage. Er wies weiter auf die wichtige amtliche Denkschrift hin, in der unerhörte Mißbräuche in der Versorgung mit zollfreiem Gefrierfleisch erörtert sind und die einwandfreie und soziale Gebahrung der Konsumvereine festgestellt und nachdrücklich hervorgehoben ist. Die große Bedeutung für die arme Industriebevölkerung sei zweifellos. Um so mehr müsse es verwundern und zur Kritik herausfordern, daß die Regierung des Industrielandes Sachsen im Reichstag für die Herabsetzung des Kontingents eingetreten ist. (Stürmischer Protest.) Die Konsumgenossenschaftlichen Verbände müßten nunmehr auf allen ihren Tagen in dieser Weise Stellung nehmen, damit ein starker Resonanzboden für spätere Erörterungen der Angelegenheit im neuen Reichstage geschaffen wird. — Weiter sprachen noch in ähnlicher Weise die Kommunisten Granz, Limbach, der dabei viel von Klassenkampf redete, und Erdinger, Schwarzenberg, der sich in sachlicher Weise mit dem Vortrag befaßte und erzwungenermaßen Anregungen gab.

Im Schlußwort wies der Referent u. a. darauf hin, daß in Sachsen auf alles eingeführte Fleisch eine besondere Gebühr von 4 Pf. pro Pfund erhoben werde. Auch dann, wenn es aus Schlachtkäuferei kommt, wo völlig einwandfreie Untersuchungen vorgenommen werden. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Es folgte ein Referat von Hugo Bästlein über „Die Zusammenarbeit der zentralen Fachberatungsstellen“. Dazu wurde eine entsprechende Entschließung angenommen.

## Werklehrer in Preußen und Sachsen

Das preußische Kultusministerium hat mit dem sächsischen Ministerium für Volksbildung in Dresden ein Übereinkommen wegen der gegenseitigen Anerkennung der Befähigungszeugnisse für Werklehrer und Werklehrerinnen getroffen. Das Übereinkommen erstreckt sich dem Amtlichen Preußischen Professionsamt zufolge auf die Zeugnisse, die am Seminar für Werkunterricht in Leipzig in den Jahren 1926, 1927 und 1928 auf Grund der staatlichen Prüfungsbestimmungen sowie auf die Zeugnisse, die in Preußen ebenfalls auf Grund der staatlichen Prüfungsbestimmungen erworben sind und künftig erworben werden.

Marz als Durchfallskandidat in Sachsen. Die Zentrumspartei hatte ihren Landesvorsitzenden, Regierungsrat a. D. Dr. Klügler in allen drei sächsischen Wahlkreisen als Spitzenkandidaten aufgestellt und bei der Parteileitung in Berlin beansprucht, daß Klügler auf eine sichere Stelle der Reichsliste des Zentrums gesetzt werde. Obwohl die mitteldeutschen Katholiken 1924 dem Zentrum zwei Mandate auf der Reichsliste durch ihre Stimmen verschafft hatten, lehnte der Parteivorstand das sächsische Verlangen ab. Daraufhin verzichtete Dr. Klügler auf seine Kandidatur. Nun hat das Zentrum den Reichsfanzler Marz, der schon einmal in Sachsen durchgeraust ist, erneut als Spitzenkandidat aufgestellt.

Greital. Die Gasvergiftung des Ehepaares Andrich. Beide Eheleute sind jetzt aus dem Krankenhaus entlassen worden. Das Gaswerk hat den Gasrohrbruch festgestellt und repariert. Das Landesgesundheitsamt hat in die Wohnung des Ehepaares Andrich sechs weiße Mäuse setzen lassen, um feststellen

zu können, ob nicht doch etwa noch andere giftige Einflüsse in Frage kommen, die den Dauererfolg verursachten. Eine Probe der Luft in den Räumen wurde dem Hygienischen Institut zur Untersuchung zugelandt.

Wöbau. Ein tödlicher Unfall. Der 53jährige Hilfsarbeiter Zahn aus Kleinshweidnitz stürzte 10 Meter tief in einen Feuerturm und wurde sofort tot. Beim Anlegen einer Halskette ist Zahn anscheinend von einem Schwindel befallen worden und in die Tiefe gestürzt.

Schwarzenberg. Lebendig verbrannt. Im benachbarten Biersfeld kam die Frau des Oberschichters Schreiter dem Ofen zu nahe, die Kleider zingen Feuer, wobei die Frau so schwere Brandwunden erlitt, daß sie an den Folgen starb. Der anwesende Chemann konnte ihr nicht helfen, da er seit einigen Jahren blind ist.

Lugau. Waldbrand. Vorige Woche ist in dem Wald am Kaiserin-Augusta-Schacht ein Brand entstanden, der sehr schnell um sich griff. Schließlich gelang es der Delsnitzer Feuerwehr, die von Einwohnern unterstützt wurde, des Brandes Herr zu werden. Der Schaden ist sehr groß. Der Brand ist durch einen zwanzigjährigen Arbeiter verschuldet worden, der erst selbst löschen wollte, dann aber, als er die Unmöglichkeit einsah, Hilfe herbeiholte.

Flauen. Leichtfertiger Umgang mit Waffen. Ein Geschäftsmanng zeigte seinen Kindern eine Mehrkaliberpistole. Pflüchli trachte ein Schuß. Das drei Jahre alte Kind des Kaufmanns war in die Brust getroffen und mußte in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden.

## Partei im Kampf!

Ein jeder trägt sein Scherlein bei  
Und stärkt den Wahlfonds der Partei!

# Oberhemden-Sonderangebot

VON  
Qualitätswaren

Wir haben ständig  
Tausende von Ober-  
hemden auf Lager!

bringen wir, was wieder unsere Leistungsfähigkeit beweisen wird, zu herabgesetzten Preisen!

Oberhemden Perkai mit abgef. Brust, Doppelmansch und Kragen . . . . . 4,90 Mk.	<b>3<sup>90</sup></b>	Sporthemden la Perkai mit abgef. Faltenbrust, Doppel- manschette und Kragen . . . . .	<b>5<sup>90</sup></b>	Sporthemden Uni besond. für den Sommer geeign., ohne Rock u. Weste zu tragen, von . . . . .	<b>4<sup>75</sup></b>	Trikotin-Oberhemden in aperten Streifen, in Qualität, ohne Rock u. Weste zu tragen Mk.	<b>6<sup>90</sup></b>	Oberhemden weiß mit gefütterter Faltenbrust, in Qualität unverwundlich . . . . .	<b>4<sup>90</sup></b>
--	-----------------------	---	-----------------------	--	-----------------------	--	-----------------------	--	-----------------------

Herren-Garnituren, Jacke und Hose extra farbig . . . . . Größe 3 **4<sup>50</sup>** Größe 4 **4<sup>90</sup>** Größe 5 **5<sup>90</sup>**

# Modehaus Jordan & Co. LEIPZIG

Petersstraße 28  
Merseburger Straße 66

# KPD-Parolen!



In Deutschland gibt es noch Wohnungen ohne elektrisches Licht!

Wer ist schuld daran? — Die SPD!

Seht nach Rußland! — Dort brennen nur noch die breiten Massen der Aermsten ihre Petroleumfunzel. In Rußland aber gibt es keine Armen mehr! — Darum wählt KPD!



In Deutschland hat noch nicht jeder Arbeiter sein Auto!

Wer ist schuld daran? — Die SPD!

Seht nach Rußland! — Dort gehen die meisten Proletarier auf ihren gesunden Beinen. Was ist vernünftiger? — Darum wählt KPD!



In Deutschland gibt es noch Krankenkassen, ein Beweis, daß es noch kranke Menschen gibt!

Wer ist schuld daran? — Die SPD!

Seht nach Rußland und schafft die Schmutzkonzurrenz der deutschen Krankenkassen ab, dann wird es auch in Rußland keine Kranken mehr geben! — Darum wählt KPD!



In Deutschland regnets oft Sonntags, dem einzigen Ruhetag der Werktätigen!

Wer ist schuld daran! — Die SPD!

Sie versaut euch gemeinsam mit dem Bürgerblock den einzigen Feiertag! — Darum nieder mit der SPD! — Wählt KPD!



In Deutschland fließen Rhein, Weser, Elbe und Oder nordwärts!

Wer ist schuld daran! — Die SPD!

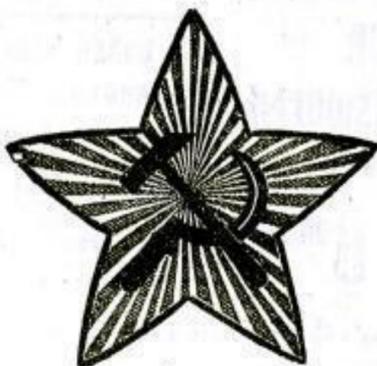
Seht nach Rußland. Dort fließt die Wolga nach Süden! — Darum wählt KPD!



In Deutschland kommen noch gelegentlich Erdbeben vor!

Wer ist schuld daran? — Die SPD!

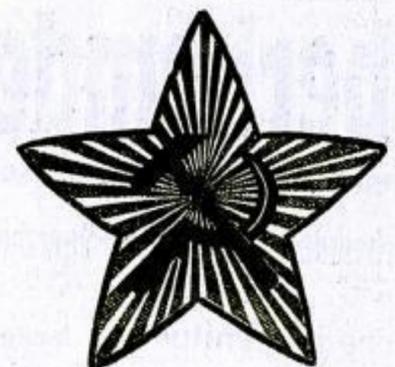
Seht nach Rußland! — Dort gibt es überhaupt keine Erdbeben mehr! — Darum wählt KPD!



Diesen Winter hatten wir in Deutschland Tage mit mehr als 25° Kälte.

Wer war schuld daran? — Die SPD!

Seht nach Rußland! — Dort scheint die Sonne im Sommer so warm, daß sogar die Kinder barfuß gehen können. Darum her mit der bolschewistischen Diktatur, die euch allein von dem ganz gemeinen sozialdemokratischen Temperaturschwinder erlösen kann! — Darum wählt KPD!





Muttertag!

In einem Blumengeschäft kaufte ich einige Blumen und bekam von der Verkäuferin einen Zettel mit in die Hand gedrückt. Achlos steckte ich ihn in die Tasche. Heute fällt er mir wieder in die Hände und ich lese folgendes:

Zehn Gebote für den Muttertag!

- 1. Nimm der Mutter am Sonntag alle Arbeit ab, damit sie einen Feiertag hat.
2. Stelle früh morgens Blumen ans Lager oder auf den Tisch.
3. Schide ihr, wenn du fern von ihr weilst, einen Brief, eine Karte, füge eine Aufmerksamkeit bei.
4. Gehe zum Friedhofe, wenn dort deine Mutter liegt oder eine andere Mutter, die zu deinem Verwandtenkreis gehört, und wie am Totensonntag düstere Kränze niedergelegt werden, so schmücke das Grab mit den Blüten des Frühlings.
5. Forche um in der Nachbarschaft, wo eine Mutter Not und Sorgen leidet, sage ihr tröstende Worte, drücke ihr die Hand und biete ihr sonst eine Aufmerksamkeit.
6. Weist du eine Mutter im Krankenhaus, im Stöckenhaus, im Altersheim, gedenke ihrer Frage nicht, ob andere dazu verpflichtet sind.
7. Wenn du auf der Straße ein altes Mütterchen siehst, gehe zu ihr und erweise ihr eine Freundschaft oder schenke ihr eine kleine Gabe, wenn es nötig ist.
8. Nimm einer Mutter, gleichviel, ob jung oder alt, Lofen ab, geleite, stütze sie, wenn es nötig ist.
9. Wird jezt und am Muttertage selbst für den Gedanken, sehe ihn in die Tat um und Sorge, daß es auch andere tun.
10. Nimm dir fest vor, deine Mutter und alle deutschen Mütter auch in Zukunft stets zu achten, zu ehren und zu unterstützen, immer und alle Tage — wie am Muttertage. Sorge dafür, daß auch andere es tun. Dann wird der Muttertag ein Segen für das deutsche Volk werden!

Nanu, denke ich, welcher edle Menschenfreund interessiert sich plötzlich für meine Mutter, nachdem sie ein Menschenalter allein mit ihrer Sorge und Not fertig werden mußte? Die ganze Sache riecht mir doch etwas zu sehr nach Geschäft. Jemandem hatte ich einmal gelesen, daß am 13. Mai Muttertag stattfinden sollte, und deswegen die Gebote! Weshalb interessieren sich aber die Leute gerade an diesem Tage für die Mutter? Wohl nur aus dem Grunde: Geschäft! — Geschäft ist alles! Es gibt doch einen Deutschen Tag, einen Strohhüttag, einen Stahlschmelztag. Warum soll es da nicht auch einen Muttertag geben? Die daran interessierte Geschäftswelt bestimmt einen Tag als Muttertag, an welchem sie sich auf ein großes Geschäft einrichtet; aber den Teufel scheidet sich darum, ob an den anderen Tagen des Jahres die Mutter geehrt wird. Wie schön klingt es doch, wenn sie im 10. Gebot schreiben: 'Nimm dir fest vor, deine Mutter und alle deutschen Mütter auch in Zukunft stets zu achten, zu ehren, usw.'

Wer kümmert sich aber darum, ob eine Mutter täglich in der Fabrik schwer arbeiten muß, um sich und ihren Kindern nur den dürftigsten Lebensunterhalt zu verdienen? Wer kümmert sich darum, ob ein altes Mütterchen mit der horrenden Summe von wöchentlich 9 Mark Fürsorgeunterstützung auskommt?

Wer kümmert sich um die uneheliche Mutter? Die kapitalistische Gesellschaft bestimmt nicht! Die uneheliche Mutter ist in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft ein Mensch zweiten Grades, und nur Schimpf und Schande hat man für sie übrig.

Wie ist es aber für die werdenden Mütter, für Schwangere? Niemand fragt danach, ob sie trotz ihres Zustandes bis zum letzten Tage täglich 8 bis 10 Stunden schwere körperliche Arbeit verrichten müssen, nur um vor ihrer Niederkunft keinen Verdienstausschlag zu haben.

Wer aber kümmerte sich während des Krieges um die vielen tausend und aber tausend Mütter, deren Söhne man in den Schlachten großen schaffte? Wer nahm Anteil an ihren Tränen, ihrer Verzweiflung? Mit einigen Mark Kriegsunterstützung oder Rente glaubte man die Sache abtun zu können. Damals „ehrete“ man die Mutter, indem man ihre Söhne zur Schlachtbank führte, für das Kapital. Zum Muttertag sollst du die Mutter ehren, für das Geschäft, für den Profit.

Für einen Sozialisten ist es eine Selbstverständlichkeit, daß er der Mutter, wie überhaupt der Frau, jederzeit die größte Achtung entgegenbringt. Erkennt er doch die Gleichberechtigung der Frau an. Nicht umsonst war August Bebel einer ihrer Führer, der in seinem Werk „Die Frau und der Sozialismus“ folgendes ausführte:

„Von allen Parteien ist die Sozialdemokratische Partei die einzige, welche die volle Gleichberechtigung der Frau, ihre Befreiung von jeder Abhängigkeit und Unterdrückung in ihr Programm aufgenommen hat, nicht aus agitatorischen Gründen, sondern aus Notwendigkeit. Es gibt keine Befreiung der Menschheit, ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.“

„Ehret die Mutter!“, nicht nur an dem von der Geschäftswelt vorgeschriebenen Tage, sondern ehret die Mutter so, daß sie einen Vorteil davon hat. Am besten aber ehrt ihr die Mutter, wenn ihr am 20. Mai, am Tage der Reichstagswahl, eure Stimme für die Sozialdemokratische Partei, der einzigen Partei, die für die Gleichberechtigung der Frau kämpft, abgibt. Dann wird nicht der 13. Mai, aber der 20. Mai ein Segen für das deutsche Volk werden. Kofra.

Ortsauschuß der Jugendverbände

Der Ortsauschuß Leipzig der deutschen Jugendverbände gibt bekannt: Unsere Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion wegen Gewährung der Fahrpreisermäßigung auch auf Verwaltungs-sonderzüge für die Jugendgruppen in Höhe von 50 Prozent konnten erfolgreich durchgeführt werden. Ein genauer Fahrplan der Verwaltungs-Sonderzüge für dieses Jahr kann in unserer Geschäftsstelle, Töpferstraße 2, Zimmer 4, eingeholen werden. Um eine Ueberfüllung dieser Züge zu vermeiden, ist eine frühzeitige Anmeldung erforderlich. — Ausstellung „Das schöne Thüringen“. Im Ringeschhaus hat eine neue Ausstellung Einzug gehalten. Der Verkehrsverein Leipzig veranstaltet vom 21. April bis 13. Mai 1928 eine Ausstellung „Das schöne Thüringen“. Es ist uns gelungen Eintrittskarten zum Preise von 15 Pfg. für das Stück zu erhalten. Wir bitten von der Vergünstigung regen Gebrauch zu machen, da an der Kasse 50 Pfg. erhoben werden. Die Ausstellung ist Wochentags von 10-12 Uhr, Sonntags von 10-17 Uhr geöffnet. — Blumentag am 5. und 6. Mai in Leipzig. An diesen beiden Tagen findet im Rahmen der Klüppelwoche ein Blumentag statt. Es wird noch einer Anzahl Helfer und Helferinnen benötigt, die den Verkauf der Blumen ehrenamtlich übernehmen. Alle Gruppen, welche gewillt sind, diese Arbeit zu unterstützen, sehen sich sofort mit dem Rat der Stadt, Abteilung Wirtschaftsamt, Neues Rathaus, Zimmer 377, in Verbindung.



Das war ein Tag, auf den das Klassenbewußte Proletariat mit Stolz zurückblicken kann. Dieser Tag läutete laut vernehmlich das Sterbestündlein des Bürgerblods ein. Während das Heer der Demonstranten mit Musik, Trommelschlag und Gesang durch die Straßen zog, lugte das Blodbürgertum verstohlen hinter den Vorhängen hervor. Es wird ihm das Herz nicht wenig gepupert haben. Die Blodbürgerpresse tut zwar, als sei so eine Massendemonstration nicht von Bedeutung. Die LZM schreiben: „Ein paar Tausend Unentwegte demonstrieren.“ Aber das ist doch nur ein kläglicher Gurgellaut, wenn nicht der Befürzung, so doch der großen Unbehaglichkeit, die diesem ehrenwerten deutschnationalen Kooalenblatt die Maidemonstration bereitete. Die Bestätigung dafür gibt übrigens der Nachrichtenberichterstatter selber, indem er schreibt:

„Man möchte den bürgerlichen Parteien empfehlen, sich noch vor dem entscheidenden Wahltage zu einer ähnlich geschlossen wirkenden Kundgebung zusammenzufinden.“

Soll das etwa heißen, ein paar Unentwegte demonstrieren zu lassen? Wir glauben nicht.

Noch misepetrischer ist's der Neuen Leipziger um dem Äquator herum. Sie sucht sich mit einer „Verücklung“ aus der Verlegenheit zu retten. Sie wagt zwar nicht, wie die LZM, von ein paar tausend Unentwegten zu schwafeln. Sie hilft sich dafür mit folgendem Zaubergesetz:

„Auf dem weiten Platz hatte sich eine riesige, von der Festleitung auf 20 000 bis 30 000 Mann geschätzte Menge angesammelt, die sich freilich weit mehr um Bier, Würstchen und Bananen, als um Politik kümmerte. Nach einer langen Zeit so freudiger Beschäftigung trat aber dann der Festredner ans Mikrophon — freilich ohne dadurch auf dem weiten Platz auch nur annähernd verständlich zu werden. Der Redner sprach vom Kampf der deutschen Sozialisten seit der Begründung der Partei im Jahre 1863, sprach von den Verfolgungen in der Zeit des Sozialistengesetzes, und dann von Krieg und Inflation. Zum Schluß erfolgten heftige und leider ganz allgemein gehaltene Angriffe auf Bürgerblod, Unternehmertum, Kapitalismus, während man nicht nur die soziale Republik, sondern auch die „soziale Revolution“ hochleben ließ — ohne freilich zu sagen, was unter diesem absolut dunklen Ausdruck zu verstehen wäre.“

Wir werden uns nicht die Mühe geben, dem Schmierfinken der LZM begreiflich zu machen, was unter dem „absolut dunklen Ausdruck“ der sozialen Revolution zu verstehen sei. Wir können ihm aber zur Illustration verraten, daß die soziale Revolution unter anderm auch solche Scharfmacher befeitigen wird, über die wir aus dem Betrieb der LZM in unserer Montagausgabe berichtet, und daß zu den ideologischen Voraussetzungen der sozialen Revolution gehört: daß die vielen Arbeiter schreien: die LZM und ähnlich „linke“ Blätter aus ihrem Hause weisen.

Im Demonstrationszuge wurden auch zwei alte Fahnen der Sozialdemokratischen Partei mitgeführt, die in der Zeit des Sozialistengesetzes konfiszert und in Polizeigewahrsam genommen waren, aber in den ersten Monaten der Revolution wieder in die Hände der Partei zurückgelangten.

Der Auf- und Abmarsch

Wohl selten hat Leipzig — wenigstens in der Nachkriegszeit — einen so imposanten Maiaufmarsch erlebt wie gestern. Tausende von Genossinnen und Genossen jeden Alters hatten sich zu den festgesetzten Zeiten auf den Stellplätzen eingefunden und marschierten mit vielen roten Fahnen, Spielmannszügen und Kapellen in der Richtung auf das Stadttor. Ungefähr beim Ostplatz trafen die Züge, die von neun Stellplätzen her kamen, zusammen. Vornweg marschierte dann die Jugend, die vorher in der Bundeschule eine kurze, eindrucksvolle Feler veranstaltet hatte, bei der Genosse Schürter die Festrede hielt und die von Liederschören und Rezitationen umrahmt war. Beim Abmarsch der Jugend veranstaltete die kommunistische Jugend eine Gegenemonstration, die harmlosen Charakters war. Auch an verschiedenen Stellplätzen hatten sich Kommunistengruppen



Das Festpiel der Jugend

eingefunden; doch verließ der Abmarsch überall in musterzügiger Disziplin; zu Störungen kam es nirgends.

Ganz vorne im Zug marschierten die Kinderfreunde und Roten Falken, die in ihren malerischen Trachten einen vorzüglichen Eindruck machten. Dann kam eine Radfahrergruppe der Solidarbeit und darauf die Sozialistische Arbeiterjugend; anschließend die einzelnen Abteilungen. Plakate wurden vielerorts im Zuge mitgeführt; die Kinderfreunde verkündeten: „Wir rühren wir Waffen an!“ Andre Tafeln rieten: „Wählt SPD!“ „Nieder mit dem Bürgerblod!“

Der Aufmarsch auf dem Platz des VfL in Stötterthor dauerte zwei volle Stunden. Kommunistische Zähler hatten sich allerorts die Mühe gegeben, den Zug zu zählen. Viele Tausende Maiaufmarscher waren bereits vor Eintreffen des Zuges auf dem großen Platz; von allen Seiten strömten immer neue Scharen hinzu,

so daß die Zahl der am Nachmittag Anwesenden, die wie eine schwarze Masse den Platz füllten, mit mindestens 50000 nicht zu hoch gegriffen ist.

Ein reichhaltiges Programm erwartete die Ankömmlinge auf dem Festplatz. Ein Panfarenmarsch eröffnete die Darbietungen. Strahlenförmig in vier Zügen marschierte die Jugend auf den in der Mitte des Stadions stehenden großen Fahnenmast zu; eine hymnolische Fahnenweihe wurde vollzogen: Eine riesige rote Fahne ging am Mast hoch, während sich die übrigen roten Fahnen glänzend hielten.

Die Festrede

Die Festrede hielt Genosse Lipinski; die Lautsprecheranlage bewirkte, daß jedes Wort auf dem großen Platz verstanden wurde. Der Festredner wies zunächst darauf hin, daß unsere diesmalige Maifeier eine zweiseitige Kampfbedeutung habe: die des Kampfes um den Achtstundentag und die der Zerschlagung des Bürgerblods. Ein kurzer historischer Ueberblick schilderte den Kampf um den Achtstundentag in seinen einzelnen Etappen. 1866 auf dem Internationalen Kongreß zu Genf gefordert, wurde er 1889 in Paris zur Weltparole erhoben. 39 Jahre lang wurde gekämpft; 1918 gesiegt, 1923 kam der



Genosse Lipinski spricht

Rückfall in eine überwundene historische Etappe. Die Merksteine im Kampfe der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse: das Sozialistengesetz, Organisationszerstörung, Kampf gegen das Koalitionsrecht, Zuchtshausvorlage. Erst am Sonnabend ist wieder einer aus unsrer Mitte gerissen worden, der jene Zeit noch mit durchgekämpft hat: der Genosse Segez. (Bei der Nennung dieses Namens senkten sich die Fahnen der tausendenden Jugend.) Er hat in der Gewerkschaftsbewegung, in der Partei, im Stadtvorordnetenkollegium, Landtag und Reichstag unermülich für uns gewirkt.

Von 1863 bis 1910 hat die Klassenjustiz rund 2500 Jahre an Freiheitsstrafen über Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre verhängt. Nie hat ein Sozialist den Gegner um Gnade gebettelt. Eine einzige Arbeiterklasse hätte die soziale Republik bringen können. Der Kampf am 20. Mai gibt dem Bürgerblod, dessen Bestreben es ist, auch noch die Reparationslasten dem arbeitenden Volke aufzuerlegen. Die Sozialdemokratie erzog die Arbeitslosenunterstützung und ersparte der während der Zeit der Millionenarbeitslosenheere als Folge der Inflation und der Nationalisierung den Arbeiter, Lohnbrüder werden zu müssen. „Ran an den Staat!“ „Bereichert euch!“ Das sind die Parolen der Deutschnationalen und der Volkspartei, die durchzuführen sie sogar dem Republikstuhlgesetz zustimmten. „Arbeiter, Frauen, Männer, Jugendgenossen! Reinet den Kampf mit aller Energie auf, stürzt den Bürgerblod, setzigt die Republik, baut sie zur sozialen Republik aus! Legt das Gelöbnis ab, nimmer zu ruhen und zu rasten, bis der Bürgerblod gestürzt und die soziale Republik erobert ist! Es lebe die soziale Revolution! Es lebe die völkerebefreiende Sozialdemokratie!“

Der weitere Verlauf

Eine große Zahl sportlicher und turnerischer Vorführungen folgte, die alle hier zu erwähnen der Platz fehlt. Stafettenläufe, Freilübungen der Turnerinnen und Turner, Reufenschwingen, Barrenturnen und wieder Freilübungen wechselten ab und alles fand den verdienten Beifall und ein aufmerksames Publikum. Die Kinderfreunde hatten auf der Wiese neun Zelte aufgeschlagen und in den einzelnen Gruppen entwickelte sich ein reges Lagerleben. Genosse Kunath hielt schließlich noch eine Ansprache, die sich an die Arbeiter und Arbeiterinnen als Verbraucherschafft richtete. Er schilderte die Entwicklung der Konsumgenossenschaften, zeigte die riesige Leistungsfähigkeit der modernen Konsumvereine auf und betonte, daß so gut wie die Organisation in Partei und Gewerkschaft für den Klassenbewußten Arbeiter die Mitgliedschaft im Konsumverein in nötig sei. „Stein in die Konsumvereine, schließt euch uns an auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft! Weg mit privatkapitalistischer Profitgier, weg mit privatkapitalistischen Ausbeutungsmöglichkeiten!“

Als es schon zu dämmern anfang, sangen die Gemischten Chöre unter Leitung von Nietner das „Lied der Arbeit“ und „Morgenrot“; dann die Männerchöre unter der gleichen Leitung „Bet und arbeit“ und „Wir glauben an der Freiheit Sieg“. Als es dann dunkel geworden war, veranstaltete die Jugend eine

## Wo ruft die Pflicht?

Frauen.

Schönfeld. Funktionärinnen und arbeitsfreudige Genossinnen sind zu einer wichtigen Besprechung für Donnerstag, den 3. Mai, 20 Uhr, in der Bibliothek, Steintorstraße 64, eingeladen.

Meinungsfragen. Donnerstag, 3. Mai, 20 Uhr, im Volkshaus, Lichtbildvortrag der Genossin Bauer: Die proletarische Frau — das proletarische Mädchen.

Schule.

SPD-Obstute und -Erstern der 42. bis 49. und 57. Volksschule. Freitag, den 4. Mai, 19,30 Uhr, äußerst wichtige Sitzung in der Bibliothek. Erscheinen ist Pflicht.

Sprechstunde.

Seit 20 Uhr Probe in der Schule. Alle müssen erscheinen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Elster-Groß-Bezirk. Donnerstag, den 3. Mai, 20 Uhr, im Mittelhaus, wichtige Besprechung: Heim in Wahren.

Kauf. Für die Eltern unserer Kinder findet am Freitag, 19,30 Uhr, eine Mitgliederversammlung (ansprechend Bunter Abend) statt.

Schlus-Apothek. Im Hofkreis gruppierte sie sich um den Fahnenmast; die Bewegungsbühne waren durch bengalisches Licht magisch beleuchtet und der Jugendchor sprach:

„Immer näher rückt der Tag,  
Tag der Wahl,  
Vergeltungstag!  
Licht die roten Stimmen werben,  
Licht die rote Sinnstut steigen,  
Hoch und höher,  
Immer höher!  
Tag des Jorns:  
Vergeltungstag!“

Rotfeuer leuchtete auf; das Zeichen zum Abmarsch. Die Jüge formierten sich zum Fackelzug. Voran wieder die Jugend, dann die einzelnen Ortschaften; so ging durch die Oststraße über den Augustusplatz zum Fackelplatz, wo die Fackeln zusammengeworfen wurden. Während des Zuges ertönten immer wieder die gut eingetübten Sprechwörter der Jugend, die zur Wahl der Liste 1 aufgerufen. Viel Freude bei unsern Freunden und manche mit verbissener Wut geäußerte Bemerkung des Hasses bei unsern Gegnern im bürgerlichen Lager wurden durch den imponierenden Zug ausgelöst. Der Gesamtverlauf des 1. Mai, dieses proletarischen Festtages, war so, daß der Eindruck noch lange den Teilnehmern in der Erinnerung haften wird.

R. L.-m.

# Die Ausperrung bei Pintauf & Co.

Zwischen der Vereinigung Leipziger lithographischer Anstalten und dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs wurde am 13. April 1924 ein neues Lohnabkommen getätigt mit Nachzahlung ab 31. März. Sämtliche Leipziger Stein-druckbetriebe haben diesen Lohnvertrag anerkannt, nur nicht die Firma Pintauf & Co. Als die Kollegenschaft den neuen Lohn verlangte, erklärte die Firma, daß sie die neuen Lohnsätze nicht anerkenne, da sie nicht Mitglied des Unternehmerverbandes sei und deshalb erst dann zahlen werde, wenn die Allgemeinerbindlichkeit des neuen Lohnabkommens erklärt sei.

Nicht das erstmalig kämpft die graphische Hilfsarbeiterschaft in diesem „Musterbetriebe“ um ihre Existenz. Heute noch hat eine Abweisung der Lohnzulagen zu erhalten, die im März 1927 durch Lohnvertrag festgelegt wurden, während die andere Kollegenschaft durch Klagen vor zierla vier Wochen endlich diesen rückständigen Lohn erhalten hat. Die Firma glaubte auch diesmal ähnlich operieren zu können, um dadurch die Hilfsarbeiterschaft um ihren höchsten Lohn vier Monate lang zu pressen. Als Begründung wurde der „untragbar hohe“ Lohn angegeben, dadurch sei die Firma nicht konkurrenzfähig. Das heißt mit anderen Worten: auf Kosten der Hilfsarbeiterschaft soll Schmutzkonkurrenz getrieben werden.

Die von den Vertretern der graphischen Hilfsarbeiter und der Buchbinder und dem Betriebsrat mit der Firma geführten Verhandlungen führten zu keinem abschließenden Ergebnis. Das Ergebnis war, daß die Firma jede rückwirkende Lohnhöhung ablehnte und erst für die Zukunft sich zur Anerkennung der Lohnsätze bereit erklärte. Diese Erklärung wurde von den Arbeitervertretern entgegengenommen mit dem Ersuchen, in der Mittagspause eine weitere kurze Freiheit für die Belegschaft zu gewähren, um Bericht erstatten und über Annahme oder Ablehnung des von der Firma gegebenen Vergleichsvorschlages entscheiden lassen zu können. Dies wurde von der Firma auch zugestanden.

Die Belegschaften beider Organisationen hatten sich pünktlich eingefunden. Mit Entrüstung nahmen sie den Bericht ihrer Vertreter entgegen und lehnten es ganz entschieden ab, weitere Kompromisse zu schließen. Kurz vor 12 Uhr, um welche Zeit die Mittagspause beendet war, wurde die Geschäftsleitung nochmals ersucht, der Belegschaft eine weitere kurze Freiheit zu gewähren, obwohl das schon von der Firma genehmigt worden war. Der Firmenvertreter, Prokurist Beder, erklärte jedoch auf dieses nach-malige Ersuchen,

daß alle diejenigen, die innerhalb einer Viertelstunde nicht zum Arbeit erschienen seien, sich als entlassen zu betrachten hätten.

Das Vorgehen der Firma erreichte den Höhepunkt dadurch, daß man nicht einmal diese Viertelstunde abwartete, sondern nach 5 Minuten die Tore schloß. An den Kontorenstern erschien ein Aushang, nach welchem An- und Auslegerinnen gesucht wurden. Bereits zwei Stunden später wurden zwei Steinbruderkollegen entlassen, weil diese es nicht verantworten konnten, mit ungeschultem Personal an der Schnellpresse zu arbeiten. Wie notwendig dieses Verhalten der Gehilfen war, zeigte sich kurz darauf dadurch, daß ein noch nicht 16 Jahre alter Lehrling, der überhaupt nicht an der Schnellpresse arbeiten darf, nur durch das schnelle Zugreifen von drei Gehilfen vor einem schweren Unfall bewahrt blieb.

Am Montag früh ist dann die gesamte Gehilfenschaft auf die Straße geworfen worden, weil sie die Arbeit mit ungeschultem Personal ablehnte. Wenn die Firma am Sonnabend früh grobverfügrig erklärt lieh, daß keiner wieder in den Betrieb hineinkomme, so sieht die Lage heute doch etwas anders aus. Ausgerechnet am 1. Mai mußte das Kontorpersonal die Wohnungen der An- und Auslegerinnen aufsuchen, um diese zu Kausreisgeräten zu gewinnen, was aber natürlich vollständig wirkungslos geblieben ist.

Wir gestatten uns die Anfrage an das Arbeitsamt, ob Arbeitsvermittlungen gestattet sind, wie sie die Kontorangehörigen der Firma Pintauf & Co. am Sonntag in den RMV durch Inserate vorgenommen haben. Die so beschafften Arbeitswilligen wurden Montags gegen 6 Uhr mittels Extrawagens der Straßensbahn an der Firma ausgeladen. Es wird die Leipziger Arbeiterschaft interessieren, die Namen dieser Hilfskräfte zu erfahren. Es sind:

Max Lindenberg, An der alten Elster 14, III, r.,  
Neubert, Markt 8, Treppe C, IV, l.,  
Paul Ludwig, Hallische Straße 122, III, r.

Die Stimmung der Ausperrten ist vorzüglich. Kolleginnen und Kollegen! Lebt Disziplin! Wirkt dafür, daß jeglicher Zug nach Pintauf & Co. vermieden wird, sorgt dafür, den Ruf der Firma entsprechend zu kennzeichnen!

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen,  
Gau Leipzig.

# Finanz- und Verwaltungskontrolle

O. B. Seit Jahren ist von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion der Mangel einer sachlichen, parlamentarischen Kontrolle der Verwaltung kritisiert worden. Der Rat hat Versprechungen gegeben; die Unterbrechung einer Vorlage aber immer wieder hinausgezögert, angeblich wegen der „großen Schwierigkeiten“, die mit der Organisation einer regelrechten Verwaltungskontrolle zusammenhängen sollen. Jetzt aber hat der Rat eine an sich begrifflich wertvolle Verordnung zur Finanzaufsicht erlassen, die genaue Vorschriften über die Behandlung aller Bauarbeiten und Bauunterhaltungen enthält, wo die Stadtgemeinde als Bauherrin auftritt. Mit dieser Verordnung zur Finanzaufsicht glaubt er, den Wünschen der Stadtverordneten nach einer parlamentarischen Finanz- und Verwaltungskontrolle Genüge geleistet zu haben. Den Stadtverordneten hat er die Verordnung nicht einmal zur Kenntnis vorgelegt, was den Standpunkt des Rates, die Verwaltung als seine alleinige Domäne zu betrachten, erneut demonstriert. Er scheint absichtlich an der richtigen Lösung der Finanz- und Verwaltungsaufsicht vorbei manövrieren zu wollen.

In Reich und Land ist bereits seit Jahren die parlamentarische Finanzkontrolle durch besondere Organe (Rechnungshof des Reiches, sächsischer Staatsrechnungshof) verwickelt. Wenn sie sich vorwiegend in einer rechnerischen Kontrolle auswirkt, so sind doch die gesetzlichen und parlamentarischen Vorbedingungen vorhanden, um eine über die bloße Rechnungskontrolle hinausgehende Verwaltungskontrolle zu ermöglichen. Der sächsische Staatsrechnungshof §. 15 ist verfassungsmäßig verankert und mit Vollmachten ausgestattet, die ihn den unmittelbaren Verkehr mit dem Landtag ermöglicht. Sie ist den Ministerien gegenüber selbständig. Die Beamten des Staatsrechnungshofes, die nach dem Gesetz über die Oberrechnungskammer vom Jahre 1904 den nur dem Gesetz unterworfenen Richtern in ihrer beamtentechnischen Stellung gleichgestellt waren, befehlen die erforderliche rechtliche Unabhängigkeit, die zur Wahrnehmung ihrer Kontrolltätigkeit erforderlich ist. Durch das Gesetz über den Staatsrechnungshof vom 4. Juli 1922 ist endlich diese rechtliche Unabhängigkeit teilweise beseitigt worden. Aber die Mitglieder der obersten Rechnungsprüfungsbehörde unterstehen auch jetzt nicht einem einzelnen Ministerium, sondern werden vom Gesamtministerium gewählt, sind also disziplinarrechtlich dem Gesamtministerium verantwortlich. Durch die Verbringung des Staatsrechnungshofes zum unmittelbaren Verkehr mit dem Landtag wird er zu einem wichtigen Gutachter- und Sachverständigenorgan des Landtages, das es diesem bei dem Umfang und bei der Komplexität des Staatsrechnungswesens überhaupt erst ermöglicht, die parlamentarische Überwachung der Staatsverwaltung in all ihren finanziellen Auswirkungen durchzuführen.

Die Rechnungskontrolle in Leipzig wird vom städtischen Rechnungsausschuss ausgeübt. Eine Finanz- und Verwaltungskontrolle, wie sie sich die Stadtverordneten vorstellen und wie sie im Reich und in Sachsen bereits vorhanden bzw. angebahnt ist, gibt es nicht. Dieses Rechnungsausschuss ist lediglich eine Verwaltungsabteilung des Rates. Wenn es auch mit gewissen Vollmachten ausgestattet ist, so ändert dies im Grunde nicht viel an der Tatsache, daß sich der Rat, um es drastisch auszudrücken, von seinen eigenen Budget- und Rechnungsführern kontrollieren läßt, also von Beamten, deren Dienstbehörde er selbst ist. Infolge der Rechtsstellung und verwaltungsorganisatorischen Eingliederung der Beamten kann sich die zur Zeit im wesentlichen formale Rechnungskontrolle nicht zu jener Verwaltungskontrolle entwickeln, die nicht nur den unmittelbar beteiligten Rechnungsführern kontrolliert, sondern sich auch gegen alle an den Verwaltungs- und Finanzvorgängen beteiligten Beamten vom ausführenden Beamten bis zum Dezentralen, insbesondere aber gegen den Rat als anweisende Verwaltungsbefehlshaber selbst richtet. Die Verwaltungskontrolle bezweckt ja nicht allein die buchtechnische Prüfung, sondern will die gesamte Finanzverwaltung der Stadt auf ihre Gesetzmäßigkeit und Ueber-einstimmung mit den maßgebenden Verwaltungsvorschriften und Verwaltungsgrundsätzen hin prüfen. Sie stellt außerdem die Frage nach der sachlichen Zweckmäßigkeit der Ausgabe. Dabei ist es, um dies nur anzudeuten, nicht ohne Bedeutung, ob vorher oder nach-träglich kontrolliert wird. Die vorgängige Kontrolle kann leicht dazu führen, daß die laufende Verwaltung gehemmt und der Verwaltungsbehörde die Finanzverantwortlichkeit genommen wird. Die nachträgliche Rechnungsprüfung aber hat es allzusehr mit „Attens-zeichen“ zu tun, also mit abgeschlossenen Verwaltungs- und Finanz-vorgängen, die eine Veränderung nicht mehr zulassen. Die Verwaltungskontrolle müßte deshalb im Sinne einer lebendigen Organisation zur Prüfung der Verwaltung nach sachlichen und zweckmäßigen Gründen eine begleitende und nach-trägliche Kontrolle sein, die neben der formalen, kalkulatorischen Prüfung vor allem die Verwaltungs- und Finanzvorgänge schon an ihrer Wurzel, in ihrer Entstehung und Entwicklung sachlich, zweck-mäßig, verfassungsmäßig und rechtmäßig prüft.

Es kann kein Zweifel sein, daß die Form der gegenwärtigen Handhabung der Rechnungskontrolle unzureichend ist. Sie muß zur Ermöglichung der parlamentarischen Kontrolle durch die Stadt-

verordneten ausgebaut und umgeformt werden, wobei zu erstreben ist, daß, wenn es nicht angängig ist, die Rechnungsbeamten in ihrer Rechtsstellung unabhängig zu machen, so doch ortsgemeinlich zumindest die unmittelbar begünstigenden und unterstützende Verbindung des Rechnungsamtes mit den Stadtverordneten hergestellt werden muß.

Es liegt auf der Hand und ist nur zu begreiflich, daß sich der Rat gegen die durch eine so organisierte Kontrolle gestärkten Ein-bildungsmöglichkeiten der Stadtverordneten in die Verwaltung mit allen Mitteln wehren wird. Die Stadtverordneten müssen aber, um Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung sicherzustellen, in der Lage sein, nach dem Vorbilde von Reich und Land neben der buchmäßigen, formellen Rechnungsprüfung auch eine sachliche Ein-nahme- und Aus-gabe-kontrolle zu füh-ren. Dies ist nur möglich, wenn das städtische Rechnungsausschuss in ein drohteres Verhältnis zu den Gemeindeverordneten ge-bracht wird, etwa dergestalt, daß es zur unmittelbaren Bericht-erstattung und Begutachtung an die Gemeindeverordneten ver-pflichtet wird.

In Dresden ist dem Erfordernis der unmittelbaren Ver-bindung des Rechnungsamtes mit den Stadtverordneten in der Weise Rechnung getragen, daß alle Berichte und Beanstandungen des Rechnungsamtes an das Dezernat für das städtische Rechnungswesen zu richten sind. Dem Dezernat stehen vor der Oberbürger-meister und ein Stadtverordneter. Außerdem ist ihm ein ge-meinlicher Ausschuss beigegeben, dem Mitglieder des Rates und der Stadtverordneten angehören. Hier ist also die Gewähr geboten, daß alle Beanstandungen des Rechnungsamtes auch unmittelbar zur Kenntnis der Stadtverordneten gelangen und es nicht ins Belieben des Rates gestellt ist, von welchen Berichten er den Stadtver-ordneten Kenntnis geben will. Eine solche Art der Kontrollorgani-sation wird den Mindestforderungen, die an eine unabhängige und erfolgreiche Finanzkontrolle zu stellen sind, gerecht und ist für Leipzig zu erstreben. Sie wird nicht nur auf den prüfenden Be-amen, sondern auch auf den verantwortlichen Dezernenten ihre heilsame Wirkung ausüben und verhindern, daß Ueberstellungen der verfügbaren und von den Stadtverordneten beschlossenen Geldern usw., wie sich das jetzt des öfteren gezeigt hat, vorkommen.

## Beleid zu Segers Tod

Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung erhielt am Montag das folgende Telegramm:

„Zum Tode des Genossen Segger sprechen wir euch, den Leipziger Genossen und der Familie unser herzlichstes Beileid aus. Parteivorstand der SPD und Reichstagsfraktion.“

## Anfälle in Leipzig

Am Sonntagvormittag in der 9. Stunde stehen in der Kaiser-Wilhelm-Straße ein Privatauto mit einem Lieferungs-wagen zusammen. Dabei wurde der Fahrer des Autos, der Kaufmann Ernst D., durch die Glassplinter der zerbrochenen Windschutzscheibe erheblich am Kopf und am rechten Auge verletzt, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Unfall ist durch Schaden am Steuer des Autos herbeigeführt worden.

Berichtigung. Wir brachten in unserer Ausgabe vom Donnerst- tag in dem Artikel: „Der Herr Hauptkassierer“ u. a. folgende Zeilen: „Als mondäne Frau von Welt sollte im Drogenhandel natürlich nicht der Hausfreund, der Geliebte; es war der frühere Ehemann.“ Diese Mitteilung entspricht, sofern der frühere Ehemann einbezogen ist, wie uns mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Wir bedauern, in dieser Beziehung einem Irrtum unterlegen zu sein.

Reutner, Futtergeschäftsführer, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegesbeschädigte. Ausgabe von Schweinefleisch, gute Qualität, Freitag, den 4. Mai, von 8-15 Uhr, und Sonnabend, den 5. Mai 1928, von 8-14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einzelpreis das Pfund 80 Pfg. Der Lebensmittelverkauf findet täglich von 8 bis 12,30 Uhr in der Gerberstraße 3, Glasolonnade, statt. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Ernterabend. 34. Volksschule, Mittwoch, den 2. Mai, 20 Uhr: 1. Der Unterricht in der Elementarklasse (Frl. Meißner). 2. Licht-bildvortrag des Herrn Lehrer Braune: Aus der Geschichte der Be-friedung des Leipziger Landes.

WSJ. Zum heutigen Vortrag von Magnus Hirschfeld, 20 Uhr, im Jentraltheater, sind noch einige Karten im WSJ zu haben.

Erhöhung der Freizeitspreise. Wie aus dem heutigen Inseraten-teil zu ersehen ist, erhöht die Leipziger Freizeitspreise ihre Preise. Fleischverkauf an der Freibrant, Morgen Donnerstag, den 3. Mai, an der Freibrant 1 freier Verkauf.

## Flugzeugunglück in Moskau

Ein Passagier getötet.

Am Dienstagabend stürzte auf dem Flugplatz Leip-zig-Moskau das Flugzeug des Leipziger Vereins für Luftfahrt und Flugwesen aus geringer Höhe ab. Der Führer Knabe, Mitglied des Leipziger Vereins für Luftfahrt, erlitt leichte Kopfverletzungen, während der Passagier Trote, ebenfalls Mitglied des Leipziger Ver-eins für Luftfahrt, schwerere Verletzungen davontrug, so daß sich seine Ueberführung ins Krankenhaus not-wendig machte. Der erlag er seinen Verletzungen. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt.

Der Flugplatz war stark besucht. Vor allem wiesen die billigen Rundflüge einen starken Andrang auf. Nachdem das Programm er-folgt war, bestieg der Flugzeugführer Knabe mit dem Mitglied des Vereins für Luftfahrt und Flugwesen, Herrn Trote aus Cythra, das Flugzeug „Seitrich Biagosch“. Der Start ging glatt vonstatten. Plötzlich ruckte das Flugzeug aus ungefähr 30 Meter Höhe in einer scharfen Kurve auf den Platz ab. Die Tragflächen waren gebrochen, der Motor herausgeschleudert. Während sich der Pilot nur leichte Hautabrisse zugezogen hatte, war Trote schwer verletzt worden. Er wurde nach dem Krankenhaus St. Georg über-führt, wo er gegen Mitternacht verstarb.

Die Untersuchung über die Ursache des Unfalls ist noch nicht abge-schlossen. Es geht in der Bedienung vorlagen oder andere Umstände ein Verlegen von Steuerung oder Motor verursacht haben, läßt sich noch nicht angeben. Wir hoffen, daß die Untersuchung so gründlich geführt werde, daß mit dem gefürchten Unfall die Reihe der Flugunfälle auf dem Moskauer Flugplatz beendet sein kann.

## Siedler und Reichstagswahlen

Ein Hindenburg-Wort!

Die vom Allgemeinen Sächsischen Siedlerver-band e. B. einberufene öffentliche Versammlung im Rindau-Ausschank in Göhlis mit dem Thema: „Was fordern die sächsischen Siedler vor dem neuen Reichstag?“ wurde zu einer unerwarteten Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien, Herr Syndikus Dr. Müller, Dresden, ging in einem ausgezeichneten Referat auf die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Wohnungsproblems ein: Was wir verlangen ist der Neubau von Wohnungen in einer Weise, daß er den Zivilisationsfortschritten des 20. Jahrhunderts entspricht. Dies ist aber nur durch ein neues, ein soziales Boden-recht möglich. Unser Ziel ist die Erfüllung des Artikels 155 der Reichsverfassung, der da verspricht: „Jeder Familie, die Anspruch darauf erhebt, eine Wohnheimstätte!“ Wir müssen feststellen, daß die meisten Parteien keinen Augenblick den ersten Willen gehabt haben, dies zu erfüllen. Auch Hindenburg, der einst sagte: „Ich wünsche jeder deutschen Familie ein vor-Wucherhänden geschütztes Heim!“ hat selber verlagert. Im sächsischen Landtag haben sämtliche Parteien der Re-gierungs-Koalition für die letzte Erhöhung der Mietzinsätze ge-stimmt. Nachher hat dann die demokratische Abgeord-nete Ulrich-Weil in einem Zeitungsartikel gegen die Verord-nung Protest erhoben. Es wäre besser gewesen, sie hätte recht-zeitig in ihrer Funktion ihren Einfluß geltend gemacht, dann wären nicht jetzt für 6 Millionen Mark, also ungefähr 1000 Wohnungen jährlich, weniger Baumöglichkeiten da als in vergangenen Jahren. Der Referent ging dann noch auf das Verhalten der einzelnen Parteien, insbesondere der Deutschen Nationalen und der Wirtschaftspartei, im Reichstag ein und schloß: „Was wir wollen ist die Uebernahme von Grund und Boden in die Gemein-heit, ein soziales Bodenrecht, eine Lösung der Wohnungsnot für die breiten Massen und Kampf gegen den Baukostwucher. Wir wollen unsere Siedler politisch interessieren, wir wollen für soziales Recht kämpfen, das jedem die Existenzmöglichkeit nach seiner Arbeits-leistung gibt!“

In der Diskussion sprach für die Sozialdemokratische Partei der Genosse Fritz Heller, der einleitend auf die Demagogie der sogenannten „Volkswirtschaft“-Partei, die im Stadtverordnetenparlament für die Mieterinteressen spreche und im Landtag und in der Staatsregierung gegen die Mieterinteressen handle, hinwies. Genosse Heller ging dann noch auf die allgemeinwirtschaftlichen Fragen und die Behandlung des Wohnungsproblems durch die bürgerlichen Parteien ein. An Hand zahlreicher Beispiele wies er nach, daß die Siedler im eigenen Interesse am 20. Mai der SPD-Genossenschaft ihre Stimme geben müßten.

Im der ganzen Stimmung der Versammlung merkte man die tief-Erbitterung gegen die Mieterfeindliche Haltung sämtlicher bürgerlichen Parteien und den entschlossenen Willen, durch politi-sches Handeln — nicht mehr im Glauben auf ein Hindenburg-Wort — jeder deutschen Familie ein vor-Wucherhänden geschütztes Heim zu erringen!

# Spiel, Sport, Körperpflege

## Turner, heraus!

Wagt fleißig für euer großes Fest in Dresden, 20. bis 22. Juli.

Heraus aus den Hallen und Sälen, hinaus auf die Plätze und Wiesen zum fröhlichen Spiel, zum Lauf, zum Wurf und Sprung. Doch vergeht dabei nicht, daß ihr Turner seid, daß für euch die Geräte das sind, was für die Ballspieler der Ball, für die Leichtathleten die Wurf- und Sprunggeräte sind. Scheut nicht die Arbeit und die Kosten, die Hauptgeräte auf den Platz zu schaffen. Das Training der Spieler und Sportler ist für euch nur Ergänzungssport, sind ausgezeichnete Lockerungsübungen für euren an Straffheit gewöhnten Körper. Doch euer Hauptport ist die Uebungserlernung. Darum, heraus aus eurer Passivität. Wir haben unseren Brüdern in dieser Beziehung zu viel Entgegenkommen gezeigt, weil wir glaubten, sie würden bei uns bleiben, wenn wir das Erlernen schwieriger Uebungen aus dem Turnbetrieb ausschalten. Wir haben die Vorturnerstunden so gestakkt, daß nur noch Unter- und Mittelstufe geturnt werden durfte, und auch diese Uebungsgruppen sollten vorwiegend Trainingsübungen für Sportler enthalten. Auf Massensport wollten wir uns einstellen. Nichts ist geworden. Den Spielern und Sportlern schwebt als Hauptaufgabe der Wettkampf vor Augen. Das Einordnen in den Turnbetrieb widerstrebt ihnen auf die Dauer. Nach und nach bleiben sie fern, und mit ihnen sprangen auch die ab, die Lust am Uebungslernen hatten, sich aber nicht weiterbilden konnten, weil ihren Zielen zu wenig Rechnung getragen wurde. Darum, ihr Turner, besinnt euch auf eure Sparte und legt der Uebungserlernung wieder mehr Bedeutung bei. Doch bedenkt, daß ihr im Kinder- und Frauenturnen recht vorsichtig sein müßt. Im Kinderturnen deshalb, weil das noch weiche Knochengestüt des Kindes, bei öfterer Wiederholung gleichartiger Uebungen, leicht Verformungen erleiden kann. Und im Frauenturnen deshalb, weil das Weib infolge seines Körperbaues und seiner geringeren Armkraft leicht durch Ueberanstrengung

gen Schaden nehmen kann. Auch die älteren Turner wollen wir nicht mehr mit Uebungserlernung peinigen. Sie sind zufrieden mit dem, was sie gelernt haben. Gern und freudig werden sie zur Turnstunde eilen, wenn sie sehen, wie die Entwicklung der einzelnen rasch vorwärts geht. Doch sehen sie kein Vorwärtskommen, dann sagen sie: „Bei uns ist nichts mehr los.“ Bald bleiben sie weg und jagen sich zu den Passiven, die sich während der Turnstunde in irgendeiner Kneipe zu einer Spielabteilung zusammengefunden haben. Darum stellt Geräte auf die Sport- und Luftbadplätze, trefft euch auch an schönen Sonntagmorgen und übt in frischer, freier Luft, bei guter Hilfestellung, die schwierigen Uebungen. Bedenkt auch dabei, daß unsere Geräteübungen Straffheit erfordern, und daß nach wie vor alle Uebungen aus der Grundstellung beginnen und mit derselben enden. Auch diese Kleinigkeit ist vielerorts den Spielern und Sportlern zuliebe vernachlässigt worden. Und ihr Spieler und Sportler, beteiligt euch mit an der Uebungserlernung. Es schadet euerem Körper nichts, wenn ihr die schönen Gewandheitsübungen der Turner mit erlebt habt. Ihr braucht deshalb von euren Wettspiel- und Wettkampfgedanken nicht das geringste abzugeben. Um so mehr Freude werdet ihr jedoch später haben, wenn ihr den Wettkampf den Jüngeren überlassen müßt, und ihr könnt dann in der Turnerriege der Alten den aktiven Betrieb des Vereins mit aufrechterhalten. Freilich, wer in der Jugend nichts lernte, der wird es im Alter recht vermessen. P. Bierig.

### Die Arbeiterturner tagten

Die Leiter der Turnsparte in den Kreisen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes waren am 28. April in der Bundeschule in Leipzig zu einer Konferenz zusammengelommen. Vertreten waren alle Kreise. Zur Spartenfrage bestand die Auffassung, daß sich die Turner künftig fester als bisher besonderen Strömungen im Bund entgegenstellen werden. Besonders stark unterstrichen wurde die prozentuale Zusammenziehung des Bundesvorstandes und der zentralistische Aufbau des Bundes. Die Tagesordnung zum Sparten- und Bundesstag erfuhr eine Besprechung. Den Vorwurf, daß die SPD dem Arbeiterport nicht genügend Interesse entgegengebracht habe, wies man zurück. Als Spartenauswahlsmitglieder wurden gewählt: Nischke (Berlin), Möbius (Jena), Euse

(Breslau), Döhler (Rüdnberg). Die Sitzung war getragen von gutem Geiste und ließ hoffnungsvolle Arbeit für die Zukunft ahnen.

### Tabellen der Herbst- und Frühjahrsrunde im Handballspiel

Verein	Spiele	A		Tore	Punkte
		gew.	unentf. u. verl.		
Bohls	11	10	1	61:19	21:1
Lebnau	11	6	2	35:54	14:8
Vorwärts-Bld	11	5	2	30:35	12:10
Ostschl.	11	4	2	18:19	10:12
Möckn	11	3	3	16:44	9:13
Gröhltober	6	—	1	6:11	1:11
188. Grima	11	1	3	17:39	5:17
<b>B</b>					
Eintr.	12	10	1	59:22	21:3
Eintrich	12	7	2	45:25	16:8
Schneidh.	12	7	2	22:28	16:8
Pausdorf	12	4	5	18:16	13:11
Altenburg	12	3	5	30:33	11:13
Schneidh.	12	1	2	15:34	4:20
J. T. Grima	12	1	1	12:46	3:21
<b>Spieleerinnen</b>					
<b>A</b>					
Dresdn-Medau	8	6	1	11:3	13:3
Wagen	8	5	2	5:1	12:4
Eintr.	8	2	3	4:6	7:9
Eintrich	8	3	1	3:0	7:3
188. Grima	8	—	2	0:5	2:14
Gröhl	5	—	1	0:5	1:9
<b>B</b>					
Wett. 03	12	11	1	23:0	23:1
Bohls	12	9	1	17:2	19:5
Lebnau	12	6	1	8:6	13:11
Altenburg	12	5	2	10:11	12:12
Lebnau	12	4	—	6:15	8:16
Möckn	12	2	1	3:6	5:19
Tomann	12	2	1	2:33	5:19
<b>C</b>					
Gröhl	9	6	2	10:4	14:4
Diktoria 03	9	6	1	24:1	13:5
Schneidh.	9	4	1	2:0	9:9
Jena	9	2	—	1:9	4:14
Bohls II	5	2	—	1:13	4:6
Gröhl	5	2	—	1:4	4:6

# MÖBEL

950.-



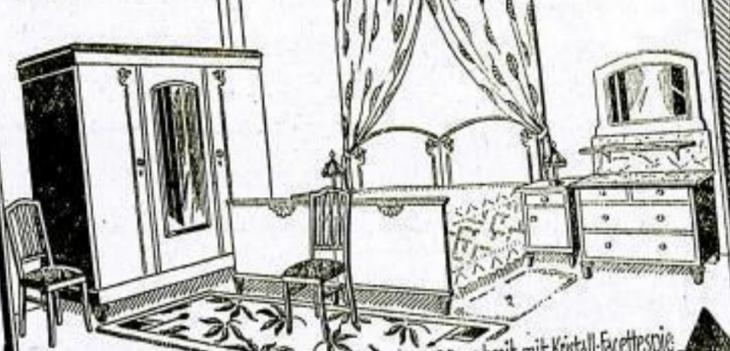
Speisezimmer, Nürnberg, Birke gewachst, bestehend aus 1 Buffet, ca. 170 cm breit, Unterteil mit Silberschubladen, Aufsatz mit Zwischenboden, 1 Credenz, 1 ovaler Auszugstisch, 6 Stühlen (Sitze mit Epinoble bezogen)

850.-



Schlafzimmer, Guxstel, Eiche, bestehend aus 1 Schrank, ca. 200 cm breit, mit Innenspiegel, 1/2 für Wäsche, 2/3 für Kleider, vollgearbeitete Türen und Seiten, 2 Betten 100x200 cm ex. mit 2 Spinnfeder-Matratzen, 1 Waschkommode in weißem Marmor, 2 Stühlen, 1 Handtuchhalter

795.-



Schlafzimmer, Eriks, Eiche, bestehend aus 1 Schrank, ca. 180 cm breit, mit Kristall-Facettespiegel, 1/2 für Wäsche, 2/3 für Kleider, 1 Waschkommode und 2 Nachttischen in weißem Marmor, 2 Betten 100x200 cm groß, mit Spinnfeder-Matratzen, 2 Stühlen mit Stoffsitzen, 1 Handtuchhalter

Nachdem wir diese Abteilung **nochmals** um eine Anzahl Ausstellungsräume **vergrößert**

haben, sind wir in der Lage, eine noch größere Anzahl Zimmer auszustellen. Bei dem raschen Tempo unserer Zeit und bei den schnell wechselnden Umsätzen sind wir vielleicht bald zu neuen Erweiterungen gezwungen. Da unsere großen Leistungen weiter anhalten, dafür werden wir sorgen. Wir bitten hoffentlich, daß Sie uns zu besuchen und die ausgestellten Möbel zwanglos zu besichtigen.

1330.-



Herrenzimmer, Alexander, Eiche, bestehend aus 1 Bücherschrank, ca. 200 cm breit, mittlere Tür mit großer Facettescheibe, 1 Schreibtisch mit engl. Zügen und Zwischenboden, 1 Plätzisch ca. 100 cm Durchm., 1 Schreibstulpe mit Rindleder-Polster, 4 Stühlen mit Rindleder-Polstern

# ALTMOBEL

Bei den abgebildeten Zimmern sind Gardinen, Dekorationen, Teppiche, Lampen, etc. nicht mit im Preise einbegriffen!

# Schadenersatzprozess Hagemeister

## Der bayrische Fall Hölle

(Von unserem bayrischen Korrespondenten.)

Nach dem Tode des Abgeordneten Hagemeister in der bayerischen Justizanstalt Niederhörschönfeld (in der Nacht vom 15. zum 16. Januar 1923) strengte dessen Witwe gegen den bayrischen Staat einen Schadenersatzprozess an, der nun seit Jahren schwebt. Notgedrungen mußten die bayrischen Gerichte der Witwe Hagemeisters, die sich als Kellnerin ihr bisheriges Brot zum Leben verdienen muß, das Armenrecht bewilligen, zumal die verschiedensten Kräfte, vor allem die politischen Freunde Hagemeisters am Werke waren, um die Sache nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Inzwischen sind eine Reihe von Zeugen vernommen worden und als Sachverständige sollen die Mitglieder eines Berliner medizinischen Kollegiums fungieren, die an sich wohl etwas vorurteilslos sein könnten als die in Frage kommenden bayrischen Ärzte.

Erich Mühsam, der als Mitgefangener von Hagemeister die schwersten Vorwürfe gegen die Festungsverwaltung, die bayrische Justiz und die bayrischen Regierungsparteien gerichtet hat, um vor Gericht den Beweis für die Richtigkeit seiner Aussagen anzutreten, ist bis heute nicht unter Anklage gestellt worden. Auch Ernst Toller nicht, der in einem kürzlich erschienenen Buche über die bayrische Justiz den Fall Hagemeister neuerdings vor aller Öffentlichkeit aufrollt und die Festungsverwaltung beschuldigt, daß sie Hagemeister ohne sachgemäße Hilfe in einer Zelle, die sonst zur Aufbewahrung von Disziplinarstrafen diente, hat verrotten lassen.

Dagegen hat die bayrische Justiz den linksstehenden Münchener Journalisten Winter, der sich die Vorwürfe von Mühsam und Toller zu eigen machte, in einem Beleidigungsprozess Ende September 1926 zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem der Staatsanwalt 6 Monate beantragt hatte. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht — natürlich — als „offensichtlich unbegründet“ verworfen.

In diesem Beleidigungsprozess der bayrischen Justiz — gezeichnet Gärtnert! — gegen einen oppositionellen Journalisten ergab sich gegen die Festungsverwaltung, den Arzt und die höheren Justizinstanzen geradezu erdrückendes Beweismaterial, das der Beweis-

aufnahme im Schadenersatzprozess der Witwe Hagemeisters erst den nötigen Anstoß gegeben hat und das in seinen Hauptbelastungspunkten wieder einmal in Erinnerung gebracht werden muß, damit die Schadenersatzfrage nicht ins Unendliche verschleppt wird. Unter den heutigen Nachkriegsverhältnissen wird sich kaum ein bayrisches Gericht finden, das urteilsmäßig ein subjektives oder objektives Verschulden der beteiligten Amtspersonen feststellen wird, auch wenn ein solches ganz offensichtlich vorliegt.

Entscheidend sind folgende Punkte: Der 4 Kilometer von der Festungsanstalt entfernt wohnende Arzt Dr. Steindl, der zunächst Hagemeister als Simulanten bezeichnete und behandelte, ließ ihn in eine als Krankenstube bezeichnete Zelle bringen, angeblich um von ihm alle Aufregungen fernzuhalten, in Wirklichkeit aber, um ihn der Kontrolle seiner Mitgefangenen zu entziehen. Immerhin hatte der Arzt mit dieser Verbringung in eine geforderte Zelle zugegeben, daß Hagemeister ernstlich erkrankt war. Nachweislich diente diese angebliche Krankenstube sonst als Zelle zur Verbüßung von Disziplinarstrafen.

In der Ministerialverordnung vom 16. August 1919 heißt es strikte: „In allen Festungshaftanstalten sind Krankenabteilungen einzurichten.“

Bis zum Tode von Hagemeister gab es in Niederhörschönfeld keinerlei Krankenabteilung für die Festungshäftlinge. Erst nach dem Tode von H. wurde in einem Seitenflur des 1. Stockes eine große Zelle erstmalig und speziell für Krankenzwecke ausgerüstet. Diese Tatsache allein ist ein glattes Eingeständnis des subjektiven und objektiven Verschuldens, das im Falle Hagemeister vorliegt und in das sich die zuständigen Justiz- und Regierungsbehörden teilen mögen, wie sie wollen.

Da es bis zum Tode von H. keine Krankenabteilung gab, gab es für die Zelle, die als Krankenstube diente, auch keine sachgemäße Ueberwachung durch sanitär ausgebildete Krankenwärter. Nachtwächter Schöckh, der in der Todesnacht von H. angeblich gerufen wurde und der glaubte, daß H. einschlafe, als er sich an seine Brust lehnte, war kein ausgebildeter Sanitäter, sondern hatte lediglich Nachtwache, wie jeder andere Aufsichtsbearbeiter auch.

Der Anstaltsarzt redet sich darauf hinaus, daß H. zuletzt jegliche ärztliche Behandlung abgelehnt und seinen Tod daher sich selber anzuschreiben hätte. Die Wahrheit ergibt sich aus der letzten Karte

Hagemeisters vom 15. Januar: „Heute morgen sprach ich mit dem Arzt von der Klemmnot und er möge mir für den Schmerz eine Bindung geben. Als Antwort hörte ich, daß er nach seinem Befund gehe, und der zeige ihm nichts. Ich habe es daraufhin abgelehnt, mich weiter ärztlich behandeln zu lassen. Lieber bin ich ohne Hilfe, als mich für nicht krank betrachten zu lassen.“ In der folgenden Nacht starb Hagemeister. Dr. Müller, der die Sektion mit vornahm, erklärte auf Grund des Sektionsbefundes, daß man bei einer Ueberführung von H. in ein Krankenhaus den Tod während des Transportes befürchten mußte. . . .

Der Anstaltsarzt Dr. Steindl konnte aber am 15. Januar immer noch nichts finden. . . .

Dabei hatte die Witwe Hagemeisters den Festungsvorstand Hoffmann darauf aufmerksam gemacht, daß für ihren Mann wegen eines alten Herzleidens Lebensgefahr bestehe.

Das schlechte Gewissen der Festungsverwaltung zeigte sich in folgendem Vorfall: Auf dem gleichen Gang, auf dem der tollkranke H. in seiner Krankenzelle untergebracht war, befand sich auch der Gefangene Schiff, der gerade eine Disziplinarstrafe verbüßte. Als H. verschiedentlich um Hilfe rief — wegen seiner Schmerzen — und als niemand kam, wollte Schiff Hagemeister helfen. Kälteste an der Zellentür und machte einen disziplinmüdrigen Lärm, um das Aufsichtspersonal herbeizurufen. Er rechnete mit einer neuen Bestrafung. Aber siehe da, die Zellentür ging auf und der Beamte erschien mit einer Verfüngung, in der es hieß, daß Schiff wegen „guten Verhaltens und ruhiger Führung“ sofort aus der Einzelhaft zu entlassen sei. Schiff wurde sofort von dem Stockwerk, in dem H. mit dem Tode rang, entlassen. Man wollte seinen Mitwisser. . . .

Das sind so die grobianhaften Einzelheiten im Falle des in der Festung Niederhörschönfeld autodeterminierten Hagemeister. Sie sollten die bayrische Regierung eigentlich veranlassen, von sich aus, ohne Bemühung der Gerichte, der Witwe Hagemeisters eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

Aber offenbar muß die bayrische Regierung im Falle Hagemeister ebenso wie im Falle Eisner erst durch nachrückende Attäden an ihre Pflicht erinnert werden. Im Falle Eisner hat diese Methode immerhin dazu geführt, daß durch Vergleichsverhandlungen Eisners Witwe und Tochter eine — allerdings schäbig niedrig gehaltene — Rente zugestanden worden ist.

### Amtliche Bekanntmachungen

**Herr Alfred Pils**  
beabsichtigt, in einem auf dem Grundstück Nr. 7c des Flurbuchs für Güttenhof zu errichtenden Nebengebäude eine Schweinefleischterei zu errichten.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekanntgemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf Verordnungen beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.

Amtshauptmannschaft Leipzig, 2 C 101 am 30. April 1928.

### Freibank I und II freier Verkauf!

Leipzig, 30. April 1928.  
Die Direktion des Städt. Vieh- und Schlachthofes, J. A. Rahms, V. Inp.

**Begau** **Öffentliche Stadtverordnetenversammlung**  
Donnerstag, den 3. Mai 1928, abends 7 Uhr, Stadtverordneten-Sitzungsraum, Tagesordnung: 1. Feldankauf; 2. Ankauf einer Ultra-Rechenmaschine für die Stadtkasse; 3. Klage über Kassenhabe Richter; 4. Haushaltplan der Stadtkasse.

**Großh.** **Vachtelder betr.**  
Die am 1. April 1928 fällig gewordenen Vachtelder für die städtischen Feld- und Gartenparzellen auf das Rechnungsjahr 1927/28 (1. Oktober 1927 bis 30. September 1928) sind sofort bei der hiesigen Stadtkasse, Rathaus, Zimmer Nr. 1, zu bezahlen.  
Stadttrat Großh., am 30. April 1928.

**Dr. med. Gittner**  
praktischer Arzt, Grassstr. 32, plr.  
Tel. 33810 Sprechstunden ab 28. April wochent früh 9-11, nachm 4,5-6 Uhr.  
außer Sonnabend nachm.

**Großh.** Die in Gemäßheit des Reichsimpfgesetzes vorzunehmenden öffentlichen unentgeltlichen **Impfungen** werden im Erdgeschoss, Zimmer Nr. 3, der Neuen Schule

für **Erschöpflinge am Donnerstag, dem 3. Mai 1928, nachm. 4 Uhr,**

für die Kinder, deren Familiennamen den Anfangsbuchstaben A-K führen, um 4 Uhr für die Kinder, deren Familiennamen den Anfangsbuchstaben M-Z führen, für **Wiederimpfungen am Freitag, dem 4. Mai 1928, nachmittags 4 Uhr, und zwar um 4 Uhr Mädchen, um 4 1/2 Uhr Knaben abgehalten.**

Es haben daher alle Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder  
a) alle im Jahre 1927 Geborenen und  
b) diejenigen vor dem Jahre 1927 Geborenen, die im Jahre 1927 nicht oder nicht vollständig genügt haben, sofern dieselben nicht nach ärztlichen Zeugnissen die natürlichen Blattern überstanden haben,

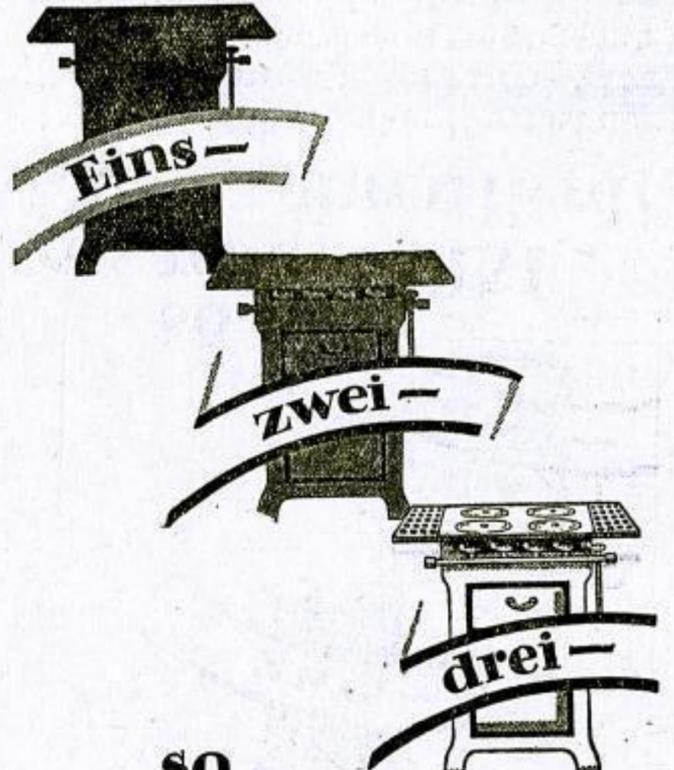
bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Reichsmark oder Haft bis zu 3 Tagen in dem genannten Impftermine zur Vornahme der Impfungen dem Impfarzte mit reinem Körper und mit reinen Kleidern zu stellen, oder die Befreiung von der Impfung durch ärztliche Zeugnisse nachzuweisen.

Impflinge aus einem Hause, in welchem anstehende Krankheiten wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Krup, Keuchhusten, Flecktyphus, rotarartige Entzündungen oder die natürlichen Voden herrschen, dürfen zu den allgemeinen Impfungen nicht gebracht werden.

Eine Woche nach dem Impftermine, und zwar an demselben Orte und zu derselben Stunde, sind die Impflinge dem Impfarzte zur Nachschau vorzustellen.

Um den Eltern und Pflegeeltern Unkosten zu ersparen, müssen Kinder, welche durch Schwäche oder leichte Erkrankungen nicht impffähig sind, im Impftermin vorgestellt werden.

Stadttrat Großh., am 27. April 1928.



SO reinigt VIM Ihren Herd!



Ein blitzblanker Herd ist der Schmuck jeder Küche. VIM macht ihn ohne zu kratzen strahlend rein, gleich wie alles in Küche und Haus. Es gibt nichts gleich VIM.

Am 20. April verschied nach kurzer Krankheit im Alter von 22 Jahren unsere gute, liebe Tochter, Schwester und Schwägerin **MARTHA RICHTER** Leipzig 6 1, Wöhrstr. 17, III.  
Im tiefsten Schmerz Familie Moritz Richter nebst Hinterbliebenen.  
Die Beisetzungsfeier findet Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Südwesthof statt. Blumen Spenden werden dankend abgelehnt.

Dank sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die uns beim Ableben unseres lieben, hoffnungsvollen **Heinz** durch Trost und Tat unseren Schmerz haben tragen helfen. Besonders danken wir dem Genossen Leo Mayer für seine von Herzen kommenden tröstlichen Worte; seinem ehemaligen Lehrer Herrn Winter mit Schülern und Schülerinnen, dem Arbeiter-Turnverein Rodau sowie der Abordnung der Stadt. Baugewerkschaft für das Geleit und den Blumenschmuck. Und nicht zuletzt meinen lieben Berufskollegen, den Genossen und Genossinnen vom Ortsverein Rodau und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Du aber, lieber Heinz, ruhe sanft, in unserem Herzen lebst du weiter.  
L. Rodau, den 1. Mai 1928.  
Arthur Franko und Frau nebst Kindern und Hinterbliebenen.

Namens des Stadtverordneten-Kollegiums bringe ich zur Kenntnis, daß der frühere Stadtverordneten-Vorsteher, Herr Schriftleiter

## Friedrich Seger

gestern verschieden ist. Ueber 17 Jahre lang hat der Entschlafene das Ehrenamt eines Stadtverordneten bekleidet und während dieser langen Zeit seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen uneigennützig dem Dienste unserer Stadt gewidmet. Mit außerordentlichem Geschick und jederzeit mit Gerechtigkeit hat er, auch in den schwierigsten Zeiten, die Geschäfte und Verhandlungen der Leipziger Stadtverordneten viele Jahre hindurch als Vorsteher in mustergültiger Weise geleitet und geführt.

Das Stadtverordneten-Kollegium trauert um den Verstorbenen, der bis zu seinem erst vor wenigen Wochen erfolgten Ausscheiden allen jederzeit ein Vorbild treuer Pflichterfüllung und wahrer Kollegialität gewesen ist.

In unaussprechlicher Dankbarkeit wird sein Gedächtnis immerdar in Ehren gehalten werden.

Leipzig, den 30. April 1928.

Der Stadtverordneten-Vizevorsteher  
Enke.

Am 29. April verstarb nach langem Leiden der frühere Vorsteher der Stadtverordneten, Herr

## Friedrich Seger

In den Jahren 1919 bis 1922 hat er unserem Verwaltungsrat als Mitglied angehört, später mehrere Jahre als stellvertretendes Mitglied. In dieser Zeit war vielfach die Zustimmung der städtischen Körperschaften zu Plänen und Maßnahmen des Maßamtes erforderlich. Ueberzeugt von der Bedeutung der Messe für das deutsche Wirtschaftsleben und insbesondere auch für die Beschaffung von Beschäftigung für die deutschen Arbeiter ist der Verstorbene in seiner Eigenschaft als Stadtverordnetenvorsteher stets warm für die Interessen dieses Leipziger Weltmarktes eingetreten. Aber auch als Reichstagsabgeordneter hat er wiederholt bei der Entscheidung wichtiger Fragen zugunsten der Messe mitgewirkt. Wir danken ihm aufrichtig und herzlich für die unsere Arbeit jederzeit gewährte Unterstützung. Seine vermittelnde Persönlichkeit und seinen stets lauterer Charakter werden wir immer in ehrendem Gedächtnis behalten.

Leipzig, den 2. Mai 1928

Leipziger Maßamt  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Dr. Raimund Köhler.



## Er läßt die Kindlein zu sich kommen

Vorherhand allerdings nur ein, wenigstens soweit man augenblicklich nachweisen kann. Aber vielleicht erreicht er in stromer Nachlieferung des von ihm im christlichen Konfirmandenunterricht so gern gepredigten Bibelwortes auch noch eine höhere Zahl. Man weiß ja: der christlichen Liebe sind keine Schranken gesetzt. Und der Herr Pastor Meubel in Cröbern bei Gahmwig wird es an dieser Liebe gewiß nicht fehlen lassen.

Sie kennen den Cröbrer Pastor nicht? Dieser fromme Herr genießt einen genügend begründeten Ruf als rühriger Hirte der Lämmlein und Schafe auf der Cröbrer Kirchenweide, während die Wäde weniger im Greifbereich seiner christlichen Liebesbetätigung liegen. Aber die christliche Liebe zum Weibe liegt ihm sozusagen im Blute. So hat er, als augenscheinlich berufener Kenner der Jungfrauenhaft, in Cröbern einen evangelischen Jungfrauenverein ins Leben gerufen. Hier erzieht er die Frauen und Mädchen zu dem, was sich ein Pfarrer als deutsche Frauentugend vorstellt. Zum Strümpfstricken beim Kaffeeklatsch. Auch muß er viel Zeit darauf verwenden, genau aufzupassen, wann die aus der Kirche ausgetretenen Männer ihr Haus verlassen. Hat er das verlässlich ausgeführt, dann besudelt er die zurückgebliebenen Frauen, um sie für das von ihm so vorzüglich vertretene Christentum zurückzugewinnen.

Es ist klar, daß ein Pastor, der die innere Mission des weiblichen Geschlechts so strapaziös betreibt, auch einmal eine Zerstreuung braucht. Eine Abwechslung. In Jungfrauenvereinen pflegt es etwas säuerlich zu riechen, weil die Damen auf Wunsch der kirchlichen Würdenträger ihren Körper gegen Luft, Licht und Männerblicke ziemlich dicht abschließen. Also muß sich Pastor Meubel mal einen weichen Streifen Duff gönnen. Den findet man in Lokalen, wo sich die Weillings, die keinem Jungfrauenverein angehören, vergnügen. Auch der Cröbrer Pastor weiß dort die nötige Ablenkung zu finden.

So sah er auch kürzlich zu Connewitz in einem Saftladen. Er war laßtvol genug, den übrigen Göttern und der Bedienung seinen Beruf als evangelischer Seelenhirt zu verschweigen. Und in diesem Lokal fiel ihm draußen auf der Straße die Schönheit einer Biergebjährigen auf. Ein Kind, gewiß, aber ein weibliches. Und für das Weibliche ist Pastor Meubel kraft seines Wirkens im Jungfrauenklub nun einmal zuständig. Er gab sich Mühe, das Kind in das Lokal zu locken und bei sich zu behalten. Zu welchem Ziel und Ende? Ich als harmloser Mensch glaube zuverlässig, daß er den Saftladen für die geeignete Umgebung hielt, dem Schulmädchen verständig beizubringen, Entwerber die postorale Nächstenliebe oder etwa den evangelischen Zusammenhang zwischen Strümpfstricken und Jungfernband. Die Sache kann doch nur harmlos sein wie der Cröbrer Pastor selbst. Leider scheint die Polizei nicht meiner Uebersetzung zu sein. Sie hat sich den Seelenhirten, der nach biblischer Vorbild die Kindlein zu sich kommen lassen will, zwecks genauer Beaugscheinigung vorgenommen. Das ist unvorsichtig von der Polizei. Sie müßte doch damit rechnen, daß eventuell nun der von dem Pastor gegründete Jungferklub unter Verantragung der Fahne auf dem Reichsgerichtsplatz demonstriert. Mit hochgeschlossenen Blusen — für die Harmlosigkeit des Pfarrers von Cröbern.

Hannes.

## Jeder blamiert sich so gut er kann

Zu diesem Zwecke hatte sich am 1. Mai der Deutsche Industrie-Verband von Leipzig und Umg. das Städtchen Taucha ausermählt. Schon einige Wochen vorher kündigten diese kassenbewußten Arbeiter durch Handzettel der Tauchaer Einwohnerschaft an, daß sie am 1. Mai nicht nur für den 8-Stunden-Tag (welchen gerade sie bekanntlich nicht einmal einhalten, trotzdem er tariflich festgelegt ist), sondern auch gegen die bösen Reformisten demonstrieren würden.

Und so zogen nun, als dieser Tag gekommen, freudig am Vormittag Tauchas Industrie-Berämler, 50 Mann stark (darunter einige Personen, zu welchen die Tauchaer Arbeiterschaft schon längst das Vertrauen verloren hat), an der Spitze die hiesige Rot-Front-Kapelle, die sich anscheinend auch schon bei der Opposition befindet, ihren von Leipzig kommenden Kollegen entgegen, um dann um 11 Uhr mit Trompetengeclämmel mit ihren Gästen in unserem Städtchen einzuziehen. Obwohl kein feierlich-organisierte Arbeiter von Taucha sich von dieser Demonstration viel versprochen hatte, war die Einwohnerschaft über das heranziehende Häuflein verrückter Arbeiter (300 an der Zahl) doch

## Die Nacht nach dem Verrat

Roman von Liam O'Flaherty.

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von H. Hauser.

Copyright by Th. Knauer Nachl., Berlin W 50.

1. Kapitel.

Es war am 15. Mai 1922, drei Minuten vor sechs Uhr abends. Francis Joseph Mac Phillip lief die Jementstufen hinauf, die zu der gläsernen Drehtür führten; es war der Strahleingang des Dunstab-Logierhauses. Das Haus, wie es in Dublin in Verbindung mit der bei der ärmsten Bevölkerung genannt wurde, war ein graues, vierstöckiges Betongebäude. Es stand hinterhand von einem breiten, windigen Altpflanzweg, abzwelgend von der B-Strasse an der Südseite der Stadt. Ein Labyrinth von Straßen des Stammviertels umgab es. Ein undefinierbarer Geruch nach Menschen, die auf engem Raum leben, erfüllte die Luft. Von dem Haus selbst ging ein Geruch nach Essen aus und nach Fußböden, die mit Seife und heißem Wasser geschwemmt werden.

Ein rieselnder Regen troff herab von einem schwarzen, geballten Himmel. Von Zeit zu Zeit knatterten Hagelschloßen, getrieben von einer plötzlichen Bö, in tanzenden Gruppen auf den harten, dampfenden Asphalt.

Mac Phillip rannte die vier Stufen hinauf und drängte sich hastig durch die Glastür in den Vorraum. Er brachte sein Gesicht so nahe an die Scheiben, daß sein blasender Atem augenblicklich einen blinden Hauch auf dem gestorenen Glas hervorrief. Dann wandte er sich um. Er duckte sich in den Winkel der Tür und spähte um die Ecke der Mauer die Straße hinunter, auf der er soeben gekommen war. Er wollte ausfindig machen, ob ihm jemand gefolgt war. Er war ein Mörder.

Er hatte während eines Landarbeiterstreiks im letzten Oktober den Sekretär des lokalen Zweiges der Farmer-Union getötet. Seitdem hatte er sich zusammen mit einer Gruppe von Männern, die dem Gefängnis entflohen waren, mit Briganten, Verbrechern und politischen Flüchtlingen in den Bergen verborgen gehalten. Vor einer halben Stunde war er auf einem Güterzug nach Dublin gekommen. Der Zugführer war ein Mitglied der revolutionären Organisation, der auch Mac Phillip angehört hatte, als er den Sekretär der Farmer-Union erschoss.

Nichts Besonderes war auf der Straße zu sehen. Eine alte Frau ging weit hinten über den Damm. Sie hatte ein schwarzes

so enttäuscht, daß man nur ein allseitig mitleidiges Kopfschütteln bemerken konnte.

Dieses dürfte wohl auch den Zugteilnehmern nicht entgangen sein, und so manchen mag zum Bewußtsein gekommen sein, daß er mit diesem Gruppchen seine wirtschaftliche Lage umgänglich verbessern kann und sein Platz in der freien Gewerkschaft ist.

Dem Industrie-Verband aber können wir nur empfehlen, seine Bedeutungslosigkeit auch der Arbeiterschaft anderer Orte vorzuführen. Nicht ganz soviel Teilnehmer wie der Industrie-Verband hatte der von der SPD, Bezirk Taucha, zusammengestellte Mannschaft (etwa 170 Personen) aufzuweisen.

Um auch den sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern Tauchas, welche sich (etwa 300 Personen) in Gräßdorf zur Meißner zusammengestellt hatten, Gelegenheit zu geben, einmal die Massen zu bewundern, welche die SPD hinter sich hat, führten sie den Zug bis an dieses abgelegene Lokal.

Nur der Besonnenheit der SPD-Genossen ist es zu verdanken, daß durch das provozierende Verhalten der Zugteilnehmer keine Reibereien entstanden.

Dieses Verhalten dürfte wohl nur das erreicht haben, daß man den immerfort gepredigten Einheitsfront-Gedanken noch mißtrauischer betrachtet.

Großsch. Sitzung der Stadtverordneten. Das Kollegium nimmt zunächst Kenntnis von einem Befeidschreiben der österreichischen Gemeinde Brunn am Gebirge anlässlich des Lebens des Stadtrats Genossen Richard Bohrdt. — Vom sächsischen Finanzministerium sind als Beihilfe zur Pflasterung der Altenburger Straße 7500 Mark eingegangen. — Dem Beschluß des Betriebsausschusses, in die Warmbadeanstalt eine Schaumbadeeinrichtung aufzunehmen, wird einstimmig beigegeben. Der Ausschuss, sowie das Kollegium hatten kürzlich Gelegenheit, im Duschraum des Turnerheims der praktischen Ausführung genannter Einrichtung beizuwohnen. Der Anschaffungspreis beträgt 420 Mark. — In Verbindung mit dem Stadthausbau wurde in einer zurückliegenden Sitzung beschlossen, die Ratstellereiwirtschaft ab 1. Oktober 1928 außer Betrieb zu setzen. Der Vertrag wäre mit 1. April 1928 zu kündigen gewesen. Inzwischen hatte sich der Betriebsausschuss mit der Vergebung der Badewirtschaft beschäftigt und dem derzeitigen Pächter des Ratstellers für eine Jahrespacht von 600 Mark den Zuschlag erteilt. Dieser Umstand, sowie das Fortfallen verschiedener Voraussetzungen für Auflösung der Ratstellereiwirtschaft veranlaßten den Ausschuss, einen neuen Ratsteller-Pachtvertrag mit Herrn Wörscher abzuschließen. Wenn letzter der Ratsteller 1000 Mark Pacht brachte, so sind jetzt 1200 Mark im Jahr zu entrichten, einschließlich Wohnung. Der Pachtpreis gilt als Grundbasis zur Mietzinssteuerberechnung. Das vorhandene Mobiliar erwarb der Pächter für 700 Mark. Das Kollegium tritt dem Ausschussbeschluss einstimmig bei.

Für den verstorbenen ehrenamtlichen Ersten Bürgermeisterei-Vertreter ist durch das Kollegium ein neuer Mann zu wählen. Unter Benutzung des gewählten Vorschlagsrechts schlägt die sozialdemokratische Fraktion den Genossen Alfred Legler, die Bürgerlichen Herrn Arthur Graf und die Kommunisten ihren Fraktionskollegen Kornmann vor. Im ersten Wahlgang stimmte jede Fraktion für ihren Vorschlag. Das Kollegium war vollständig. Da Bürgerliche und Sozialdemokraten gleich stark sind, machte sich zwischen beiden Stichwahl nötig. Dieser zweite Wahlgang brachte die Entscheidung, indem Genosse Legler mit den drei Stimmen der Kommunisten und den sechs Stimmen seiner Parteifreunde gewählt wurde. Typisch war die anschließende losgelassene Erklärung der Kommunisten: Sie hätten hier das kleinere Übel gewählt, sonst hätten sie nach wie vor kein Vertrauen zur Sozialdemokratie.

Im übrigen verlangen sie für diesen Posten gewisse persönliche Qualifikationen. Genosse R. Schubert hat fertige unsere Freunde von links kurz und schmerzlos ab. Was nun die persönliche Qualifikation unseres Kandidaten anbetrifft, so kann ohne Ueberschätzung gesagt werden, daß die Kommunisten sich alle zehn Finger nach einem Alfred Legler abzelen würden.

Als Parallele zu Vorstehendem war wieder von kommunistischer Seite der fällige Erwerbslosenvertrag zu verhandeln. Daß es den Leuten gar nicht darum zu tun ist, die Not der Erwerbslosen zu lindern, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie einfach einen in letzter Sitzung wegen Unklarheit zurückgestellten Antrag erneut einbringen. Unsere Genossen prangerten denn auch gleich ihre Absichten an. Als Minderheitsgruppe sind sie ja für jede Wirkung derartiger undurchführbarer Anträge von jeder Verantwortung entbunden. Für sie ist die Hauptfrage, die Sozialdemokraten zur Ablehnung derartiger Forderungen zu zwingen, damit sie dann in den Erwerbslosen-Versammlungen die so konstruierte Arbeiterfeindschaft der Sozialdemokratie hinausjagen können. Wie schon oft, so auch diesmal, mußten unsere Genossen etwas Brauchbares aus dem Antrag machen. Und zwar so: der vom Wohlfahrtsausschuss gebildete Beteiligungsausschuss wird unter Hinzuziehung von zwei Erwerbslosen nach Prüfung der einzelnen Fälle helfend eingreifen. Da nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz jeder Versicherte seine rechtmäßige Unterstützung erhält, so ist vorgenannte Maßnahme als Extraauszahlung zu bewerten.

Tuch um den Kopf gewickelt und trug eine Milchkanne in der Hand, deren Öffnung sie mit einem Ende ihres Schals bedeckte, um den Regen abzuhalten. Ein Mann lang einsam vor sich hin; das Gesicht dem Rinnstein zu seiner Rechten zugewandt, hielt er seine Mühe vor sich. Er bettelte, aber niemand nahm Notiz von ihm.

Mac Phillips Augen suchten überall umher mit der geübten Schnelligkeit eines Menschen, der seine Spürinstinkte durch Not und lange Wehung entwickelt hat. Die Straße war vollkommen leer. Er seufzte und wandte sich, um das Innere des Hauses zu übermachen.

Er war ein Mann von mittlerer Größe und schlank gewachsen, aber seine Schultern waren breit genug für einen Riesen. Von den Schultern aus verengte sich sein Körper, Hüften und Taille waren ganz außer Proportion zu dem oberen Teil des Körpers. Sein rechtes Bein war unterhalb des Knies auswärts gebogen, und er setzte im Gehen den Fuß des rechten Fußes eher als den linken auf den Boden, so daß sein Gang die schlechteste Art eines wilden Tieres im Wald hatte. Sein Gesicht war mager und farblos. Sein Haar war schwarz und dicht, die Augenbrauen dunkel und buschig. Die Wimpern, die sehr lang waren, waren beständig über die Augen gelenkt: Unter den gelenkten Wimpern waren seine Augen blau, scharfsichtig und finstern, hoben sie sich aber für einen Augenblick, wenn er an etwas Fernes, vielleicht Imaginäres dachte, so wurden sie groß, melancholisch und träumerisch. Sie waren sanft und von einer unfassbaren Traurigkeit erfüllt. Seine Armbänder waren kantig und scharfkantig, ohne Fieles, die Lippen dünn und eng gepreßt. Die Nase war lang und gerade. Seine Beine waren hohl, und an den Badenknien erschienen jedesmal ein roter Flecken, wenn ein Anfall von hartem Husten ihn erschütterte, den er zu unterdrücken versuchte.

Er trug schlabig blaue, faltige Hosen, einen fahl verblühten, alten Regenmantel, am Halse hochgeknotet wie eine Uniform. Die Schuhe waren alt und verbraucht. Sie quatschten vor Nässe und Schmutz, der sich in ihre abgetretenen Sohlen eingeleistet hatte. Eine graue Wolmütze trug er. Unter seiner linken Achselhöhle verborgen trug er eine automatische Pistole in einer Ledertasche. Die Pistole hing an einem Riemen, der um seinen Nacken geschlungen war.

Wie er so da stand und durch die Tür spähte, waren die Finger seiner rechten Hand in den Schlitz zwischen zwei Knöpfen des Mantels hindurchgesteckt. Die Fingerpijpen ruhten auf dem kalten Abzug der Pistole.

Großsch. Einen eindrucksvollen Verlauf nahm hier die diesjährige Reise. Am Montagabend ging eine wohl-gelungene, überaus reiche Abendveranstaltung voraus. Der Freitag wurde durch einen Wetzruf eingeleitet, dem ein Mittagskonzert auf dem Marktplatz folgte. Dem Demonstrationszug folgte eine für unsere Verhältnisse befriedigende überaus stattliche Teilnehmerzahl. Die vom Genossen Kausch, Leipzig, im Anschluß an den Demonstrationszug gehaltene Festrede fand daher eine zahlreiche, aufmerksame Zuhörerschaft. Von kommunistischer Seite ausgestellte Horch- und Zählposten werden ihren Auftraggebern von der Wirkung ihres Reiseerfolgblattes berichten können.

## Wahlpulver-Beiträge

Für den Kampffonds der SPD gingen an weiteren Beiträgen beim Bezirkssekretariat ein:

3. Quittung.

Ch. Blz. 3,75, A. Jugendweibe 10.—, Marken Rothé 1,20, Hugo Saupe 50.—, R. Alge 10.—, durch Stadtrat Diege 50.—, Marken durch Riehl 1,20, Marken Groß-Leipzig 10 000.—, Hb. 0,60, Hb. 0,80, Fr. Wursen 5.—, Hb. 0,80, Hb. 0,60, Marken 1,20, T. P. T. 500.—, H. P. 2,50, E. Schönseld 5.—, E. Frenzel 5.—, W. Gelbel 5.—, Jenny Hammer 3.—, R. Herrmann 5.—, H. Haase 5.—, U. Dittich 5.—, Berthold, Döbeln, 5.—, M. Jahn 5.—, A. Göre 5.—, W. Jausch, W. Meyer 5.—, Klara Boldt 3.—, Kurt Willebs 5.—, Marken Groß-Leipzig 3612,60, R. Lipinski 5.—, R. Schrörs 5.—, Diebig 5.—, Hb. Fichte 5.—, D. Köniher 5.—, Hugo Soupe 10.—, Karl Schmidt 5.—, Rich. Böhme 5.—, L. Schmidt 3.—, W. Riehl 5.—, G. A. Müller 5.—, Fr. John 5.—, H. Seppand 5.—, A. Herre 5.—, R. Koppich 5.—, Ph. Klein 5.—, P. Krieg 5.—, R. Krüger 5.—, Rich. Lipinski 50.— Mark.

Genossen sammeln Wahlpulver! — Stärkt den Kampffonds! Beiträge für den Kampffonds können auf Postkasskonto Karl Schrörs, Leipzig, Konto Nr. 67 456 oder Girokonto Sächsischer Gemeinden, Leipzig Nr. 4565 überwiesen werden.

Bezirkssekretariat der SPD Leipzig, Schrörs.

## Rundfunkprogramm Leipzig

Donnerstag, den 3. Mai.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Weiterdienst und -Vorausfrage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupselb-Tripfonola.
- 12,55 Uhr: Kammerzeitungen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 16,30—17,55 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Walpurga Olober-Beker (Sopran zur Laute und zum Klavier), Hans Diener (Tenor), Willi Wolff (Klavier). Fingel: Kölnisch.
- 18,05—18,20 Uhr: Rechtsfunk.
- 18,20—18,30 Uhr: Steuerfunk.
- 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Esjeren und C. W. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene
- 19,00—19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Das Wesen der deutschen Musik.“ 2. Vortrag. Dr. Alfred Heuß: „Die deutsche Instrumentalmusik.“
- 19,30—20,00 Uhr: Vortragsreihe: „Aus der Biologie der Tiere.“
- 2. Vortrag. Prof. Dr. Friedrich Hempelmann: „Körpergestalt, Gelehtbildungen.“
- 20,00 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 20,15 Uhr: Jüngste Erzählerkunst. Sprecher: Hans Zeiß-Gött.
- 21,30—22,30 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- 22,30 Uhr: Funkpranger.
- 22,35 Uhr: Presseberichte und Sportfunk.
- Funktöne.

## Berjammlungskalender

Donnerstag, 3. Mai 1928.

Bund sog. Freidenker, Ortsgr. Lindenau-Flagwig-Schleußig, Bekenteller, 19,30 Uhr.

Desgl., Südost. Löwenpark, 19,30 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

**Volkshaus Leipzig**  
Spezialgerichte. Heute: Schlesiaches Nimmal reich 1.00 Saffbraten mit Makkaroni 1.10 — Morgen Khländberger Klops mit Kapernsauce 75 S Kalbskeule mit Hülländischer Junke 80 S Guechmorte Rindstippe mit Kartoffelmus 1.10

In der Vorkasse warteten drei alte Männer in einer Reihe aufgestellt vor dem geschlossenen Glasfenster des Bureau auf der rechten Seite. Der Alte, der am nächsten stand, trug die braune Armentracht des Hauses. Seine Augen lagen tief in tränenden Schlughten, und er schien nahe daran zu sein, in eine Ohnmacht zu fallen. Er stand auf einem Stock gehetzt, und sein Kopf nickte immerfort zitterig vor sich hin wie der eines Betrunknen, der im Begriff ist einzuschlafen.

Der zweite alte Mann trug einen vertzagenen alten Frack. Er sah aus wie ein durch Alter arbeitslos gewordener Reiter. Der letzte alte Mann war in ein Gemisch von unbeschreiblichen Lumpen gehüllt, und er schüttelte fortwährend seinen Leib in dem Versuch, sich durch sein Zeug hindurch zu kratzen. Die drei standen schweigend. Hinter ihnen führten vier weitere Jementstufen zu einem langen Gang, der sich durch das Gebäude zog. Ganz hinten kreuzte ein Korridor den Gang. Männer gingen dort gruppenweise ab und zu vorbei.

Mac Phillip war im Begriff, durch die Tür hindurchzugehen, als sich das Glasfenster mit einem Knirschen öffnete und innen der Kopf eines Mannes erschien. Der Mann schnippte mit Daumen und Zeigefinger und veranlagte so den alten Mann, der am nächsten stand, heranzutreten. Es war der Alte mit den Lumpen. Der Alte kam und rief mit schwacher flüsterer Stimme plätzlich: „Ach Herrich, ich hab's vergesse.“ Schwach lächelnd und mit sich selber murrend begann er in seinen Lumpen herumzuwühlern. Der Mann im Fenster sah nach ihm hin, blies ärgerlich die Lippen auf und verschwand.

Plötzlich erschien er wieder, um die Ecke des Bureau herkommend. Er kam auf den alten Mann zu und stellte sich vor ihn hin, die Hände in den Hüften, die Beine weit gespreizt. Seine sauberen blauen Hosen waren korrekt beigelegt. Er war in Hemdsärmeln, so daß seine diamantenen Hemdnöpfe und der große Brillant in seiner Krawatte in dem Halbdunbel leuchteten. Sein Haar war mit parfümierten Öl dicht an den Kopf gelegt, der Geruch durchdrang den ganzen Raum. Er sah auf den alten Mann herab mit einer Mischung von Verachtung und Mitleid. Die beiden anderen Alten gingen schmeichlerisch zu ihm an und verhielten so zu tun, als ob sie den Alten mit den Lumpen abloscht nicht lernten. Schließlich fand der gerlumpte Alte ein rotes Taschentuch, konnte aber in seiner Aufregung den Knoten nicht lösen, der es zu einem Ball zusammenband.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wiener Judenverbrennung

Aus der Geheimgeschichte des Habsburgischen Privatvermögens.

Stumm, still, finster und fremd krücht der Jude durch die Gassen des spätmittelalterlichen Wien. Schon lange war die gute Zeit vorbei, da er, zwar nicht geliebt, aber respektiert im kleinen habenbergischen Wien ungehindert dort saß, wo es ihm gefiel, trotzdem sein Leben auch damals nie frei von Tragödien und schauerlichen Romanen war, wie ja bereits der erste Groß-Jude Wiens, der herzogliche Münzmeister Schalom, im Jahre 1195 unter dem Schwert eines rufenden Kreuzfahrers verreckte. Noch hatten dem Juden in dieser guten, alten Zeit Handel und zahlreiche Gewerbe offenstanden, er konnte sogar in gewissem Sinne an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen, ja er reiste bisweilen in politischen Geschäften des Herzogs, und im Jahre 1223 hat der Jude Tessa zwischen Herzog Leopold VI. und König Andreas II. von Ungarn vermittelt.

Hundert Jahre später war alles bereits grausam verändert und die wienerische Welt wurde wienerischen Juden eine immer ärgerer Hölle. Das alles hatte seinen guten oder vielmehr bösen wirtschaftlichen Grund. Fast tausende Jahre lang, während der Römerzeit, der Völkerwanderung und der folgenden dunklen Jahrhunderte, in denen viele alte römische Städte, wenn auch reduziert weiterlebten, fast tausend Jahre lang, haben die Juden den gesamten Handel Mitteleuropas in Händen gehabt, jetzt aber im 13. Jahrhundert war es aus damit. Der deutsche Kaufmann war erstanden, drehte dem jüdischen binnen kurzem den Kragen um, indem er ihn einfach nicht in seine auf religiöser Grundlage beruhenden Organisation hineinließ und ums Jahr 1300 war auch der Wiener Jude bereits nichts mehr als ein Wucherer. Etwas anderes konnte, durfte und sollte er nicht sein.

Nun aber rast der Wille zur Macht im Juden nicht minder als im getauften Christen, und in jener, für heutige Verhältnisse unglaublich kapitalistischen Zeit war Geld geradezu eine große Sache wie heute. Und der Jude, der es hatte, nahm nicht 173 Prozent für Darlehen, die er im Jahre 1244 noch nehmen durfte, geschweige denn 65 Prozent, die hundert Jahre später erlaubt waren, sondern stets zwischen 200 und 300 Prozent. Er konnte sich leisten, denn Geld brachte der Baron ebenso wie der Pfeilschnitzer, und so kam es, daß im Ghetto einfach alle Welt ihre Pfänder liegen hatte.

Nun brach aber eines Tages das Verhängnis über die Wiener Judenschaft herein. Das Ghetto brannte ab, die Judenschaft wurde arm, man hatte von ihr nichts mehr und damit war ihr das Todesurteil gesprochen. Unmilde Kräfte!

1406, an einem Sabbatabend brach das Feuer in der Judenstadt aus. Fromme Hand durfte sich stundenlang nicht dagegen rühren, und sowie das Hornwort von St. Stefan seinen Feuerrauf heulte, strömten die Studenten in hellen Haufen aus ihren Burgen, ließen Kräfte und Juwenal, schnalften sich die breiten Ohrenzungen um, stießen den dreikantigen Miserikordiasch hinten ans Gesicht und in einem Hui rannten alle Katastalten zur Judenstadt. Alle „wunderburgen“, in denen grade die Bettler ihre salzigen Gliedmaßen abknallten, lerzten sich und auf einmal wimmelte es zwischen Klammengeräusch und dumpfem Häusersturz von Pfänderzern, die der Juden Gewandkeller aufbrachen und „als sich aber ein Jüd Mut machte und verduhde, sich dawider zu stellen... da schlug man ihn tot, was in jener Zeit nichts anderes als Hochschuljugend doch nur zu schwören, daß sie nichts genommen, man suchte nicht nach. Um die nun folgenden Ereignisse zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Oesterreich sich damals in der Verfassung eines Balkanstaates befand, die verschiedenen Habsburgerer miteinander fortwährend Kriege führten, ununterbrochen Geld brauchten und zu diesem Zweck die unglaublichsten Ideen ausführen ließen. Im Jahre 1411 kam der junge Herzog Albrecht V. zur Regierung, nach einem Chaos von Rabalen, das seine beiden Onkel gegen ihn geschaffen und das erste, was dieser junge Fürst brauchte, war natürlich wieder Geld, und er presste es in den folgenden zehn Jahren seinen Juden in unerhörter Weise aus.

Durch die barbarischen Schöpfungen des Herzogs gewöhnt, ließ die Judenschaft aber kein Geld mehr sehen und borgte sich das Geld zur Bezahlung der Steuern ostentativ von Christen, was alles den Herzog höchlich verdroß.

Diese Politik der Juden ist nicht ihre klügste gewesen, denn alsbald ließ das obligate Gerücht durch das Land, daß der „Jüd Schwoel“ zu Enns das allerbeste Gut erbärmlich geschändet, Dofken in Stücke geschnitten und gelaunter Judenschaft zum Preffen gegeben.

Am 23. Mai wurden mit einem Schlag alle Juden ausgehoben und in die Stadttürme geworfen, wo sie mit der „gelinden Frage“ gefragt wurden. Nach einem Monat hatte man herausgebracht, wer wirklich gar kein Geld mehr hatte und jagte dies verdrießlich Wolf auf Donauschiffe, die man ohne Ruder und Nahrungsmittel die Donau „hinabdrinnen“ ließ.

Hierauf schickt man daran, die zurückbehaltenen Kapitalisten in Ruhe gemächlich zu foltern, ihnen die Juwelen buchstäblich aus den Därmen zu ziehen, denn sie liebten es, sie im Ufer zu verbergen. Man hielt sie in den Gemälden des Scherzgenhauses bei der Himmelpforte, ein Häuflein aber auch in der Synagoge.

In der Synagoge lagen sie wie durcheinander, Männer, Weiber und Kinder. Und jeden Tag kam ein Minorit, ihnen in einem fragwürdigen Hebräisch den wahren Glauben zu predigen. Wer die Judenpest blieb halbschamig, so daß herzogliche Gnaden einen Wutanfall hatten und befohlen, alles was jüdisch und unter fünfzehn Jahren zu packen und ins Taufbad zu stecken. Der richtige Glaube ließ sie dann noch mit Reuten erhitzen. Vorwichtige Knechte raunten davon mit den Juden, als sie ihnen die Suppe in die Synagoge brachten. Und in selbiger Nacht, bereits halb wahnwitzig, warfen die Juden Lofe. Den Rabbi Jonas traf es, sie alle mit einem scharfem Messer abzuschneiden.

Er tat es. Unvorstellbar die Szene. Des Nachts in der finsternen, engen Synagoge, dem Längst entweihten, vom Rot der Gefangenen verpesteten Raum. Wie sie beim Schein eines kleinen Oellämpchens starben. Der Rächte mit einem Lumpen dem Vorberrman immer den Mund verkloppte, daß die Wachen keinen Schrei, kein Köheln vernahmen. Bis dann der rasende Greis alle mit Oel angoß, anzündete, dann auch sich ersack und erst stinkender Rauch, der durch die Ritzen der Türe drang, die Knechte ahnen ließ, was drinnen geschah.

Die ganze Wienerstadt brauste auf gegen die Juden, die so schändlich gehandelt und die Seelen ihrer unschuldigen Kinder mit sich in die Verdammnis gezogen. Als die Geschichte aber in der Himmelpforte ruchbar wurde, haben viele Juden nach der Taufe geschrien und man führte sie feierlich vor den Herzog, dem das Wohl gefiel und der sie beschenkte. Den Halsstarrigen aber zeigte man es immer mehr. Schließlich haben sie lustig, herzogliche Gnaden mögen doch befehlen, sie löten oder verjagen zu lassen, die von Wien trieben es zu arg mit ihnen. Woraus der Herzog sagen ließ, eines von beiden würde er tun.

Am nächsten Tag, dem 12. März 1421, erschien Albrecht V. vor dem Gefängnis und ließ alles vor sich auf die Gasse treiben. Ganz in flandrischen Samt gekleidet, umgeben von seinen Bogenbüchsen in ihren blinkenden Harnischen, einen Wisamapfel vor der Nase — die Juden stanken schon zu sehr — sah er sich alle an, 92 Männer und 120 Frauen. Den schönsten Weibern ließ er die Lumpen abstreifen, betrachtete sie von allen Seiten und ließ sie fragen, ob sie sich taufen lassen wollten. Als sie nicht wollten, suchte herzogliche „Erzellenz“ mit der Keßel und ritt davon. Die Juden aber stieß man in Kettenwagen und fort ging es durch die Straßen der Stadt, die ganz leer waren. Noch hofften manche. Aber als sie auf der Gänsewiese an der Donau anlangten, da wußten sie's. Schon drängte sich ganz Wien dort. Alle geistlichen Orden, der Klerus mit Kirchenknechten und brennenden Kerzen, die Antwerflichkeit, die Zünfte, in der Mitte des Herzogs Hoheit auf einem Klappstisch, umsprungen von seinen Windspielen, und auf langen Bänken, die adeligen Damen in ihren wappengeschmückten wallenden Gewändern.

Es war ein schöner Vorfrühlingstag, am blauen Himmel trieben viele weiße Wölkchen und der Wind war lau. Knapp am Ufer der Donau aber erhob sich ein langer Holzstoß, bedeckt mit Strohmännern, Pech und Wachs. Raum erblickte ihn die Judenschaft, warf sie sich auf die Erde und schrie zu Adonai in seltsamer Sprache, erschrecklich anzuhören für die Christenheit. Da kam der Freimann mit seinen Knechten, streute den Juden Schwefelpulver in Haar und Lumpen und als er sie losließ, begannen sie — zum verwunderten Entsetzen aller — zu tanzen und zu springen, wie einst David vor der Bundeslade, und also näherte sich der schreckliche Zug dem Stoß, vor welchem schon die Fackeln rauchten.

Herzogliche Gnaden, an dessen Stuhl sie einzeln vorübermühten, waren über all das sehr verwundert und ließen sie noch einmal zur Taufe auffordern. Aber sie spieen nach dem Herzog. Da warf man sie auf den Stoß, traktierte sie über, schmiß Feuer in das Stroß und „121 Juden sein verbrunnen wie Jünder“.

Das Volk von Wien aber blieb an Ort und Stelle, auch als der Herzog, dem die bratenden Leiber zu sehr stankten, gegangen war. Es harzte geduldig, bis die Asche kühl geworden, dann aber drängte sich alles heran, den Judenschädel zu suchen. Und sie fanden tatsächlich viele Klumpen geschmolzenen Silbers und Goldes, viele Eisenkeile, denn das alles hatten die Juden verschluckt, in ihren Leibern verborgen gehalten.

Dann aber ging auch der Herzog daran, seinen Profit zu machen. Jegliches Judenhaus war sein mit allem, was es barg. Aus dem Verkauf löste er 11722 Pfund Pfennige. Das war aber nicht sein einziger Verdienst. Das Gerücht war so schlaug gewesen, aus den Juden genaue Verzeichnisse über ihre christlichen Schuldner herauszupressen, und sobald die herzogliche Kammer die Schuldbücher und Judenschulden hatte, war sie logisch hinter den christlichen Schuldnern her, denn herzogliche Gnaden waren doch der Erde der Juden, seiner Kammerknechte, und undarmherzig hieß es zahlen, bis auf den letzten Pfennig. Siegfried Wenz.

Kleine Chronik

„Die Nacht nach dem Verrat“. Nach der erschütternden Wirklichkeitsbeschreibung von der Ermordung der beiden revolutionären Arbeiter Sacco und Banzetti durch die würdevolle Besäße der amerikanischen Kapitalisterei wollen wir unseren Lesern wieder ein, freilich mit allerlei vorzeitlicher realistischer Beobachtung verbundenen, Phantasieprodukt vorlegen, den abenteuerlich spannenden Roman eines jungen irischen Dichters, Liam O'Flaherty, der nach einem bewegten Leben schon eine Anzahl sehr guter Bücher veröffentlicht hat, und hier in „Der Nacht nach dem Verrat“ die unterirdischen Kämpfe der irischen Proletariat in Dublin schildert, die Verfolgung eines Verräters durch die halb indianerhaft, halb streng militärisch organisierte anarchistisch-kommunistische Geheimpartei, der er selber angehört hat. Hier mischen sich ein paar sonderbare Liebesgeschichten mit einer modernen Art von Lederstrumpfrömantil. Das Ganze ist jedoch erfüllt von soziologisch scharf gesehenen Augenblicksbildern aus dem Großstadtleben und nebenbei über das Stoffliche Interesse hinaus eine literarisch ausgezeichnete Arbeit.

„Kleine Komödie“. Wenn Bernard Shaw einen Bedienten den Baron und einen Baron den Bedienten spielen läßt, kommt eine neue Weltanschauung heraus, wenn Herr Siegfried Wenzler aus Wien das gleiche tut, gibt es nur eine sehr notwendige Nebenunterhaltung. Wenn ein mittelmäßig begabter Franzose die Liebesabenteuer von Herr und Diener, von Jose und Madame durcheinander mischt, dann pflegt wenigstens so etwas wie eine lustige Philosophie der Erotik herauszukommen; wenn Herr Siegfried Wenzler aus Wien das gleiche tut, dann gibt es nur ein langweiliges Gequatsche über allerhand gleichgültige Klavierschmähereien, mit ein paar erträglicheren, aber nicht neuen Wigen untermischt. Dabei kommt eine soziologische Problemstellung nicht einmal bis zum Versuch, denn um den Geschmack des zahlenden Publikums von heute nicht vor den Kopf zu stoßen, macht der Autor aus seinem Baron einen geistreichenden Schwärmer, aus dem Bedienten einen albernen, ungeliebten Schwärmer. Baumarchais für den Bürgerblock oder „Figaros Hochzeit“ hinterherum. Eine recht minderwertige Angelegenheit. Die auf dem Theaterzettel ehrenvoll genannten Firmen für Tische und Stühle, für Lampen und Kleider zeigten zumist geistreichere Einfälle als der Autor. Gegenüber diesem modernen Kunstgewerbe, das zudem noch in der geschlichen Lage war, in Schwärmen verharren zu dürfen, hatten die Schauspielere den schwereren Stand. Anita Redlich ist noch am besten dran, es gelingt ihr, sehr niedlich auszusehen und anmutig den Jargon der Dame und der Jose so zu vermischen, daß nach beiden Seiten für den Hörer die Möglichkeit ist zwischen den Klaffen offen bleiben. Die Rolle des Dieners ist so lab, daß Robert Meyn ein Pallenberg sein müßte, um sie erst umzubilden und dann darin zu reiffieren. Den Baron meißert Schlageter durchaus hinreichend mit seiner Lieblichkeitsmelodie für solche Typen, dem delikaten Geistes. Kupperberg wurden im Alten Theater unter Siebels Aufsicht noch von einigen Nebenrollen wertvolle Rollen getragen.

Das Eheportage ist neuerdings in bürgerlichen Kreisen modern geworden. Seit von de Welde will die Diskussion in Zeitungsartikeln, Büchern und Vorträgen nicht abreißen. In der vergangenen Woche sprach im Feuersaal ein Redner, der sich als Psychoanalytiker Egon Herrmann angezeigt hatte, über „Untergang oder Wiedergeburt der Ehe“. Der Vortragsgegenstand gehört nicht zur Freud'schen Schule, sondern zur abgeweihten Stetelschen Richtung, die sich Psychanalytische nennt; und orientlicher Weise hätte er sich deshalb in der Voranzeige als Psychoanalytiker ausgeben müssen. Das tat er aber erst zu Eingang seines Referats. Das o, das der Schule Stetels im Namen steht, ist gewissermaßen symptomatisch für vieles, was ihr in der wissenschaftlichen Fundierung ihrer zweifellos auch von manchen praktischen Erfolgen begleiteten Therapie fehlt. Uns interessiert hier allerdings mehr der Inhalt des Eheportrages, der eine nicht allzu große, dafür aber über zwei Stunden andächtig lauschende Gemeinde gefunden hatte, die sich dem äußeren Habitus nach zu urteilen, vorwiegend aus intellektuellen, gustifiziertem Klein- und Mittelbürgertum rekrutierte. Wenn sie zugestanden, daß der Vortrag doch wesentlich über das Niveau dessen hinausging, was von de Welde hier geboten hatte. Besonders zu loben ist, daß Herrmann deutlich die Grenzen der Wirkungslosigkeit der „Erosforschung der Ehe“ aufzeigte, daß er an vielen Beispielen bewies, wie ungeheuer eng der Rahmen ist, innerhalb dessen mit dieser „Sexuallagemastrik“ Ehegeschwierig-

keiten gelöst werden können. Unberechtigt dagegen war das Lob der „Humanisierung der Ehe“ als Hilfsmittel, wobei nämlich die soziologischen Bedingungen des Ehekomplexes unberücksichtigt bleiben. Wichtig war die Charakterisierung der unheilvollen Folgen der Einwirkung religiöser Vorstellungen auf unsere heutige „Moral“. Im wesentlichen aber war der lange Vortrag eine kurze, auszusagende Wiedergabe aus Stetels diesen Büchern, die ja von Hunderten von Fällen aus der Praxis voll sind, z. B. die „Geschlechtsfälle der Frau“ oder „Onanie und Homosexualität“. Was von der psychologischen Seite her aus dem Thema zu machen war, wurde gewiß herausgeholt; aber offenbar hätte der Redner mehr über die gesellschaftlichen, politischen Bedingungen sagen können, als er das einem bürgerlichen Publikum zuliebe vorsichtigerweise tat. Sexualfragen sind politische Fragen; und solange man über sie nur medizinisch oder ethisch oder psychologisch diskutiert, kann man wunderbar schön und viel und im Kreise herum reden. So mußte dem Vortrage notwendigerweise eine klare Disposition fehlen; er zerfiel in eine Aufzählung von „Fällen“, die zwar vielen Zuhörern Neuland zu sein schienen (Verdrängung!), die aber, im Gegensatz beispielsweise zu den Hobanischen Ausführungen, den weltanschaulich und fachlich fundierten Zuhörer auf die Dauer langweilten mühten. R. L.-n.

Im Richard-Weg-Viederabend wirkten nur Schülertinnen und Schüler aus der Gesangs- und der Leipziger Gesangslehrers Wi I d mit. — Das Programm, das nicht mehr und nicht weniger als 18 Lieder enthielt, hatte aus drei Männerhöre aufzuweisen, die vom Lendvai-Doppelquartett stilsitzig gesungen wurden. Mida Frisch-Rehn bewies leichten, sympathischen Sopran und recht guten Vortrag. Else Reichardt hätte besser noch nicht auftreten sollen, ihr Sopranstimmen ist zu klein und unausgeglichen, auch Johanna-Maria Knolls Auftreten war verfrüht. — Von den Herren leitete Alfred Hoy das Besse an diesem Abend. Er ist ein Sänger mit sehr gut durchgebildetem Bariton, hat Temperament und ist für die Opernbühne wie geschaffen. Kurt Lindenhahn (vom Lendvai-Quartett) besitzt geschulten dramatischen Tenor, er sang die Lieder recht gut, nur muß sein Vortrag freier werden. Kurt Wilmann (vom Lendvai-Quartett) spielte durch seinen tiefen, schmelzenden Bass, — er sollte sich zur Oper ausbilden lassen, denn gute tiefe Bässe werden da immer gebraucht. — Die Lieder gestaltete er nicht gut, er gab sie zu einseitig. — Richard Weg am Flügel war die beste Stütze des Wiederabends. L.

Ein Arbeiterdrama von Erich Mühsam

Zur 50. Geburtsstagsfeier des alten Revolutionärs Erich Mühsam brachte das Studio des Piscatortheaters ein von ihm im bairischen Gefängnis 1920 geschriebenes fünfaktiges Bühnenspiel heraus, das zweifellos seine Meriten hat. Das Stück heißt „Judass“ und behandelt das Problem des Verrats am Kampfgesossen um der Sache willen. Ein Proletariatsführer injiziert gegen Kriegende, als es bereits in der Heimat allenthalben, vor allem in den Kreisen der Arbeiterschaft, zu gären begann, eine Demonstration mit der Absicht, dadurch Krawalle und Blutvergießen herbeizuführen und so das Signal zur Revolution und zur gewaltsamen Beendigung des Krieges zu geben. Sein Freund und Kampfgesosse Seebald, ein Positivist von internationaler Reimomme, weigert sich, als Gegner aller Gewaltmaßnahmen, an der Demonstration teilzunehmen. Schent, der Kommunist, braucht aber die Popularität Seebalds, um die Massen auf die Beine zu bringen. Und nun beschließt er; Seebald der Polizei zu denunzieren, um wenigstens durch die Verhaftung Seebalds die Massen alarmieren zu können. Im letzten Augenblick entschließt sich Seebald doch, an der Demonstration teilzunehmen, weil er zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß er sich der einmal ins Rollen geratenen Aktion, zu deren geistigen Ursachen er sein Wirken rechnen muß, nicht entziehen dürfe. Er wird von der Soldateska im Verlauf der Demonstration verhaftet und erschlagen. Die Demonstrationen werden zusammengeschossen. Der „Judass“ erschließt sich. Die Revolution nach kommunistischem Muster ist zu Ende.

Eigentlich ist die Tendenz dieses Stückes gar nicht so kommunistisch. Wenn da am Ende die armen Teufel von Demonstranten herumliegen, wenn die „Aktion“ höchst ruhmlos verpufft ist, wenn Tausende mutlos geworden sind denn je, wenn der überlebende Revolutionär zum Schluß spricht: „Die Bourgeois sind wieder einmal klüger gewesen als die Proletariat; und auch die Proletariat werden es noch lernen!“... dann hat eigentlich der Kommunismus einen recht empfindlichen Rinnhaken bekommen. Dann sind die in das Stück des trotzbem liebenswerten alten Revolutionärs Mühsam selbstverständlich eingefügten Seitenhiebe und Apperatus auf die Sozialdemokratie recht unwirksam geworden; ein hüfchen andersrum taxiert und es ist ein veritables Anti-Kommunistenstück (was beiseite nicht heißt: ein antiproletarisches Stück).

Dramatisch ist die Geschichte sorgsam und hüfhengerecht aufgebaut, mit realistischen Mitteln, gut durchgeführten Charakteren — erschütternd eindringlich ein Kriegsschinder —; manches ein wenig breit angelegt, aber nie langweilig. Langweilig sind nur die alten Angriffe gegen die Sozialdemokratie, die nun möglich etwas inaktuell werden. Wenn Mühsam über den englischen Kommunismus hinaus als Dramatiker wirken möchte, dann müßte er sich schon entschließen, dieses Leitartikel-Stückenpferd abzuhängen. H. E.

Filmchau.

Die Mara muß als Dorfshöne in Pantinen, als Prinzessin, Tänzerin, Scheuerfrau, Schneeschuhläuferin sich förmlich abstrahalisieren, um den Unfug eines läßlich verlogenen Märchens gefällig zu machen. Heute tanzt Marietta, das heißt ein reicher Herr verzeubert ein armes Dorfindchen zur Prinzessin und später selbstverständlich zu seiner Gemahlin. Und diese Schlaglaine ist mit technischem Geschick eingerührt worden. Bezeichnend für die deutsche Filmproduktion mag sein, daß als Autor dieses starkfischen der Herausgeber einer ernsthaften deutschen Literaturzeitung zeichnet, und zwar Herr Willi Haas von der „Literarischen Welt“. (Affiora.)

Noch trauriger ist es um den amerikanischen Film Ehefettien bestellt. Da versucht man, das Paß der Dollarmillionäre mit einem tragischen Scheine zu umgeben. Die Courths-Mahler-Leserin wird unter Tränen feststellen, daß in dieser scheinbar so glänzenden Gesellschaft doch nicht nur das Geld, sondern auch manchmal eine edle, leider mihandelte Seele geschätzt wird. Und sie kriegen sich am Ende todlicher Frau nachbarin. (Colosseum.)

Es ist vielleicht gar nicht so merkwürdig, daß aller paar Tage ein neuer Bildweiffilm herauskommt und Woche um Woche sein volles Haus findet, obwohl sie logisch und psychologisch nie ernstzunehmen sind. Es liegt wohl an der Verwandtschaft mit dem Varietè. Ein unglaublich edler Ritter kämpft gegen Gauner und Banditen. Aber dabei müssen die Beteiligten nicht nur, wie im Gesellschaftsfilm, eine schöne Gefühlsfülle, sondern dazu eine beträchtliche präzise Arbeit aufbringen, die meistens nicht einmal Trif ist wie bei den Harryspielereien. Sie sehen immer wieder ihre gefunden Knochen aufs Spiel, ihre Kühnheit ist keine vorgetäuscht. Und das ergibt Spannung. Auch Der Prarieer hat diesen Erfolg. Larry Dan, der neue Stern am Bildweiffilm, wirkt noch unverbraucht, sein Selbstentwurf ist noch nicht so parfümiert wie das seines Kollegen Tom Mix. Sein Film hat schönes Tempore. Hl.